

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 8.30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragene in der Post-Belegungs-  
 Anstalt für 1899 unter Nr. 7820.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Koloniel-  
 stelle oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie  
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die  
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Anzeigenpreis: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Samstag, den 11. März 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3

### Quittung.

Im Monat Februar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Mörsleben, v. d. Genossen durch R. G. 20. — Augsburg,  
 U., d. G. U. i. St. 20. — Berlin, Beiträge der Wahlkreise:  
 2. Kr. 100. — (darunter Ueberf. v. „Wahren Jakob“ 1. Rate 5.58,  
 2. Rate 8.11). 4. Kreis Süd-Ost 1000. — (darunter vierprozentige  
 Böllmer's Schriftgelehrer 50. — (darunter Polarlicht 100. —) Berlin, diverse  
 Rosenthaler Vorstadt u. Gesundbrunnen 552.95. 6. Kreis Moabit 400. —  
 6. Kreis Schönhauser Vorstadt 550. — 6. Kreis Wedding u. Oranien-  
 burger Vorstadt 450. — (darunter Polarlicht 100. —) Berlin, diverse  
 Beiträge: D. G. 50. — Dr. L. A. 50. — L. u. S. 10. —  
 Karneval 50. — Nothe Buchbinder Grünstraße 5. — Zigarrenfabrik  
 M. Schulz, Friedrichsfelderstr. 21 5. — A. G. 50. — P. S. 50. —  
 M. G., gegen den neuen Buchhändlerkurs 5. — Von Mitgliedern der  
 U. Dr. 8.05. Onkel I. — Chamissoplatz und Salomonstr. 10. —  
 Buchbinder P. L. 4.70. Bernburg, v. Genossen 10. —  
 Braunschweig, von den Parteigenossen durch Beitr. D. 200. —  
 Bern 50. — Bruch i. B., unbekannt 10. — Damburg,  
 Jüdlein Hofstr. 10. — (darunter für Januar 5. —) Char-  
 lottenburg, von einem Volksheld C. M. 100. — Cöthen 12.60.  
 Calbe a. S. durch den Beitr. Fr. A. 20. — Döbeln, Romanus 28.30.  
 Dabringhausen, d. d. Beitr. 5. — Elberfeld, d. d. Vertrauensmann  
 300. — Fallenberg (Oberf.) 2. — Forst A. L. Juliussturm 200. —  
 Gera (Neuh.), von den Genossen 50. — Gotha, von den Partei-  
 genossen d. d. Beitr. 50. — Gorysee, S. 20. — Sieben, E. L.  
 10. — Kreis, Wahlkreis Neuh. a. L. 50. — Hamburg,  
 2. Wahlkreis 1000. — Haselb. v. Bremen, v. Genossen 10. —  
 Helmstedt 20. — Hörscheid, d. d. Beitr. 10. — Hamburg, in der  
 Expedition des „Echo“ eingegangen 23. — Kellinghusen, Köhler'sche  
 Zigarrenfabrik 25. — Langenberg, v. d. Parteigenossen d. d. Berg-  
 haus 20. — Leipzig, rother Holzvorrat Nr. 3. — Meerane, v. d.  
 Alten, Ueberf. v. R. W.-Kalender 26. — München, Waldläufer 5. —  
 Meisen-Gölln, d. d. Beitr. 50. — Mhlau, v. d. Parteigenossen 60. —  
 Neustadt (Oberf.) d. d. Beitr. 88.55 (dar. v. Leobschützler Ge-  
 nossen 2.45). Oberlangentelau, Arbeiter a. d. Culengebirge 100. —  
 Nitzschentz i. S. 20. — Nemscheid, durch d. Beitr. 2. 100. —  
 Salzingen (L. Meiningen Str.), von Genossen 10. — Striegau 20. —  
 Stadoldendorf, 3. Braunschw. Wahlk. 30. — Saarabien, aus dem  
 Königreich Stumm 10. — Slamen d. Spremberg, v. Parteigenossen  
 25. — Stuttgart, G. U. 10. — Wilsau b. Wilsau i. S., Ungenannt  
 3. — Wittenberg 50. —  
 Berlin, den 9. März 1899.

Für den Parteivorstand:  
A. Gerisch, Kassabachstr. 9.

### Die sächsische Wahlfrage.

Im Herbst dieses Jahres wählt das zweite Drittel des sächsischen Volkes zum ersten Mal unter der Herrschaft des Dreiklassen-Systems, nachdem das erste Drittel vor 2 Jahren sein Wort über die Entrechtung des Volkes abgegeben hat. Die für Ostern nach Grimnitzschau einberufene Landesversammlung der sächsischen Parteigenossen wird sich abermals mit der Frage, ob Wahlbeteiligung oder nicht, beschäftigen, denn der Beschluß der Landesversammlung von 1896 galt nur für eine Wahl. Auf der diesjährigen Landesversammlung dürften die Gegenläufe wohl nochmals lebhaft aufeinander schlagen. Schon haben sich abermals Stimmen für und gegen hören lassen. Die Parteigenossen in Chemnitz haben sich ganz entschieden für die Beteiligung ausgesprochen, während die „Leipziger Volkszeitung“, getreu ihrem früher eingenommenen Standpunkt, in ihrer Montagnummer gegen die Beteiligung auftritt. Am Schlusse ihres Artikels fordert sie jedoch nicht einen Beschluß auf allgemeine Abstimmung — und der wäre auch, nach unserer Kenntnis der Sachlage, schwerlich zu erlangen — sondern sie verlangt, daß es jedem Kreise überlassen bleiben solle, wie er sich zu den Landtagswahlen verhalten will.

Das wäre so ziemlich der unglücklichste Beschluß, den man fassen könnte und er hätte vor dem Beschluß des Hamburger Parteitages über die preussischen Landtagswahlen höchstens das eine voraus, daß man über ihn nicht erst noch eine lange Interpretationsdebatte zu gewärtigen hätte. Er würde die Planlosigkeit zum System erheben und dann wäre allerdings auf keinen agitatorischen Erfolg mehr bei den Wahlen zu rechnen.

Wir sind allerdings der Meinung, daß die sächsischen Parteigenossen einen politischen Fehler begehen würden, wenn sie der Reaktion das Feld der Landesgesetzgebung, die auf dem Gebiete der Schule, des Steuerwesens, der Gemeinde-Gesetzgebung, des Armenwesens, des Verkehrswezens und dergleichen so tief in die Interessen des Bürgers eingreift, kampflos überließen. Denn darauf läuft die Abstimmung praktisch hinaus. Die Gegner der Beteiligung haben zwar viel geredet von einer gewaltigen Protestbewegung auch ohne Wahlbeteiligung, durch bloße Versammlungen, durch Flugblattverteilung, wohl gar durch Umzüge. Aber wenn sie sich ohne Voreingenommenheit fragen, was bei diesem Protest herausgekommen ist, so müssen sie doch ehrlicherweise zugeben: nichts ist dabei herausgekommen, keine Spur hat ihr Protest hinterlassen.

Daraus soll ihnen keineswegs ein Vorwurf gemacht werden; es liegt ganz in der Natur der Sache. Wir kämpfen ja gerade gegen die Trägheit der Masse; diese ist das wesentlichste Gemüths des politischen Fortschritts, und sie zu beweglichen, die Masse aufzurütteln zu aktivem, politischen Leben, zur Geltendmachung ihrer Rechte und ihrer Macht, das ist unsere vornehmste Thätigkeit. Wir regieren uns geradezu selber, wenn wir die Massen auffordern, von einem politischen Rechte keinen Gebrauch zu machen. Es kann

natürlich keine wirkliche Agitation entstehen, wenn wir die Masse auffordern, nichts zu thun und in ihrer Trägheit zu verharren.

Für eine Oppositionspartei kann es nichts Schädlicheres geben, wie die Abstimmung. Glaubt man etwa, daß die Reaktion an der Scham, an der Verachtung zu Grunde gehen werde? Wenn nichts anderes, so sollten uns die Erfahrungen der deutschen bürgerlichen Opposition im letzten halben Jahrhundert eines Besseren belehren. Das ist ja gerade der heißeste Wunsch der herrschenden Klassen, daß die Volksmassen sie möglichst ungestört lassen. Ruhe wollen sie haben.

Weit mehr als die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament fürchtet man die sozialdemokratische Agitation unter den Massen. Das zeigte sich deutlich bei der Abänderung des sächsischen Wahlgesetzes. Die indirekte Wahl, die Schaffung vieler kleinster Wahlbezirke, die Vorschrift, daß die Wahlhämmer im Bezirk wohnen müssen, das Alles ist darauf zugeschnitten, die Agitation einzuschränken, ihr den großen, allgemein politischen Charakter zu nehmen und sie in Kirchthumsinteressen aufgehen zu lassen. Diesem Streben arbeiten die Gegner der Wahlbeteiligung geradezu in die Hände. Die Massen auffordern, ihr Wahlrecht nicht auszuüben, das ist, wie den Siebenschläfer auffordern, tapfer weiter zu schlafen.

Man hat diese Taktik revolutionär genannt. Wir können aber mit dem besten Willen nichts Revolutionäres daran finden, eine träge Masse in ihrer Trägheit zu bestärken. Alle Elemente revolutionärer Taktik liegen vielmehr auf der Seite der Anhänger der Beteiligung. Da ist die Aufrüttelung zum Handeln, die Begeisterung für eine That, das Streben, etwas zu erreichen; nichts von alledem ist auf der anderen Seite zu finden. Wir haben doch wahrlich nicht allzuviel Gelegenheiten zur politischen That, um leichtsinnig eine solche, wie die Theilnahme an den Landtagswahlen, in den Wind zu schlagen.

Der einzige Capfeiler der Abstimmungstaktik ist die Behauptung, wir könnten nichts erreichen, die Beteiligung sei aussichtslos. Untersucht man diese Behauptung aber auf ihren wahren Werth, so bleibt von dem starken Capfeiler nur noch ein Trümmerhaufen übrig. Wichtig ist allerdings, daß die sächsischen Parteigenossen vor zwei Jahren kein einziges Abgeordnetenmandat errungen haben. Aber erstens beweist das natürlich nicht das Geringste dafür, daß wir nun in alle Zeiten kein solches Mandat erringen könnten: Als die Partei in Sachsen im Anfang der siebziger Jahre daran ging, sich des alten Jensus-Wahlrechtes zu bedienen, da schien auch wenig Aussicht auf Erringung von Mandaten. Mit der allmählichen Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse und mit den fortwährenden Erfolgen unserer Agitation hatten wir es doch im sächsischen Landtage zu einer Zahl von Mandaten gebracht, die relativ größer war, wie die Zahl unserer Reichstags-Mandate. Es ist deshalb auch unter dem Dreiklassen-Wahlrecht nicht für alle Zeiten ausgeschlossen, Abgeordneten-Mandate zu erringen. Die sächsischen Genossen haben sich auch unter dem alten Wahlrecht in Kreisen an der Landtagswahl beteiligt, wo unter einem Menschenalter nicht an die Erringung des Mandats zu denken war. Zu sagen, die Wähler würden nicht zu aussichtslosem Thun an die Wahlurne zu bringen sein, die Beteiligung würde immer schwächer werden, ist deshalb ein ganz hinfalliger Einwand. Aussichtslos erscheint die Wahlbeteiligung nur in den Augen gewisser Sanguiniker, die morgen alles ebenso rosenroth sehen können, wie sie es heut nachtschwarz sehen. Für den Politiker allerdings eine nicht gerade erfolgverheißende Eigenschaft.

Das Ausschlaggebende aber ist die so oft betonte Thatsache, daß wir doch nicht nur um der Mandate willen an der Wahl theilnehmen. Wir wählen um zu wählen ist ein in unserer Partei nachgerade zum Gemeinplage gewordenes Wort, das den abstimmungszerstörerischen Revolutionstaktikern ins Gedächtniß zu rufen eigentlich am allerwenigsten notwendig sein sollte. Was erhofft man denn schließlich von den Mandaten? An eine sozialdemokratische Mehrheit im sächsischen Landtage war doch auch unter dem alten Wahlrecht in absehbarer Zeit nicht zu denken, und selbst wenn man mit dieser Möglichkeit rechnete, was erwartete man von einem solchen Zustande? Etwa die Dekretirung des sozialdemokratischen Staates in Sachsen?

Die Erfolge, die durch die Beteiligung an den Wahlen zu erringen sind, bestehen darin, zu zeigen, daß die Massen der Wähler hinter der Sozialdemokratie stehen, daß das sächsische Parlament die Vertretung eines winzigen Bruchtheils des Volkes ist, ein echtes und rechtes Klassenparlament, daß ein Fünftel der Wähler in der Lage ist, die anderen vier Fünftel zu verwalten. Um dies beweisen zu können, müssen wir aber wählen. Nur durch die allgemeine Beteiligung an der Wahl können wir das zeigen. Die Berufung darauf, daß unsere Anhänger nicht zur Wahl gehen, um dadurch gegen das Gesetz zu protestiren, ist ein sehr nützliches Ding. Bekanntlich nehmen auch die sogenannten Ordnungsparteien alle die für sich in Anspruch, die nicht zur Wahl gehen. Bei Beurtheilung der Stärke politischer Parteien kommt nur der politisch aktive Theil des Volkes in Frage, der bei Wahlen in die Erscheinung tritt. Also wählen, möglichst viel Stimmen auf uns, als die entschiedensten Gegner des Dreiklassen-Systems vereinigen, das beweist, daß das Volk gegen seine Entrechtung protestirt. Nichtwählen beweist nichts

und rüttelt die Massen nicht auf. — Wir hoffen, daß sich die Parteigenossen Sachsens diesen Erwägungen nicht verschließen und sich nicht dem politischen Pessimismus in die Arme werfen werden.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. März.

#### Kolonial-Stat.

Die Kolonial-Debatte bewegte sich in diesem Jahre in ruhigsten Bahnen. Es gab weder eine prinzipielle Auseinandersetzung über die Bedeutung einer Kolonialpolitik für das deutsche Volk, noch waren — erfreulicherweise — besondere Klagen zu erheben über Mißthaten des afrikanischen Abenteuerthums, wie sie in früheren Jahren häufig gewesen waren. Die Lektion, die dem Leist, Wehlan, Peters erteilt wurde, hat doch wohl ein wenig genügt; wer weiß, auf wie lange?

Der Peters oder besser ein Petersgespenst erschien freilich zu Beginn der Sitzung nochmals vor dem Reichstag. Der berüchtigte „Kolonialheld“ hat eine Broschüre herausgegeben und im Reichstag vertheilen lassen, in der das gegen ihn geführte Disziplinarverfahren abfällig besprochen ist. Der Reichstag überließ den Peters und seine Schrift der gebührenden Nichtbeachtung. Nur der freikonservative Abg. Arendt unterzog sich der traurigen Aufgabe, Peters in Schutz zu nehmen und Bebel, der zuerst im Reichstag die Schandthaten seines Schützlings aufgedeckt hatte, anzugreifen. Herr Arendt erzielte aber damit nur eine gehörige Abfuhr durch Bebel und kühlte Abweisung seines Rettungsverfuches durch das ganze Haus. Auch Herr Dieber erklärte: Peters ist endgiltig abgethan.

Die erheblichste Episode der Kolonialdebatte entspann sich bei der Position des Ostafrika-Stats: Uebernahme der Usambara-Bahn durch das Reich. Von der seitens der Usambara-Gesellschaft geforderten und von der Regierung gebilligten Summe hatte die Budgetkommission 250 000 Mk. abgestrichen. Ein konservativer Antrag verlangte Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Hiergegen wendete sich Abgeordneter Richter und seine Einwendungen gestalteten sich zu einer Mißbilligung der gesammten Art, wie das Reich Kolonialpolitik betreibt. Erst sollte das Reich nur die Oberhoheit über die Kolonien führen, dann übernahm es die kostspielige Verwaltung und Einrichtung von Schutztruppen. Mit dem jetzigen Vorkauf lasse es sich auf wirtschaftliche Unternehmungen ein, deren Ausföhrungslosigkeit durch das Scheitern der Versuche des privaten Kapitals hinreichend dargezhan worden sei. Hier handele es sich zudem nur um einen ersten Anfang. Die Kolonialschwärmer planen bereits eine große Bahn quer durch Zentralafrika, die 60—70 Millionen Mark kosten werde und wirtschaftlich ebenso wenig Erfolge herbeiföhren werde, wie die ganze bisherige Kolonialpolitik Deutschlands nur viel Geld gekostet, aber so gut wie nichts eingebracht habe. Diesen Ausführungen Richter's suchte der Kolonialdirektor Dr. v. Buchta mit einem Appell an das „warme Herz für die Kolonien“ und der nationalliberale Professor und „Aldeutsche“ Hasse mit dem Hinweis entgegen zu treten, daß der 14jährige Besitz von Kolonien noch nichts für deren zukünftige Erträge beweise.

Da aber Herr Dieber für das Centrum wiederum einen kleinen Umfall ankündigte, indem er sich für den konservativen Antrag aussprach, so war diesem die Mehrheit des Hauses gesichert. Das Centrum stimmt mit Konservativen und Nationalliberalen für die Regierungsvorlage und zeigte sich so auch in kolonialpolitischen Dingen vollständig auf der Höhe der Regierungsfähigkeit.

Mittendurch gab es eine kleine Blänkelei des Herrn von Kardorff gegen den Reichssekretär von Thielmann, dem das Agrarierthum seit langem nicht wohl will und den es in der Presse seit einigen Tagen mit vergifteten Pfeilen beschießt. Der Schatzsekretär ließ den freikonservativen Don Quixote glatt abfallen und hatte die Lacher auf seiner Seite, als v. Kardorff voller Verlegenheit kein Wort zu erwidern wußte.

Der Etat für Ostafrika und Kamerun wurde erledigt. Samstag: Rest des Kolonialstats und Auswärtiges Amt. —

#### Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erledigte heute den Titel „Ministergehalt“ vom Etat des Kultusministeriums, nachdem vorher noch hundenlang der Kulturkampf zwischen dem Centrum und den Nationalliberalen getobt hatte. Die Abg. Dasbach, Dr. Forst, Dr. Dietrich auf der einen und v. Ehnern, Dr. Sattler und Gadenberg auf der andern Seite betrieben förmlich um die Wette den Sport, durch müßiges Gerede das Haus zu langweilen. In der ganzen Debatte wurde nicht ein einziger neuer Gedanke zu Tage gefördert.

Von Wichtigkeit ist nur der Versuch des Ministerialdirektors Dr. Rügler, das Verhalten des Ministers Hofse in Sachen der jüdischen Lehrerinnen an den Berliner Gemeinde-schulen zu rechtfertigen. Er bestritt natürlich, daß in den Maßregeln des Ministers eine Herabsetzung der jüdischen Lehrerinnen liege und behauptete, daß die Lehrerinnen selbst das Vorgehen nicht als eine Zurücksetzung empfunden hätten. In einer eingehenden Kritik dieses Verhaltens des Ministers des Geistes konnte sich das Haus nicht entschließen, da es für aktuelle Fragen bei der Etatsberatung keine Zeit hat.

Morgen wird die Debatte fortgesetzt. —



### Zu gerieben.

Das Zentrum will jetzt wieder zur Abwechslung das Eisen der Volkshemlichkeit ins Feuer legen, nachdem es soeben das Regierungseisen bis zur Rothgluth erhitzt hat. Das Zentrum ruft seine Mannen auf, zum nächsten Dienstag, wo die entscheidende Abstimmung über die Militärvorlage stattfinden soll, vollzählig im Reichstag zu erscheinen, denn die Regierung sei nicht zufrieden mit den Beschlüssen der Budgetkommission, sondern wolle ihre ganze Vorlage durchzubringen versuchen. Das soll bereitwillig werden, darum alle Mann auf die Schanzen! Wer wollte nun noch sagen, das Zentrum streite nicht kesselfest gegen die militäristischen Wünsche der Regierung? Und wenn nun in der künftigen Woche der Reichstag den Beschlüssen die Budgetkommission endgültig zustimmt, hat sich nicht das wackere Zentrum hoch verdient gemacht? Kann Herr Lieber und sein Gefolge nicht stolz vor die Wähler treten: Seht, wir waren es, deren Widerstand die Forderungen des Militarismus zu Schanden werden ließ?

Also rechnen die schlauen Zentrumsgelehrten. Und gewiß, wer wollte es der Regierung verdenken, daß sie die Situation beim Schopfe faßt und wenn möglich Alles zu erreichen sucht, was sie gefordert. Wenn auch diese Forderungen, wie stets bei unseren Militärvorlagen, von vornherein aufs Abhandeln zugeschnitten, so wird es den Herren vom Kriegsministerium ein besonders gelungenes Stück dünken, wenn sie die ganze Rechnung ohne jeden Abstrich dem deutschen Volke anhängen könnten. Wer aber hat die Regierung in die überaus angenehme Lage, Vertwilligung so überschwenglicher Hoffnungen betreiben zu wollen, gebracht? Kein anderer als gerade das Zentrum. Diese Partei ist ohne jede Noth, ohne jede Veränderung der Verhältnisse, ohne jede neuen Erkenntnisse von der ersten Lesung der Budgetkommission bis zur zweiten schmächtig umgefallen. Sie hat ihre günstige Position feig und furchtjam preisgegeben, hat vor der Regierung die Waffen gestreckt, ehe es noch zu ernstem Gefecht gekommen war. Hätte das Zentrum nicht sogleich der Regierung die Erfüllung der meisten ihrer Forderungen auf dem Präsentirtbrett entgegen getragen, so wäre die Regierung froh gewesen, wenn sie nur etwas über die Beschlüsse der ersten Lesung hinaus erzielt hätte. So aber, da das Zentrum dem Militarismus vier Finger gab, verlangt der Militarismus alle fünf.

Wenn jetzt das Zentrum die Seinen für die entscheidende Abstimmung lärmend zusammenruft, so kann dies nicht darüber täuschen, daß die schwarze Partei selbst die gefährliche Situation herbeigeführt hat. Das Zentrum rühmt sich beinahe besonders geriebener Politik. Als die Schlüsse aber im politischen Leben verwandelt sich in ihr Gegentheil. Das Zentrum, das alle Welt düpiert will, wird selbst der Düpirt sein.

### Die „Vorwärts“-Diebe

scheinen nun verhaftet zu sein. Eine Korrespondenz meldet nämlich:

In der Strafsache gegen den „Vorwärts“ wegen Hehlerei sind zwei Personen verhaftet worden, welche verdächtig sind, die Briefe des Herrn v. Stumm aus dem Pulke des Chefredakteurs der „Post“ gestohlen zu haben.

Nach sorgfältiger Inventuraufnahme über den Personenbestand des „Vorwärts“ stellen wir fest, daß kein theures Haupt fehlt. Herr v. Stumm hat im Reichstag erklärt, daß der „Vorwärts“ den Diebstahl verübt habe und läßt nun Personen verhaften, die außerhalb der Redaktion des „Vorwärts“ sitzen. Wird er jetzt seine groben Unwahrheiten und Verdächtigungen widerrufen?

Wenn übrigens der Berichterstatter von einer Strafsache gegen den „Vorwärts“ wegen Hehlerei spricht, so weiß „der Vorwärts“ nichts von solch einem Verfahren, das ja auch auf falscher Anschuldigung beruhen würde.

### Nach drei Jahren.

Der ungekrönte König von Süd-Afrika, Herr Cecil Rhodes, ist in Berlin eingetroffen und wird vom Kaiser in Audienz empfangen werden.

Es war am 3. Januar 1896, als Kaiser Wilhelm II. das folgende Telegramm an den Präsidenten von Transvaal richtete:

„Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigsten Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Thätigkeit gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingedrungen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.“

In England sagte man damals das Telegramm als eine gegen England gerichtete Kundgebung auf, die denn auch gewaltigen Värm anstiftete und das Verhältnis zwischen Deutschland und Großbritannien empfindlich trübte. Unsere „Alldeutschen“ telegraphirten sich die Finger wund, um für die Buren gegen das perfide Albion zu manifestieren. Die „Konf. Korresp.“ nannte den Hüftstreich ein wohlgeplantes englisch-nationales Unternehmen. Die „Magdeb. Zeitung“ schrieb: „Der Glückwunsch des Kaisers ist der Ausdruck der Genugthuung des christlichen Mannes darüber, daß ein Schurkenstreich... an der mannhafte Haltung wackerer Bürger zu Schanden geworden ist.“ So tobte in der ganzen nationalen Presse der Värm.

Und heute betritt Cecil Rhodes das Schloß des deutschen Kaisers. Rhodes hat den Plan, von Alexandria nach Kapstadt, also durch ganz Afrika hindurch, eine ununterbrochene Eisenbahnverbindung herzustellen. Weil diese Bahn durch deutsches Gebiet gehen soll, so will er dem Kaiser seine Vorschläge unterbreiten.

Es ist interessant, wie man den „Schurken“ von 1896 jetzt behandelt. Die „National-Zeitung“ meint:

Herr Cecil Rhodes ist als Urheber des Jameson'schen Mittes nach Johannesburg in Deutschland keine beliebte Persönlichkeit; aber die deutschen Interessen sind nicht herab zu setzen, sondern mit denen der Boeren, daß man in Deutschland für alle Zeit die von jenem Angriff sich hersehende Stimmung derselben gegen Rhodes theilen möchte. Nach unserer Meinung ist der große afrikanische Unternehmer ein Mann, den und dessen Vorschläge man sich, wenn er mit solchen kommt, sehr genau ansehen muß; aber solche von vornherein für hochgefährlich zu erklären, nur weil sie von Rhodes kommen, das wäre verfehlt. Er hat die Wahl, das Stück seiner großen afrikanischen Bahn, für welches ihm britisches Gebiet nicht zur Verfügung steht, durch den Kongosstaat oder durch Deutsch-Afrika, am Tanganjika entlang, zu führen. Macht er zu dem letzteren Zwecke Vorschläge, so werden diese wohl darauf hin zu prüfen sein, ob dem Vortritt, den unter allen Umständen die Herstellung eines solchen Verkehrsweges, die Verbindung Deutsch-Afrikas nach Süden und Norden mit dem Eisenbahnwege, darbietet, andere Nachtheile gegenüberstehen.“

### Neulich äußern sich die „Berliner Politischen Nachrichten“:

Aus bekannter früherer Veranlassung klingt sein Name der öffentlichen Meinung Deutschlands nicht ganz sympathisch. Allein abgesehen davon, daß die betreffende Episode als eine endgültig abgeschlossene hinter uns liegt, ist in einer gesunden Politik für subjektive Empfindlichkeit und schmollendes Nachtragen kein Raum. Herr Cecil Rhodes darf daher in den politischen Kreisen Berlins auf einer seiner persönlichen Bedeutung und seiner Stellung als Mitglied des Geheimen Rathes der Königin von England entsprechende rücksichtsvolle Aufnahme rechnen, wie er denn auch in dieser seiner amtlichen Eigenschaft von dem Kaiser in Audienz empfangen werden wird. Ob seine Verhandlungen im hiesigen auswärtigen Amte zu dem von Herrn Rhodes erstrebten Ziele führen werden, ist eine Frage für sich; das eine aber steht schon jetzt außer allem Zweifel, daß... für unsere kolonialfreundlichen Kreise jeder Grund entfällt, sich wegen des Verlehrs des Herrn Cecil Rhodes im auswärtigen Amte irgend welcher Vermuthung hinzugeben.“

Vor drei Jahren gehörte Herr Karl Peters, der damals, man weiß nicht, in wessen Auftrag, im Lande für die Marinepläne Stimmung zu machen suchte, zu den lautesten Kämpfern gegen Cecil Rhodes. Heute hat für Peters die Regierung kein arames Wort der Verteidigung mehr, und Cecil Rhodes wird gastfrei mit höchsten Ehren empfangen.

### Deutsches Reich.

Graf Posadowsky soll nicht nervös und nicht unruhig, bedürftig sein.

Samoa. Ueber die neueren Vorgänge auf den Samoa-Inseln werden im „Neichs-Anzeiger“ eine Reihe amtlicher Mittheilungen veröffentlicht. Der deutsche Generalkonsul Rose resumirt sich am Schluß seines ersten Berichts:

„Eine Eigenthümlichkeit der jetzt beendeten Unruhen ist, im Unterschied von früheren Vorgängen gleicher Art, ihre kurze Dauer. So haben die gewöhnlichen Begleiterscheinungen somoanischer Wirren: die Unsicherheit des Eigentums der Weißen, die Vererbung der fremden Pflanzungen, geschl. Matafa hat an den Kämpfen nicht theilgenommen, und auch von englischer Seite wird in einer in der hiesigen Zeitung veröffentlichten Zeitschrift besonders anerkannt, daß er für den Krieg nicht verantwortlich und bis zuletzt bemüht gewesen sei, denselben zu verhindern.“

Die Nichtanerkennung der provisorischen Regierung seitens des Oberrichters Chambers hat den Konflikt verschärft. Generalkonsul Rose hat dies in einer Bekanntmachung vom 9. Januar hervorgehoben:

„Die provisorische Regierung ist hervorgegangen aus dem gewaltsamen Umsturz der Entscheidung des Oberrichters Herrn Chambers in der Königsfrage, durch welche die Matafaspartei für regierungsunfähig erklärt wurde. Eine Fortführung der obergerichtlichen Geschäfte durch den Oberrichter Herrn Chambers als Bestandtheil dieser gegen seine Entscheidung zu stande gekommenen Regierung ist hiernach rechtlich ausgeschlossen.“

Uebrigens wird der amerikanische Oberrichter Chambers abberufen!

Abkündigung des Militärdienstes in Kiautschou. Nach Bekanntmachung im „Neichs-Anzeiger“ können wehrpflichtige Reichsangehörige bei den Marineeinheiten in Kiautschou zur Abkündigung ihrer aktiven Dienstpflicht als Freiwillige eingestuft werden. Von dem im § 113 der Marine-Ordnung vorgeschriebenen Größenmaß darf in diesem Falle bei sonstiger Tauglichkeit abgesehen werden. Nach Erfüllung der aktiven Dienstpflicht bei den genannten Marineeinheiten sind solche Wehrpflichtige in der Regel in Kiautschou zur Reserve zu beurlauben. Die bezogenen Wehrpflichtigen dürfen in außerordentlichen Fällen vor Ablauf der gesetzlichen aktiven Dienstpflicht, aber nicht vor Vollendung einer einjährigen aktiven Dienstzeit, mit Genehmigung des Gouverneurs zur Disposition der Marineeinheiten beurlaubt werden.

Der Geist der „Berliner Korrespondenz“ ist nicht, wie wir ausnahmen, der frühere Chefredakteur der „Schlesischen Zeitung“. Dieser Herr reorganisiert vielmehr, der „Volls-Zeitung“ zufolge, das offizielle Verwehen gegen eine jährliche Entschädigung von 25 000 M. Es gehört zu unseren schönsten Einrichtungen, daß die Steuerzahler die Bestimmungen selbst zu bezahlen haben, die ihnen offiziell zu theil werden.

Der Kampf der Postchefs gegen den Postunterbeamten-Verband dauert fort. Der Bezirks-Verbandsvorsitzende, Briefträger Flehner in Hamburg, der dem in Braunschweig wegen der im Reichstag erörterten Postveränderungsangelegenheit entlassenen Postschaffner Schmidt behilflich gewesen sein soll, sich in Hamburg, seinem früheren Wohnort und der Heimat seiner Frau, eine neue Existenz zu schaffen, ist zum 1. April in den Postbezirk Oppeln versetzt worden. Die Hamburger Mitglieder des Verbandes sind außerdem von der vorgesetzten Behörde aufgefordert worden, aus dem Verband alsbald auszuweichen, und daß dies geschehen, bis zum 10. April schriftlich zu erklären. Verschiedene Unterbeamte, die dem Schmidt bei Eröffnung eines neuen Geschäftsbüros beistehen wollten, haben diese Bürgschaft wieder zurückgezogen. Neue Vereine sind infolge dieser und anderer Vorgänge im letzten Monat dem Verbande nicht beigetreten, doch haben einzelne Mitglieder von ausgetretenen Vereinen ihre fernere Mitgliedschaft im Verbande angemeldet.

Weimar, 9. März. (Santtag.) In der heutigen Sitzung wurde zunächst der Gesetzentwurf, betreffend Bildung einer Handelskammer für das Großherzogthum, in erster Lesung beraten und in Aussicht gestellt, daß nach im Laufe dieses Jahres die Vorlage, betreffend eine Handwerkerkammer gemacht werde. — Das Entkommen der literarischen Goethe- und der deutschen Shakespeare-Gesellschaft, welche ihren Sitz in Weimar haben, beschloß der Landtag einstimmig, steuerfrei zu lassen.

### Ausland.

#### Oesterreich-Ungarn.

Ausgleichsprovisorium mit Oesterreich. Im ungarischen Abgeordnetenhaus erklärte bei Beratung des Gesetzentwurfes betreffend das einjährige Ausgleichsprovisorium mit Oesterreich der Ministerpräsident Szell, er sei ein aufrichtiger Anhänger der Vollgemeinsamkeit mit Oesterreich; infolge dessen sei er entschlossen, auf vertragsmäßigem Wege, wie es das Grundgesetz des Dualismus vorschreibt, die Zollgemeinschaft aufrecht zu erhalten. Sollte sich jedoch die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Oesterreich auf vertragsmäßigem Wege als unmöglich erweisen, so werde die Regierung dem weitestgehenden Inhalt des jetzigen Zoll- und Handelsbündnisses mit Oesterreich auf das Jahr 1903 eventuell 1904 durch einseitige Verträge mit Anwendung der Reziprozitätsklausel Gesetzeskraft verleihen und ihn ins Leben treten lassen. — Am Freitag hat darauf das Abgeordnetenhaus das Ausgleichsprovisorium mit Oesterreich ohne Debatte unverändert angenommen.

#### Frankreich.

Paris, 10. März. Die Regierung hat beschlossen, die Ueberlassung des geheimen Dossiers unter denselben Bedingungen für die drei Kammern des Kassationshofes stattdessen zu lassen, wie dies bei der Untersuchung der Kriminalkammer der Fall gewesen ist.

#### Italien.

Rom, 9. März. Deputirtenkammer. Die Kammer genehmigte in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 47 Stimmen den Eintritt in die zweite Lesung des Gesetzentwurfes betreffend die

militärische Organisation des Personals einiger öffentlichen Dienstzweige. — Sodann genehmigte die Kammer in namentlicher Abstimmung mit 226 gegen 88 Stimmen den Eintritt in die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die rückfälligen Verbrecher. Sie beschloß weiter auf den Vorschlag des Ministerpräsidenten Pelloux die Kommission zur Berichterstattung über den Gesetzentwurf durch die Bureau ernennen zu lassen.

#### Spanien.

Im Bagno von Santona ist unter den Sträflingen eine Meuterei ausgebrochen. Als die Polizei einschritt, kam es zu einem Zusammenstoß, bei welchem ein Sträfling getödtet, sieben verwundet wurden.

#### Türkei.

Verfassung für Acrea. Acrea, 9. März. Die Nationalversammlung beendete die erste Lesung der Verfassungsvorlage und begann heute die zweite Lesung. Die Vorlage wird voraussichtlich mit einigen unwesentlichen Abänderungen angenommen werden.

#### Asien.

Italien in China. Aus Peking wird bestätigt, daß die Italiener bis jetzt nicht in der Samun-Bai gelandet sind. Die italienischen Kriegsschiffe „Marco Polo“ und „Elba“ befinden sich zur Zeit in Tschifu.

Zu einem Entgegenkommen wird sich China allerdings verstehen müssen. Die „Times“ veröffentlicht ein Telegramm aus Peking, demzufolge das Tjung-li-Namen dem italienischen Gesandten mitgetheilt habe, daß es dessen Telegramm zurückgefordert habe, weil es unmöglich war, die in demselben gestellten Forderungen zu bewilligen, und weil eine Ablehnung derselben in anderer Form nach chinesischer Auffassung die Beziehungen zwischen beiden Mächten hätte gefährden können. Da aber das Verhalten des Tjung-li-Namens in mißverständlicher Weise aufgefaßt worden sei, so habe der chinesische Gesandte in Rom Anweisung erhalten, der italienischen Regierung sein Bedauern auszusprechen.

Ueber die Forderungen der italienischen Regierung, betreffend die Samun-Bai, wurde im englischen Unterhaus folgende amtliche Erklärung abgegeben:

„Wir haben unsere Sympathie mit dem Wunsche Italiens, eine Kohlenstation zu erlangen, ausgedrückt, aber wir haben stets anerkannt, daß es ein Wunsch ist, hinsichtlich dessen es der chinesischen Regierung obliegt zu erwägen, ob sie ihn annehmen will oder nicht.“

Das liegt in Bezug auf die Rückendeckung Italiens durch England viel vortheilhafter, als man in Rom bisher angenommen hat.

Ferner liegt zu der Sache noch folgende Meldung vor: London, 10. März. „Standard“ meldet aus Peking, die Kaiserin-Wittve habe den Vizekönig der Provinz Tscheliang angewiesen, eine Beschlagnahme der Samun-Bai nicht zu beanstanden, sondern, wenn italienische Truppen landen, sich zurückzuziehen. Als Grund sei anzugeben, daß er einer überlegenen Macht weiche.

Uebrigens soll auch Oesterreich neuerdings Gelüste auf eine „chinesische Niederlassung“ hegen. Die „Neue Freie Presse“ meldet: In Wiener diplomatischen Kreisen wird vielfach davon gesprochen, daß auch Oesterreich-Ungarn beabsichtige, ein Stück der chinesischen Küste unter ähnlichen Bedingungen wie die anderen europäischen Mächte in Besitz zu nehmen. Diese Absicht wird mit der vor einiger Zeit erfolgten Abwendung des Rammkreuzers „Kaiserin Elisabeth“ nach Ostafrika in Verbindung gebracht. Die Nachricht bedarf aber noch sehr der Bestätigung.

Der englisch-russische Konflikt wegen der chinesischen Nordbahn soll beigelegt sein. Der „Daily Graphic“ meldet, die Krisis, welche sich wegen des Rutschowang-Bahn-Kontrahes erhoben habe, sei durch direkten Meinungsaustrausch zwischen der britischen und der russischen Regierung in freundschaftlicher Weise beigelegt worden. Der Zweck des von dem russischen Gesandten in Peking eingelegten Protestes sei wesentlich übertrieben worden und die freundschaftlichen Beziehungen, welche die russische Regierung über diesen Punkt gegeben, hätten sich als völlig zufriedenstellend erwiesen. Die ganze Schwierigkeit sei nunmehr vorüber und die beiden Regierungen seien jetzt mit einem Plane beschäftigt, durch den ihre Beziehungen im äußersten Orient für die Dauer geregelt werden könnten.

Nach einem Telegramm des chinesischen Gesandten in Petersburg an den Tjung-li-Namen scheint sich die obige Nachricht zu bestätigen. Es wird in demselben mitgetheilt, daß infolge der Unterhandlungen zwischen der russischen und chinesischen Regierung der russische Gesandte in Peking den Protest zurückziehen wird, den er gegen den Vertrag mit der Hongkong-Schangai-Bank bezüglich der Anteile zur Fortführung der Rutschowang-Eisenbahn gerichtet hat.

### Invalidenversicherungs-Kommission.

11. Sitzung vom 10. März 1899. Zu § 40a (Organisation) liegen folgende sozialdemokratische Entwürfe vor: Prinzipaliter: Die Durchführung der Invalidenversicherung erfolgt durch eine Reichs-Versicherungsanstalt, welche Verwaltungsstellen für weitere Kommunalverbände errichtet. Der Bundesrath hat die Organisation der Reichs-Versicherungsanstalt und ihrer Verwaltungsbezirke durch Ausführungsbefestimmungen, welche der Genehmigung des Reichstages bedürfen, festzustellen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages beantragten Röllenhuth und Genossen: „und die Landes-Versicherungsdirektoren (§§ 74b ff.) zu streichen. Oertel-Nürnberg: Eine Reichs-Versicherungsanstalt würde zur Durchführung der Invalidenversicherung am zweckmäßigsten sein, dadurch käme Einheitsrecht für das ganze Reich, die Unterabteilungen (Kommunalverbände) stehen dann direkt unter der Zentrale. Schon 1889 sei von unserer Seite dies beantragt worden; jetzt würde die Regierung durch die Rentenstellen die kommunalen Unterverbände zu schaffen, es fehle aber das Haupt, die Reichs-Versicherungsanstalt. Die bisherige bürokratische Art der Verwaltung sei ebenfalls von der Regierung verwerflich. Mit der Zentrale würde ferner eine gemeinsame Verwaltung der Einnahmen und Vermögen erreicht. Nach längerer Debatte wurde der sozialdemokratische Antrag gegen 6 Stimmen abgelehnt. Bei § 41 wird ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, die Worte „oder Theile desselben“ zu streichen und dadurch der Regierungsvorschlag beseitigt, daß die Versicherungsanstalten auch für Theile eines Bundesstaates, anstatt wie bisher nur für weitere Kommunal-Verbände oder für das Gebiet des Bundesstaates, errichtet werden können. Dagegen wird der sozialdemokratische Antrag, dessen große Tragweite anerkannt wird, angenommen: Eine Aenderung des Umfanges der bestehenden Versicherungsanstalt bedarf der Zustimmung des Reichstages.“ Ueberändert angenommen werden die §§ 42, 43, 44, 45. In § 45a (Statut) bestimmt der Gesetzentwurf, daß das Statut Bestimmungen treffen muß über die Aufstellung und Abnahme der Jahresrechnung, soweit hierüber nicht von der für den Sitz der Versicherungsanstalt zuständigen Landes-Zentralbehörde Bestimmungen getroffen werden. Der sozialdemokratische Antrag, die gesperrt gesetzten Worte zu streichen und dadurch den Anhalten ein größeres Maß von Selbstverwaltung zu sichern, wird abgelehnt, § 45a angenommen.

Bei § 45b beantragen Röllenhuth u. Genossen die Absätze 2 und 3 zu streichen, welche bestimmen, daß die Vorschläge über die Ausgaben und Einnahmen der Versicherungs-Anstalten der Landes-Zentralbehörde zur Genehmigung vorzulegen sind. Dieser Antrag wird abgelehnt und angenommen ein Antrag Röllens, der das Ablehnungsrecht auf die „den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechenden Theile“ einschränkt. §§ 45c, 46, 47 wird angenommen.



§ 47a bestimmt: Der Vorsitzende des Vorstandes hat Befehle der Organe der Versicherungsanstalt, welche gegen die geschädigten oder statutarischen Vorständen verstoßen, mit aufschiebender Wirkung unter Angabe der Gründe zu befehlen. Die Aufhebung erfolgt mittels Beschwerde an die Aufsichtsbehörde. Die Konserbativen, Röhre und Mollenbühr und Genossen beantragen, diesen Paragraphen zu streichen. Die Regierungsbetreiber und das Zentrum sprechen dagegen; die Konserbativen ziehen ihren Antrag zurück und der § 47a wird angenommen, ebenso § 48, Ab. 1 und § 49a.

Nächste Sitzung: Sonnabend. —

## Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags erledigte in ihrer Sitzung am Donnerstag Abend zunächst den Protest gegen die Wahl des Abgeordneten v. Wöbden (L) Vertreter für das Herzogtum Sachsen-Altenburg. Der Abgeordnete v. Wöbden ist im ersten Wahlgang mit 15 876 Stimmen gegen 14 148 sozialdemokratische Stimmen gewählt worden. Weitere 1000 Stimmen fielen auf den freiwilligen Kandidaten Schmidt-Eberfeld. Der Protest trägt eine Reihe von Vorwürfen bei der Wahl, darunter auch die Verweigerung der Abschrift der Wählerlisten in der Stadt Eisenberg, gegenüber dem sozialdemokratischen Komitee, während den Gegnern solche Abschriften zur Verfügung standen. Da ein Protest nicht behauptet ist, daß die Abschrift der Listen dem Wöbden'schen Komitee von der städtischen Behörde gewährt worden sei, erklärte die Majorität der Kommission diesen Punkt für unerblich. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, die Wahl des Abg. v. Wöbden für gültig zu erklären. Dasselbe geschah mit der Wahl des Abg. Dr. Heiligenstadt (natl.), der im 6. Wahlkreis des Regierungsbezirks Magdeburg gewählt ist. Dr. Heiligenstadt wurde in der Stichwahl mit 8870 gegen 6874 Stimmen gewählt, welche auf den sozialdemokratischen Kandidaten fielen. — Die Prüfung über die Wahl des Abgeordneten Franzius (Kordens-Enden) führte zur Beanstandung derselben und Beweis-erhebung. —

## Prozeß Zeglin und Genossen.

Vor dem Schwurgericht am Landgericht II gelangte am Freitag der Landrechtsbruch-Prozeß wider Zeglin und Genossen, der im Januar d. J. wegen weiterer Ausdehnung des Entlastungsbeweises der Vertagung verfiel, zur Verhandlung. Angeklagt sind die Maurer Gustav Wilhelm Zeglin, Paul Portrant, Herm. Kiehlod, Reinhold Gasse, Emil Lange, Eduard Jähner, Karl Panzer und Friedrich Frisch. Die Anklage baut sich auf folgenden Vorgängen auf: Der Maurermeister Fritz Streckenbach führte im vorigen Jahre zu gleicher Zeit drei Neubauten in den Querstraßen des Kurfürstendamms auf. Mit den Leistungen der Maurer auf dem einen dieser Bauten war er unzufrieden, weil diese seiner Ansicht nach den Intentionen der Lohnkommission folgten, nicht mehr als täglich 500 Steine zu vermauern. Streckenbach trat daher mit dem Verein arbeitswilliger Maurer in Verbindung und engagierte 22 Affordarbeiter, die am 5. Oktober anfangen sollten. Am 2. Oktober wurden gegen 50 Maurer entlassen. Die Lohnkommission legte sich ins Mittel, da aber eine Einigung nicht zu stande kam, legten sämtliche Maurer die Arbeit nieder. Als nun die Affordarbeiter antraten, kam es sowohl am 5. Oktober wie auch am 6. zu einigen Zusammenstößen. Circa 400 Maurer sollen — nach der Anklage — die Affordarbeiter mit allen Mitteln zu verhindern gesucht haben, die Arbeit zu beginnen. Die Zusammenstöße haben sich bis zum 6. Oktober hingezogen. Die Anklagebehörde beschuldigt nun sämtliche Angeklagte, an der Zusammenrottung am Morgen des 5. Oktober, Zeglin und Panzer am Mittag desselben Tages an einer weiteren Zusammenrottung teilgenommen zu haben, und zwar indem Kiehlod, Lange und Jähner am Morgen des 5., Zeglin am Mittag des 5. mit Gewalt gegen Personen vorgegangen sein sollen. Die Blamhaftigkeit auf Seiten der Angreifer folgte die Anklage aus dem Umfange, daß, als der Kolonnenführer Philipp mit den 22 „Arbeitswilligen“ anrückte, um auf dem John'schen Bau in der Umlandstraße in Arbeit zu treten, die angesammelten 400 Maurer auf einen Pfiff über die Arbeitswilligen herfielen, ihnen das Arbeitsgeschick wegnahmen. Am Mittag kam es vor dem Lokal, in dem die „Arbeitswilligen“ aßen, zu einem Handgemenge, das nur wenige Minuten dauerte. Auch hier wurde ein geplantes Ueberfall als vorliegend angenommen. Am Mittag des 6. Oktober entstand vor dem Mademann'schen Grundstück am Kurfürstendamms eine Schlägerei. Die Affordarbeiter wurden abgelöst, weil zwischen Streckenbach und der Lohnkommission eine Einigung erzielt worden war. In der Mittagspause erschienen 3—400 Maurer, suchten die Baubude zu stürmen, sie rissen Bretter los, warfen mit Steinen und drohten, wenn die Streiberecher nicht bis zur Wesper vom Baue fort seien, würden sie herunter geprügelt werden. Die Anklage nimmt nun an, daß die Ausdehnungen im ganzen geglückt seien, wegen der Blamhaftigkeit, mit der sie vorbereitet und der Schnelligkeit, mit der sie ausgeführt seien. Die Beweise, welche die Staatsanwaltschaft für die Schuld der Angeklagten zu sammeln vermocht hat, sind keineswegs besonders schwerwiegend, es sind meist nur Indizien, hier und da gefallene Aeußerungen und Resignationen. Die Verteidigung, welche die Rechtsanwälte Wolfgang Heine, Dr. Herzfeld und Dr. Kay führen, mißt den Affordarbeitern ein großes Theil der Schuld an den Vorgängen zu. Die Affordarbeiter kamen in geschlossenen Kolonnen und sie waren es, die zuerst provozierend vorgehen. Für jeden der Angeklagten ist ein spezieller Entlastungsbeweis seitens der Verteidigung vorbereitet. Insgesamt sind 67 Zeugen geladen, weshalb für die Verhandlung zwei Tage angelegt sind. Der Vorsitz des Schwurgerichts führt Landgerichtsrath Weber, während Staatsanwalts-Affessor Knorr die Anklage vertritt.

### Vernehmung der Angeklagten.

Der erste Angeklagte Zeglin, gegen den drei Anklagen vorliegen, erklärte sich in allen Punkten nichtschuldig und will sich nur am Mittag des 6. Oktober inmitten der Menschenmenge befinden haben. Mit Entschiedenheit bestreitet er die Behauptung der Anklage, daß er schon am Dienstag früh auf dem Bahnhof Wedding zu dem Maurer Gleise gesagt habe: „Was, Du Hund, Du willst uns Konkurrenz machen?“ Er habe von Differenzen auf den Bauten des Streckenbach gar nichts gewußt, da er sich in der Pflanzzeit befunden und seine Wohnung gewechselt habe. Am Dienstag früh besag er sich wieder zur Arbeit auf den Glasemann'schen Neubau. Auf dem Bahnhof traf er Gleise, mit dem er seit langer Zeit befreundet war. Er habe denselben freundlich begrüßt und das sei Alles gewesen. Auf Bahnhof Savignypfad habe er den Zug verlassen und sich direkt nach seinem Baue begeben, wo er bis Mittag durchgearbeitet habe. In der Baubude habe er am Mittag seine Stullen ausgegessen, habe aber noch Hunger gehabt und sei deshalb nach einem Lokal gegangen, um sich noch etwas zu essen zu kaufen, ohne eine Ahnung davon zu haben, daß in demselben Lokal die Affordarbeiter kommen würden. Er habe sich kaum ein Glas Bier bestellen können, da seien die Affordarbeiter angelockt. Gleise habe ihn sofort als denjenigen bezeichnet, der ihn schon am Morgen bedroht und mit den Anderen vom Baue gezwängt habe. Die Leute hätten ihn nun bedroht, er habe daher schleunigst das Lokal verlassen, doch Gleise habe ihn auf die Straße verfolgt, er habe einen draußen stehenden Schutzmann um Schutz erucht, Gleise habe dagegen seine Verhaftung verlangt, die der Schutzmann ablehnte. Nun habe er sich allerdings hinziehen lassen, dem Gleise einen Stoß ins Genick zu geben. Ein Auslauf habe jedoch gar nicht stattgefunden. Der Vorfall habe nur einige Augenblicke gedauert. Den Tag über sei ihm doch klar geworden, daß er unwillig gehandelt habe. Deshalb habe er den Gleise am Mittag des 6. Oktober in der Baubude aussuchen wollen, um sich mit ihm zu einigen, doch habe er denselben nicht gefunden. Inzwischen sei eine Menschenmenge zusammengelaufen, welche die Entfernung der bereits entlassenen Affordarbeiter verlangte. Er sei zwar

in diese Menge hinein gerathen, habe sich jedoch an nichts betheiligt. In gleicher Weise bestreiten die übrigen Angeklagten jedes Verschulden. Die Frage des Staatsanwalts, was die entlassenen Arbeiter am Dienstag auf dem John'schen Baue gethät hätten, da sie ihr Geschick doch schon am Montag abholen sollten, um Kolonnen zu vermeiden, wird von den Angeklagten dahin beantwortet, daß sie die Mittheilung erhalten hätten, die Lohnkommission suche eine Einigung herbeizuführen und daß sie dann wieder anfangen könnten. Angeklagter Jähner erklärt den Beginn des Kravalls am 5. Oktober in folgender Weise: „Als die Affordarbeiter anrückten, haben wir denselben gut zugeredet, sie sollten doch nicht Familienbater brotlos machen und sie aus der Arbeit bringen. Franz Philipp, der Kolonnenführer der Affordarbeiter, habe aber gerufen: „Das giebt's hier nicht! Immer gleich losgehauen!“ und damit hätten jene auch losgeschlagen.“

Die letzten beiden Angeklagten, Panzer und Frisch, sind Mitglieder der Lohnkommission. Panzer erklärt, daß die Lohnkommission den Zweck habe, eingetretene Differenzen in Glücke beizulegen. Er sei zu diesem Zweck telephonisch nach dem Reddemann'schen Baue gerufen worden, habe am Montag vergeblich nach Meister Streckenbach gesucht und sei am Dienstag, den 5., frühmorgens wieder hinausgekommen. Da weder Meister noch Polster zu finden war, habe er vor dem Baue gewartet, wo noch eine Anzahl der entlassenen Lohnarbeiter standen. Da habe er gesehen, daß die Affordarbeiter in geschlossener Kolonne nach dem John'schen Baue zogen. Er habe eine Kollision vorausgesehen und um damit nichts zu thun zu haben, habe er sich in Gesellschaft von sechs Steinträgern entfernt, sei direkt nach Berlin gefahren und habe weder am Dienstag noch am Mittwoch das Bureau verlassen. Nach der Anklage soll es gerade Panzer gewesen sein, welcher durch einen Pfiff das Signal zum allgemeinen Angriff gegeben haben soll. Derselbe bemerkt hierzu, daß er mit dem Munde gar nicht pfeifen könne und eine künstliche Pfeife nicht bei sich gehabt habe. Er habe mit Kollegen vor dem Reddemann'schen Baue gestanden, die dort eingestellten Affordarbeiter seien hindurchgegangen, theilweise mit provokatorischen Redensarten. Er habe seine Kollegen ermahnt, sich durch nichts reizen zu lassen und ihre Ruhe zu bewahren. Da wäre es doch sehr unlogisch gewesen, wenn er gleich darauf quer über die Straße laufen und das Kommando zu einem gemeinsamen Angriff geben würde.

Staatsanwalt: Hat die Lohnkommission den Versuch gemacht, daß nicht mehr wie 500 Steine den Tag vermauert werden sollen? — Panzer: Die Lohnkommission kann etwas Derartiges nicht beschließen, sie hat nur die Befehle der Verhandlungen auszuführen. In unseren Versammlungen ist aber nie ein solcher Beschluß gefaßt worden.

Angeklagter Frisch bekundet, daß ihn das Loos getroffen habe, als Mitglied der Lohnkommission mit Herrn Streckenbach wegen Beilegung der Differenzen zu unterhandeln. Er habe sich am Montag und Dienstag vergeblich bemüht, am Mittwoch erst sei ihm die Einigung gelungen. Die Differenzen auf dem Baue des Herrn Streckenbach entstanden, weil am 2. Oktober 1897 den 48 dort beschäftigten Maurern die Entlassung gegeben wurde unter dem Vorwand, die Zeichnung sei falsch, es müsse eine neue Zeichnung angefertigt werden. Diese Angabe hat sich als unrichtig erwiesen, Herr Streckenbach wollte Affordmurer an Stelle der Lohnarbeiter einstellen. Bei den Verhandlungen sprach er die sonderbare Meinung aus, daß ihm gesagt sei, er dürfe niemand ohne Zustimmung der Lohnkommission entlassen, er müsse jeden Zentner und Arbeiter, der nicht genügend arbeite behalten. Dem trat Frisch entgegen und führte ihn darüber auf, daß es der Lohnkommission sehr fern liegt, in der Weise in das Arbeitsverhältnis einzugreifen.

Schließlich kam eine Verständigung zu stande, wonach es dem Baumeister überlassen bliebe, nach freiem Ermessen die Entlassenen wieder einzustellen und die Affordmurer zu entlohnen. Später wurden 20 von den Lohnmurem wieder eingestellt. Die Behauptung der Anklage, daß er den Streckenbach gedroht habe, er müsse alle Entlassenen ohne Ausnahme wieder einstellen, sonst würden seine 3 Bauten gesperrt, stellt er entschieden in Abrede.

Staatsanwalt: Haben Sie verlangt, es sollten nur 500 Steine vermauert werden? — Frisch: Es wurde in Versammlungen gesagt, daß die jungen Leute so viel schlechte Arbeit machen und daran die Bemerkung geknüpft, die jungen Leute sollten lieber die alten Kollegen bei der Arbeit unterstützen, daß es diesen nicht so schwer werde. Vor allem müsse auf solide Arbeit gehalten werden. Ein Beschluß ist jedoch nicht gefaßt worden und konnte auch nicht gefaßt werden, weil ein solcher garnicht durchzuführen sei, denn die Arbeiten seien sehr verschieden. An der einen Stelle seien ohne große Schwierigkeit 700—1000 Steine zu vermauern, an der anderen Stelle habe man mit 800 schon zu thun. Man habe auch gar nicht die Absicht gehabt, über den Baue die Sperre zu verhängen, denn er sei sehr entschieden dagegen aufgetreten, daß die Arbeiter eines anderen Baues, der gleichfalls Herrn Streckenbach gehört, die Arbeit einstellen. Das sei auch verbindert.

### Die Zeugen.

Der erste Zeuge ist Herr Maurermeister Streckenbach, der früher zu Protokoll erklärt hat, Frisch habe ihn gedroht, daß seine sämtlichen Bauten gesperrt würden, wenn er nicht alle Entlassenen einstelle. Dieses den Angeklagten Frisch belastende Moment wird durch den Zeugen selbst bestritten, der heute erklärt, er wisse das nicht mehr genau. Während der Fundamentierung und später bei der Aufführung der ersten Etage sei ihm mit der Sperre über alle seine Bauten gedroht worden, und da könne es wohl sein, daß er diese Fälle verwechselt habe. Er sei mit den Arbeitern auf dem Neubau, der für den Baumeister John's aufgeführt wurde, nicht zufrieden gewesen, weil ihm die Arbeitslöhne im Verhältnis zur Leistung wöchentlich 500 bis 700 Mark höher kamen, als wie bei seinen übrigen Bauten. Da ihm nun sein Polster gesagt habe, das komme daher, daß die Lohnkommission angeordnet habe, nicht mehr wie 500 Steine zu vermauern, so habe er sich entschlossen, Affordarbeiter anzustellen. Als die Affordarbeiter am Morgen des 5. vom Baue herunter geprügelt worden waren, wollten dieselben nicht anfangen. Er habe daher polizeilichen Schutz nachgesucht und hätte die Leute telephonisch erucht, die Arbeit zu beginnen. Sie hätten das aber aus Furcht vor den Anderen abgelehnt. Nun erst habe er sich auf Unterhandlungen eingelassen, um seine übrigen Bauten nicht sperren zu lassen, und da ihm zugesichert wurde, daß er von den Entlassenen nur diejenigen einzustellen brauche, die ihm genehm wären, so habe er sich verpflichtet, nicht allein die Affordarbeiter auf dem John'schen Baue, sondern auch die auf dem Reddemann'schen Baue zu entlassen. Thatsächlich habe er von den 48 entlassenen Arbeitern des John'schen Baues nur 20 wieder eingestellt.

Auf eine Frage des Angeklagten Frisch giebt der Zeuge zu, den Arbeitern sowohl bei der Entlassung, wie auch Herrn Frisch gegenüber als Grund der Entlassung angegeben zu haben, die Zeichnung müsse geändert werden. Das habe er aber nur aus Furcht vor Gewaltthatigkeiten gethan. Eine weitere Frage, ob auf dem John'schen Baue so schlechtes Material bearbeitet worden sei, daß es gar nicht möglich war, mehr als 500 Steine zu verlegen, beantwortet Zeuge damit, daß er sich dessen nicht erinnern könne, doch giebt er auf eine Frage des Staatsanwalts Heine zu, daß solide Privathäuser meist nur im Lohn und nicht im Afford ausgeführt werden.

Der nächste Zeuge, Polster behauptet, kann nur den Angeklagten Jähner als einen derjenigen bezeichnen, der unter den 100 bis 150 Maurern war, die den John'schen Baue betreten. Die übrigen Angeklagten vermag er nicht zu rekonstruieren. Als die Maurer am Sonnabend entlassen wurden, sollten sie ihr Geschick gleich mitnehmen. Auf Kiehlod's Befragen giebt er die Möglichkeit zu, erlaubt zu haben, daß das Geschick liegen bleiben könne. Auf seinem Baue habe nur ein großer Tumult stattgefunden, es hatte sich ein großer Anruhr gebildet, und es war garmüht zu erkennen, was innerhalb desselben vorging. Ob dabei gehauen wurde, wisse er nicht. Daß einem die Nase eingeschlagen wurde, sei erst später auf der Straße gesehen. Das Material sei stets gut gewesen, nur

einmal habe der Sand nichts gelaugt, weshalb die Maurer nicht arbeiten wollten.

### Vernehmung der Affordmurer.

Maurer Schläger hat nur gesehen, daß Zeglin den Gleise ins Genick stieß, sonst nichts. Von einem gemeinsamen Angriff konnte bei dem Kontraste zwischen Zeglin und Gleise keine Rede sein. Für die Anklagebehörde ist ein Moment von besonderer Wichtigkeit, aus welchem hergeleitet werden soll, daß der Ueberfall der Affordarbeiter am Morgen des 5. Oktober vorher verabredet und geplant war. Der Angeklagte Zeglin soll nach früheren Verhandlungen des Zeugen Gleise diesen auf dem Bahnhof Wedding damit bedroht haben, daß es heute noch keine Keile geben würde, Zeglin müsse daher am Morgen schon gewußt haben, daß die Affordarbeiter überfallen werden sollten. Gleise bezeugt dieses gewichtige Moment, denn er erklärt zugegenheitlich, daß er mit Zeglin auf dem Wedding zusammengetroffen sei. Als dieser von ihm erfahren habe, daß er, Gleise, in Afford arbeiten wolle, habe Zeglin vor ihm ausgepien und geschimpft: „Du bist ein Schlumpf!“ Gleise's Kamerad habe zu Zeglin gesagt: „Wenn Du nicht ruhig bist, dann kriegt Du eine Ohrfeige!“ In demselben Augenblicke sei der Zug eingefahren und die Sache war erledigt. Als wir hinaus kamen, sahen wir, daß eine Schlägerei stattfand, aber wir haben und nicht darum gekümmert. Zu Mittag, als sie in dem Lokal Mittag aßen, hatten sich draußen etwa 150 Maurer angesammelt. Als er hinaus gekommen sei, habe ihm Zeglin ein ins Genick gegeben; es sei aus dem Haufen gerufen worden: „Schlagt die Hunde todt, die Streiberecher!“ Aber wer gerufen, das wisse er nicht. Was den Vorgang vom 6. Oktober betreffe, so könne er Hesse und Portrant als Angreifer nicht rekonstruieren. Der Maurer Sund ist derjenige, dem die Nase oder das Stirn gespalten worden sein soll, als der Kravall am 6. Oktober auf dem Reddemann'schen Baue stattfand. Es erregt allseitige Heiterkeit, als der Zeuge sein Malheur auf eine aufgeplagte Lippe reduziert. Im Uebrigen schildert der Zeuge den „Sturm auf die Reddemann'sche Baubude“ in ziemlich grellen Farben. Man habe beabsichtigt, Bretter von der Bude loszureißen, um in dieselbe hineinzubringen, es wurde mit Steinen geworfen und gerufen: „Schlagt die Hunde todt!“ Zeglin habe sich dabei besonders hervorgethan. Zeuge hat denselben früher als Häufelführer bezeichnet, giebt aber auf Befragen der Verteidigung zu, daß Zeglin erst gekommen sei, als der Tumult schon im Gange war und nach dem „Reise-Ontel“ (das ist der Spitzname des Gleise) gefragt habe.

Der Maurer Redem, zu den Affordarbeitern gehörig, hat erfahren, — von wem, weiß er nicht — daß sie vor dem Baue überfallen werden sollten. „Als wir kamen, wurde gepfeifen, wir wurden umzingelt, auseinander gedrängt, ich wurde an den Baum gedrückt und im Augenblicke war mein Geschick weg, von dem ich kein Bild wieder gekriegt habe.“ Maurer Werner behauptet, Panzer sei am Morgen des 5. Okt. bei dem Ueberfall dabei gewesen. Ob derselbe sich unter der Menge befand, die sie angriff, wisse er nicht, jedenfalls habe er dabei gestanden, allerdings 80 bis 40 Schritte davon. Panzer bezeichnet diese Aussage als falsch, da der Widdermann'sche Baue, bei dem er gestanden habe, mehrere hundert Schritte entfernt sei. Der Maurer Schramm giebt davon dieselbe Schilderung wie der Zeuge Sund. Er belastet den Angeklagten Frisch, indem er behauptet, derselbe habe am 6. Mittags am Reddemann'schen Baue gestanden und gerufen: „Kollegen, haltet Euch tapfer, die Hunde müssen vom Baue! Bei dem Kravall sei ein förmliches Bombardement auf die Baubude unternommen worden. Man habe gerufen: „Wenn Ihr Hunde zu Reiper nicht vom Baue seid, schlagen wir Euch todt!“ Den Portrant habe er auch dabei gesehen. In die Enge getrieben, giebt aber Zeuge zu, nicht mehr zu wissen, an welchem Tage er denselben gesehen habe, es könne auch am 4. Oktober gewesen sein.

Franz Philipp ist der Kolonnenführer, der auf dem Streckenbach'schen Baue die Affordmurer angeworben hat. Er schildert eingehend den Konflikt. Er kam mit 30 Mann Affordmurem in geschlossenen Trupp den Kurfürstendamms entlang. In der Gegend des Baues kam es zu Kämpfelein und die Maurer wurden bis in die Baubude verfolgt und später hier vertrieben. Einigen ist dabei das Handwerkzeug abhanden gekommen. Von den Angeklagten hat er niemand bei dem Kravall gesehen.

Auf eine Anfrage des Staatsanwalts bemerkt der Zeuge: So schlimm wurde überhaupt nicht gehauen. Es ist auch nichts zu sehen gewesen.

Staatsanwalt: Sie haben früher in der Voruntersuchung den Angeklagten Lange als den bezeichnet, der geschlagen hat. Zeuge bestreitet das. Rechtsanwalt Herzfeld stellt fest, daß dem Zeugen nie der Angeklagte Lange in der Voruntersuchung gegenübergestellt ist. Paul Philipp behauptet, er sei geschlagen worden, von wem weiß er heut nicht sicher anzugeben. Maurer Schramm ist mit dem Spatenstiel geschlagen worden, von wem weiß er nicht. Dem Maurer Reumann wurde das Kniebein eingeschlagen. Von den Angeklagten erkennt er niemand als den Schläger.

Eine ganze Reihe von Belastungszeugen, sämtlich zu den Affordarbeitern gehörig, sind in ihren Aussagen unsicher. Theils haben die Zeugen die Angeklagten nur in der Nähe der Kravalle gesehen, ohne jede Beheiligung an denselben, oder sie kennen überhaupt keinen der Angeklagten. Ein Zeuge, welcher die „Verabredung“ bekunden soll, ist der Maurer Georg Müller. Derselbe ist in der Voruntersuchung so verstanden worden, als habe er sich am Morgen des 5. Oktober vor dem Kravall entfernt, da er diesen kommen sah. Zeuge läßt diesen Irrthum dahin auf, daß er einer einzelnen Person wegen weggegangen sei. Am Sonnabend Abend habe ihn ein unbekannter Strolch im Thiergarten um einen Groschen zu Schnaps angesprochen und da er keinen kriegt, habe er geschimpft. Diesen Strolch habe er am Dienstag früh in der Nähe der Baupläge gesehen und um nicht mit diesem in Streit zu kommen, sei er weggegangen.

### Der Zeuge Maurerpolier Raubsch ist der Vorsitzende des gewerkschaftlichen Vereins der Maurer Berlins

(des sogenannten Vereins der arbeitswilligen Maurer) und der Vorstand dieses Vereins soll die ganze Anklage durch eine Denunziation veranlaßt haben. Zeuge giebt eine andere Darstellung der Sachlage. Am 7. Oktober seien mehrere Maurer zu ihm gekommen, die bei den Kravallen Verletzungen erlitten hatten und von ihm verlangten, er solle für sie Strafantrag stellen. Er habe das abgelehnt und die Leute darauf verwiesen, daß die Sache in einer Versammlung erörtert werden sollte. Das sei geschahen, und diese Erörterungen hätten die überwachenden Polizeibeamten mit angehört, welche die Sache weitergemeldet hätten.

Rechtsanwalt Kay richtet an den Zeugen die Frage, ob er nicht an dem Treppenbaue mitgearbeitet habe, welches in der Ringstraße zu Dalenlee kürzlich eingeführt sei und mehrere Menschen unter sich begraben habe. Zeuge bejaht das, will aber erst bekommen haben, als das Treppenhaus bereits unterkellert war. Die Lischen, die den Einsturz veranlaßten, seien herbeigeführt worden, als er bereits auf einem anderen Baue gearbeitet habe. Jedenfalls muß der Zeuge zugeben, daß das eingeführte Treppenhaus von Affordarbeitern ausgeführt worden sei. Zeglin hielt dem Zeugen vor, daß dieser einmal zu ihm gesagt habe, wenn er in die Lohnkommission gewählt werde, dann würde er die Affordarbeit ausgeben. Zeuge bestritt dies. Da nunmehr

### die Entlastungszeugen

benommen werden sollen, beantragt der Staatsanwalt, dieselben sämtlich unter Auslegung der Vertheidigung zu vernehmen, da die Leute alle mehr oder weniger verdächtig seien. — Rechtsanwalt Heine hält den Eid nach der Vernehmung stets für richtig, aber protestirt gegen die Motivierung des Staatsanwalts. — Maurer Fleunig bezeugt, daß er Frisch mittels Telephons gerufen habe, um die Differenzen zu schlichten. Frisch habe sofort gerathen, sich recht ruhig zu verhalten, damit die



Unterhandlungen nicht erschwert würden; er habe gerathen, sich lieber um andere Arbeit umzusehen, was auch verschiedene gethan hätten. Heute ist mit Frisch zu dem Polster Schubert auf den Reddemann'schen Bau gegangen, um diesem zu sagen, daß er die Lohnarbeiter, die ihm genehm seien, wieder einstellen könne. Die Arbeiter hätten dort schon gewußt, daß sie Feierabend kriegen sollten und Frisch sei deshalb von diesen beschimpft worden, doch habe derselbe nichts erwidert und den Schimpfen einfach den Rücken gekehrt. Heute wird vereidigt. Polster Lische von dem Döbler'schen Bau bekundet, daß Lange am 5. Oktober früh 7 Uhr beim Verleihen der Anweisungen zur Stelle war. Da der Staatsanwalt bei Beginn die Beschuldigung fallen ließ, daß dieser bei dem ersten Kravall am Morgen des 5. Oktober betheiligigt gewesen sei, wird auf eine Anzahl von Entlastungszeugen verzichtet. Maurer Mege, Mitglied der Lohnkommission, sagt aus, daß er am Montag mit Panzer draußen war, um eine Einigung zu erwirken. Sie hätten Streckenbach nicht getroffen und auf weiteres telephonisches Ersuchen sei Panzer am nächsten Morgen wieder hinausgefahren, um die Verusche fortzusetzen. Um 10 Uhr traf er denselben auf Bahnhof Zoologischer Garten und fuhr mit demselben nach dem Bureau, das Panzer dann bis zwei Uhr nicht mehr verlassen habe. Die Lohnkommission, die aus sechs Mitgliedern bestehe, werde von den Arbeitgebern ebenso wie von den Arbeitern angerufen, weil dieselbe den Zwischweg habe, nicht nur Ausstände, sondern auch Sperren zu verhüten. Ueber die Anzahl der zu verarbeitenden Steine könne die Kommission nicht beschließen, das hänge von den Steinen selbst, vom Wetter und vom gesammelten Material ab. Eine ganze Reihe von Zeugen erbringt für Frisch ein Alibi. Arbeiter Schwandt von dem gegenüber liegenden Sperl'schen Bau deponirt, sie seien Morgens 7 Uhr aus der Restauration vom Kaffeetrinken gekommen, da sei Frisch auf ihren Bau gekommen und sei dageblieben, bis der Kravall zu Ende war. Er, Zeuge, habe etwa 20 Mann mit Gesichtern ankommen sehen, welche direkt durch die vor dem Bau stehenden Leute drängten, was sie wohl vermeiden konnten, wenn sie um die Leute herumgegangen wären.

Rechtsanwalt Heine fragt, wie das mit dem Pfeifen sei, es solle doch bei Beginn des Kravalls geblasen worden sein. — Zeuge: Auf den Bauten pfeift jedesmal der Polster, wenn die Arbeit beginnen soll. — Staatsanwalt: Woher wissen Sie, daß Frisch während des Kravalls nicht von Ihrem Bau gegangen ist? — Zeuge: Ich bin Steinträger und wir haben manchmal eine halbe bis eine ganze Stunde Pause. Daher war ich in der Lage, mich mit Frisch zu unterhalten. Andere Zeugen bekunden dasselbe. Zeuge Fechner und Andere deponiren, daß sie schon Anfang Oktober erfahren hätten, es sollten Arbeiter angestellt werden. Frisch habe gerathen, sie sollten nur ruhig weiterarbeiten, er hoffe, daß die Sache gütlich geregelt werde. Maurer Nieger und Maurer Gehl bekunden, Beglin habe am Abend des 5. bebauert, den Geleise geschlagen zu haben, er wolle am anderen Tage hingehen, um sich mit ihm zu einigen. Maurermeister Klische bekundet, daß der Angeklagte Kriebel noch ungefähr 10 Jahre bei ihm arbeite. Er habe ihn nur als ruhigen verständigen Mann kennen gelernt. Restaurateur Frau Fischer erklärt, daß es zu damaliger Zeit in der Gegend von Mauern wimmelte, da an allen Ecken gebaut wurde. Die Leute hätten meist bei ihr verkehrt und vor der Thür hätten sich in den Eppausen die Ein- und Ausretenden stets gedrängt und sei etwas lebhaftes Treiben gewesen. In gleicher Weise wie bei den Vorangegangenen wird das Alibi anderer Angeklagter erwiesen. Damit schließt die Verweidung ab. Der größte Theil der Zeugen wird definitiv entlassen, ein anderer Theil muß morgen wieder kommen wegen etwaiger Reproduktion einzelner Theile der Verweidung. Die Fragen werden den Geschworenen morgen unterbreitet werden. Um 8 Uhr Abends wird die Sitzung verlag.

### Partei-Nachrichten.

Bei der Gemeinderathswahl in Hirschenselde bei Hamburg wurden zwei Parteigenossen gewählt. Die Wahl bei einem Genossen wurde jedoch für ungültig erklärt, weil er nicht anständig ist. Es muß deshalb ein neuer Wahlgang stattfinden, wobei die Parteigenossen dann einen Anführer aufstellen werden und auch durchzubringen hoffen.

Die Parteigenossen in Dresden-Alstadt beschlossen in einer Parteiverammlung, bezüglich der Landtagswahlen bei der Landeskonferenz zu beantragen: Es ist notwendig, daß wir uns wie bisher an den Landtagswahlen betheiligen. In den Kreisen, wo man nicht genügend Wahlmänner findet, bleibt es den Genossen überlassen, sich nicht zu betheiligen. Betreffs des Organisationsentwurfs stimmte man demselben zwar im Wesentlichen zu, sprach sich aber für eine schärfere Centralisation aus.

Der Landeskongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Niederlande wird am 2. und 3. April zu Leuwarden abgehalten. Zur Verathung stehen u. a. ein Programm für die Gemeinderathswahlen, die vorliegenden Arbeiterschutz-Gesetzentwürfe, Vorschläge verschiedener Zweigvereine zur Erweiterung des Parteiorgans vom dreimal erscheinenden Blatte in ein Tagesblatt etc.

### Polizeiliches, Gerichtliches u. d. h.

**Influenza-Epidemie und preussisches Versammlungsgesetz.** Der Vorwärts hat schon berichtet, wie in Eshornsdorf bei Vieh im Kreise Landsberg a. d. W. eine sozialdemokratische Versammlung vereitelt wurde, weil der Amtsvorsteher sich weigerte, die vorgeschriebene Verschlingung über die Anmeldung auszustellen. Nachträglich hat der Herr dann die Begründung gegeben, daß er die Versammlung wegen der am Orte herrschenden Influenza-Epidemie verboten habe und weil das Lokal ungeeignet gewesen wäre.

In Duisburg wurde am Dienstag der Maurer J. Müller von der Strafkammer zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt, weil er die Richter in Vohum beleidigt haben sollte. Er hatte sich in einer Versammlungsbrede mit einem Urtheil des Gerichts in Vohum beschäftigt und dabei soll er das gegen einen fahrlässigen Polier gefällte Urtheil, der den Tod eines Arbeiters verschuldet haben soll, eine Schande genannt haben. Vier Entlastungszeugen, die mit ihm an einem Tische gesessen hatten, stellten den Sachverhalt so dar, daß Müller das Verhalten der Unternehmern, die die Unfallversicherungsvorschriften nicht beachtet, eine Schande genannt habe, nicht aber das Urtheil. Das Gericht glaubte den Polizeizeugen aber mehr und kam zu dem genannten Urtheil.

Wegen Veranstaltung eines ungewöhnlichen Begräbnisses wurden von der Strafkammer in Köln vier Parteigenossen zu 15, 6 und 3 M. Geldstrafe verurtheilt, die vom Schöffengericht Mühlheim seinerzeit freigesprochen worden waren. Die Größe des Verbrechens geht am besten aus folgenden Sätzen des Urtheils hervor:

Das Kammergericht habe zwar entschieden, daß das bloße Fernbleiben eines Geistlichen ein Begräbniß noch nicht zu einem außergewöhnlichen mache, im vorliegenden Falle habe es sich aber um eine Demonstration (h) gehandelt. Es sei in der Rheinischen Zeitung durch Todesanzeige zur Theilnahme an dem Begräbnisse aufgefordert, dabei seien Kränze mit rothen Schleifen vorangetragen und am Grabe Reden gehalten worden, wenn diese auch nur aus einem Satze bestanden hätten. Es handle sich also nicht um ein gewöhnliches Begräbniß.

Der verantwortliche Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, Genosse Wenzel, wurde vom Schöffengericht in Dresden wieder einmal wegen Verleumdung zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt. In Nr. 273 des Parteiblattes erschien ein Inserat, in welchem unsere Genossen zur Gemeinderathswahl in Traubau aufgefordert wurden. In Bezug auf die damals geplante, unterdeh perfelt gewordene Verflechtung des Gemeinderathes hieß es unter Anderem in dem Inserat, daß man den Schlag der reaktionären Sippe abwehren müsse. Dadurch fühlte sich der Gemeinderath an der Ehre gekränkt.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

In Groß-Lichterfelde haben die Maurer und Bauarbeiter infolge Lohnunterschieden bei den Baunternehmern Born und Worchardt u. Wessel die Arbeit eingestellt. Zuzug ist fernzuhalten.

### Deutsches Reich.

Zum Formerstreik in Kottbus erhalten wir von gut unterrichteter Seite noch die nachstehenden Mittheilungen. Die Lohnabzüge datiren schon vom 2. Februar zurück, bewegten sich jedoch in mäßigen Grenzen und betrafen stets nur einzelne Stücke, so daß die Former stets über die Sache mit dem Meister einig wurden. Am Donnerstag, den 2. März, wurde zwei Formern eine Arbeit angeboten, die sie „in Kompagnie“ machen sollten, deren Preis aber um 40 pCt. reduziert war. Beide weigerten sich. Als der Ingenieur Muth nun die Former zusammenstehen sah, in einer Besprechung begriffen, was zu thun, da fragte er sofort, ob sie nicht arbeiten wollen. Die Former erklärten, wohl arbeiten zu wollen, aber nur zu dem alten Preis. Daraufhin wurde ihnen einfach die Thür geschlossen. Da nun laut Fabrikordnung achtstündige Kündigungsfrist besteht, so haben alle sechs Mann jeder anberthalb Wochen Lohn eingeklagt. Inzwischen hat der Polizei-Inspektor mit dem Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes gesprochen und sind Verhandlungen eingeleitet. Als Mittelstrepion fungirt der Bevollmächtigte, obwohl er nicht in der Fabrik von R. West arbeitet. Die Verhandlungen kamen sich indeß bald wieder erschlagen, da Herr Ingenieur Muth sich durch einen Artikel in der „Volkstimme“ beleidigt fühlte. Durch diese Unterhandlungen ist nun aber doch so viel erreicht, daß eine neue Lohnliste bekannt wurde, die schon am 2. Februar ausgearbeitet (als die ersten Abzüge kamen), aber nun erst zum Vorschein gebracht wurde. Die Lohnliste ist derart, daß kein Former im Stande ist, die verlangte Arbeit für den gebotenen Preis zu machen. Jeder Kenner der Eisengießerei weiß, daß die Former ihren Hauptverdienst erzielen bei den schweren Stücken, da der Preis allgemein nach 100 Kilogramm berechnet wird. Nun hat der Herr Muth die Sache aber so gedreht, daß er für Stücke, welche bis 25 Kilogramm wiegen, den alten Preis beließ, zu welchem die Sachen nur gemacht werden können, wenn mal eine bessere, d. h. besser lohnende schwere Arbeit mitgemacht wird. Für die schweren Sachen hat Herr Muth aber den Lohnsatz ermäßigt, so daß ein Stück z. B., wenn es 25 Kilogramm wiegt, pro 100 Kilogramm mit 4 M. bezahlt wird, wiegt es 100 Kilogramm, nur mit 2 M. Die Abzüge schwanken von 1 M. auf 6 M. alten Preis bis 2,50 M. (h) auf 4 M. alten Preis, also von 10/3 bis 62,5 pCt. Für den Preis kann also niemand arbeiten, und sind bis jetzt auch noch keine Streikbrecher in Arbeit getreten. Der Herr Muth ist erst seit kurzer Zeit im Geschäft und sucht sich auf diese Art Vorbeeren zu holen.

Zur Schneiderbewegung. In Leipzig droht der Kampf der Schneider ein ziemlich heftiger zu werden. Die größeren Firmen versuchen einen Ring zu bilden; viele Betriebsinhaber drohen, ihre Werkstätten aufzugeben und alle Arbeit durch die Hausindustrie aufertigen zu lassen. Eine Anzahl Arbeiter haben sich der Bewegung noch nicht angeschlossen. Die Innung, welche nach den Intentionen des neuen Handwerkergesetzes verpflichtet sein soll, den Frieden im Gewerbe möglichst zu wahren und zu fördern, hält Versammlungen ab, ohne den Gesellenausdruck dazu zu laden.

Die Hamburger Schneider haben in einer Versammlung den Antrag der Agitationskommission angenommen, den Arbeitgebern am 11. d. M. den Lohnsatz einzureichen und eine achtstündige Arbeitszeit zu geben. Der Beschluß wurde mit 528 gegen 45 Stimmen gefaßt.

In Dresden haben die Tischler photographischer Apparate der Fabrik Hättig u. Sohn wegen Differenzen mit der Fabrikleitung die Arbeit eingestellt.

Zum Kreisfelder Weberstreik. Die Streikenden haben in einer Versammlung am 9. d. M. abermals in einmüthiger Weise den Beschluß gefaßt, im Kampfe auszuharren. Am gleichen Tage haben auch die Arbeiter von Bräun Söhne in Reudt, einer Firma, die auch im Kreisfeld eine Sammetfabrik besitzt, die Kündigung eingereicht. Es kommen hier 200 Mann in Frage. — Das Kreisfelder Amtsblatt versucht es wieder einmal, die Streikenden gegen die „gewerbsmäßigen Agitatoren“ aufzuheizen, die nur darauf bedacht wären, den Streik möglichst in die Länge zu ziehen, denn sie verbrauchten ja einen großen Theil der gesandten Unterstützungsgelder in erster Linie für sich. Damit bei der niederträchtigen Verächtlichung, die übrigens auch in der heutigen Abendausgabe der „Neuesten Nachrichten“ einen begeisterten Widerhall findet, auch der Humor nicht ganz fehle, wird weiter mitgetheilt, daß die sozialdemokratische Parteikasse, nachdem sie 150 000 M. beigetragen, weitere Unterstützungen abgelehnt habe. Auch der Bauwan der ausländischen Konkurrenz, der geldspendenden Engländer und Amerikaner, wird nicht für zu schlecht erachtet, um die Streikbewegung zu verunglimpfen. Einige große Firmen headsichtigen angeblich, ihre Betriebe ganz aufzugeben und sie nach Amerika zu verlegen.

Sämmtliche Weber der Firma Horn in Odenkirchen bei M. - Gladbach haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt.

In Bielefeld dauert der Streik der Tapezierer fort. Von den 220 Tischlern, welche seit einigen Tagen sich im Auslande befinden, haben bereits 80 den Ort verlassen.

### Ausland.

Aus Brig (Schweiz) wird unterm 10. März telegraphirt: Heute Vormittag fand eine Konferenz der Arbeiter am Simplontunnel mit den Unternehmern statt, in welcher eine Einigung erzielt wurde. Infolge dieser Konferenz wird der Streik der Arbeiter als beendet betrachtet.

## Soziale Rechtspflege.

Der Kontraktbruch-Projekt der Schirmhof-Fabrikanten Gebrüder Noa, über den wir schon berichteten, wurde gestern vor der Kammer IV des Gewerbegerichts zu Ende geführt. Die Firma verlangte belamlich von fünf ihrer ehemaligen Arbeiter je 50 M. Konventionalstrafe, weil diese mit anderen 50 Kollegen im Februar in den Streik getreten waren, obwohl sie sich vertraglich auf ein Vierteljahr der Firma Gebr. Noa verpflichtet hatten. Der Vertreter der Beklagten wandte ein, die Gebr. Noa hätten durch die Einführung ihrer Vertragswirtschaft lediglich bezweckt, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen. Die Verträge der fünf Beklagten seien aber schon auf Grund des Allgemeinen Landrechts ungültig. Einer von ihnen habe nur den Vertrag unterzeichnet, weil er sich in einer Nothlage befunden habe und ohne die Anerkennung des Vertrages nicht beschäftigt worden wäre. Und die anderen vier hätten sich durch die den Thatfachen widersprechende Angabe der Kläger, daß die meisten ihrer Kollegen schon unterschrieben hätten, zu der Unterschrift verleiten lassen. Im Laufe der Verhandlungen gab Herr Gebr. Noa zu, daß er mit der Einführung der Verträge thatsächlich bezweckt habe, sich gegen Streiks zu schützen. Die Beklagten wurden verurtheilt, die in den Verträgen für Kontraktbruch vorgesehenen Konventionalstrafen von 50 M. zu zahlen. Gewerberichter Dr. Gerth führte begründend aus: Es liege Kontraktbruch vor. Der § 182 der Gewerbe-Ordnung könne hier nicht zur Anwendung kommen, denn die Koalitionsfreiheit gebe den Arbeitern nicht das Recht, sich über bestehende Verträge hinwegzusetzen. Auch die angezogenen Bestimmungen des Landrechts lämen nicht in Betracht. Wenn die Herren Noa wirklich im Gegensaß zu den Thatfachen den betreffenden vier Klägern gesagt hätten, die Verträge seien schon von den meisten unterschrieben worden, dann wäre dies doch nicht als ein solcher Betrug anzusehen, der die Rechtsgültigkeit der Verträge hindere. Der Einwand, daß ein

Beklagter in einer Nothlage gezwungen worden sei, zu unterschreiben, sei ebenfalls hinfällig, denn nur infolge physischen Zwanges widerwilling anerkannte Verträge seien ungültig.

Juristisch steht das Gewerbegerichts-Urtheil wohl unanfechtbar da, aber gerade indem dies der Fall ist, wirkt es unwillkürlich ein großes Licht auf jene gang und gäben Expansionsprozesse, die von deutschen Staatsanwälten erfolgreich gegen ehrenhafte Arbeiter ins Werk gesetzt werden, wenn diese ihren Unternehmern für den Fall, daß sie bestimmte Forderungen nicht bewilligen, einen Streik in Aussicht stellen. Ueber das moralische Niveau, auf dem die Kontrakte der Firma Noa stehen, braucht wohl kein Wort weiter verloren zu werden.

## Gerichts-Beitrag.

Einen unglücklichen Mißgriff beging der Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, als er im April 1895 den Bureauvorsteher Otto Sielich anstellte. Dr. Herzfeld wußte nicht, daß Sielich bereits wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung und Betrugs verurtheilt war und im Ganzen 5 Jahre im Gefängnisse zugebracht hatte. Gestern stand Sielich wiederum einer ganzen Reihe von Strafthaten vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Er hatte das Vertrauen seines Chefs in der nichtswürdigsten Weise gemißbraucht. Bereits im Herbst 1895 begann der Angeklagte wiederum, von den Geldern, welche die Mandanten einzahlten, Beträge zu unterschlagen und die Veruntreuungen durch Nichtentragung in die Akten zu verdecken. Wie er angiebt, hat er damals eine Hausverwalterstelle bekleidet. In angetrunkenem Zustande seien ihm damals 1800 M., die er für Mieten eingezogen hatte, gestohlen worden, er habe den Verlust ersetzen müssen und sei dadurch in Verlegenheit gerathen. Als der Angeklagte im verfloffenen Herbst entlassen wurde, stellte Dr. Herzfeld den ihm zugesagten Gehalt auf etwa 8000 M. fest, der Angeklagte meint dagegen, daß die Gesamtunterschlagungen den Betrag von 6000 M. nicht übersteigerten. Das Verhalten des Angeklagten brachte schließlich seinen Prinzipal in schwere Angelegenheiten. Die Briefe, in welchen die Mandanten um Abrechnung drängten, wurden von dem Angeklagten unterschlagen. Als eine Firma schließlich mit Anzeige bei der Anwaltschaft drohte, unterschlug Sielich diesen Brief und bequante sich nur, das fällige Geld einzuzahlen, wobei er wieder andere Unterschlagungen begehen mußte. Ein Schneidermeister Jacobi hatte auch bei der Anwaltskammer Beschwerde über Rechtsanwalt Dr. Herzfeld erhoben. Die Anwaltskammer richtete darauf ein Schreiben an Dr. Herzfeld mit der Aufforderung „Berichtigung“. Der Angeklagte unterschlug diesen Brief. Ferner richtete der Angeklagte an die kgl. Ministerial- und Baukommission im Namen seines Chefs ein Schreiben, worin er um Anszahlung einer von einem Mandanten hinterlegten Summe ersuchte. Er verbrauchte den Betrag, 500 M., für sich. Schließlich bewog er eine Mandantin durch falsche Vorspiegelungen, einen Vorfuß von 250 M. zu zahlen. Dr. Herzfeld hat alle von dem Angeklagten begangenen Unterschlagungen sofort gedenkt. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten in allen Fällen für überführt. Von Milde könne keine Rede sein. Anstatt daß der Angeklagte Gott auf den Knien danken sollte, daß es ihm nach seinen vielen Vorstrafen gelungen war, eine anständliche Stellung zu erhalten, habe derselbe sich wiederum in der schwersten Weise vergangen. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren, zehn Jahre Ehrverlust und 3000 M. Geldstrafe oder noch weitere 200 Tage Zuchthaus. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, beantragte aus rechtlichen Gründen in einigen Punkten die Freisprechung, im Uebrigen suchte er dem Angeklagten milde Umstände zu erwirken.

Das Urtheil lautete auf eine Gefängnißstrafe von fünf Jahren und Ehrverlust auf gleiche Dauer.

Ueber die gerichtliche Verurtheilung eines fünffachen Polizeischwurs wird aus Düsseldorf berichtet: Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich am 9. März ein Schlächtergeselle aus M. - Gladbach wegen Verleumdung und Widerstandes gegen mehrere Polizeibeamte zu verantworten. Während der Angeklagte bei seiner Vernehmung behauptete, daß er ohne ersichtlichen Grund festgenommen, zur Wache geschleppt und dort brutal mißhandelt worden sei, beschworen fünf Polizeibeamte das Gegentheil. Nichtsdestoweniger gelangte der Gerichtshof auf Grund der übrigen Beweismomente zur Freisprechung des Angeklagten. Scharf riigte das Urtheil das Verhalten der Polizeibeamten. Deren Aussagen seien, wie die bezügliche Begründung lautete, trotz ihrer eidlichen Erhärtung in O l a u b e beigemessen worden, das Gericht habe namentlich die Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte auf der Polizeiwache schwer mißhandelt worden sei. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnißstrafe von drei Monaten in Vorschlag gebracht.

## Teile Nachrichten und Depeschen.

Wien, 10. März. (B. T. Z.) Mehrere Abendblätter bezeichnen die von der „Neuen Freien Presse“, allerdings unter äußerstem Vorbehalt gemeldete Nachricht, Oesterreich-Ungarn beabsichtige auch ein Stück der Küste von China in Besitz zu nehmen, als unrichtig.

Wien, 10. März. (B. T. Z.) Das Städtchen Liezen ist theilweise niedergebrennt.

Leipzig, 10. März. (B. T. Z.) Der Direktor der Galzischen Kreditbank, Dr. Arcykanowski, hat sich erschossen. Die Bank erklärte, daß der Selbstmord in keinerlei Zusammenhang mit den finanziellen Verhältnissen der Gesellschaft stehe.

Bern, 10. März. (B. T. Z.) Beim Uebergang über den St. Bernhard stürzten drei Reisende ab. Zwei von ihnen, ein gewisser Coelin aus Einsiedeln und Vatiome aus Frankreich, wurden tod aufgefunden; der dritte, dessen Identität sich bis jetzt noch nicht feststellen ließ, befindet sich noch am Leben, jedoch sind dem Unglücklichen beide Hüfte abgetrennt.

Paris, 10. März. (B. T. Z.) Dem Tempus\* zufolge beträgt der Materialschaden bei der Explosion in Toulon 180 000 Franks an Privateigenthum und 1 500 000 Frs. für die Marine.

Paris, 10. März. (B. T. Z.) Deputirtenkammer. Ministerpräsident Dupuy bringt einen Gesetzentwurf ein, in welchem ein Kredit im Betrage von 600 000 Frs. zur Unterthügung der Hinterbliebenen der bei der Katastrophe von Toulon Verlebten gefordert wird. In Erwiderung auf mehrere Anfragen erklärt Kriegsminister Freycinet, er werde eine Besichtigung sämtlicher Pulverfabriken in Frankreich vornehmen und die nöthigen Arbeiter zur Sicherheit anordnen lassen; wenn sich herausstellen sollte, daß einige Pulverfabriken eingehen müßten, so werde er zur Entschädigung derselben Kredite beantragen. Hierauf nimmt die Kammer die Verathung des Kriegsbudgets wieder auf. Sava's (Soz.) bringt ein Amendement ein, durch welches die Regierung aufgefordert wird, die dreizehntägigen Uebungen abzuschaffen. Der Antrag wird mit 342 gegen 186 Stimmen abgelehnt.

Paris, 10. März. (B. T. Z.) In den Wandelgängen der Kammer wird die Mittelteilung bestätigt, daß General Pellieux die Einleitung einer Untersuchung über seine Rolle im Esterhazy-Prozesse verlangt habe. Pellieux erklärte die Enthüllungen Esterhazy's für falsch.

London, 10. März. (B. T. Z.) Unterhaus. Parlaments-Unterserkretär Brodrick erklärt, die Regierung habe keine Kenntniß davon erhalten, daß der russische Gesandte in Peking thatsächlich seinen Protest gegen die Bedingungen der Nordbahn-Anleihe, welcher mündlich erfolgt sei, zurückgezogen habe. Aber soweit ihm bekannt, sei jener mündliche Protest nicht schriftlich bestätigt worden, und die Regierung habe Grund zu glauben, daß derselbe nicht werde erneuert werden.

Sofia, 10. März. (B. T. Z.) Die Regierung beschloß, die Renwahlen der Sobranje für Mitte Mai auszuschieben.



Reichstag.

53. Sitzung, Freitag, 10. März 1899, 1 Uhr. Am Bundesratsstische: v. Bülow, v. Büchta.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt Präsident Graf Ballestrem, er werde genötigt sein, Abendstunden anzubereitern, falls er aus dem Lauf der Debatte den Eindruck gewinne, daß die heutige Tagesordnung nicht bis Montag erledigt werden könne.

Hierauf wird die zweite Etatsberatung des „Kolonialstats“ fortgesetzt beim Etat für Ostafrika.

Abg. Vebel (Soz.):

Es ist vor Kurzem eine Broschüre des Dr. Karl Peters: „Mißbrauch der Amtsgewalt“, erschienen, auf die ich doch mit einigen Worten eingehen muß, da sie Angriffe auch gegen mich enthält, wenn auch im Uebrigen Dr. Peters für mich und wohl die große Mehrheit des Reichstages ein moralisch tochter Mann ist. Peters behauptet auf Seite 31 dieser Broschüre, daß die Angriffe, die sich seiner Zeit im Reichstage gegen ihn erhoben haben, und die zur Folge hatten, daß ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet wurde, auf Material beruht hätten, das mir von dem belannten Herrn Eugen Wolff zugegangen sei. Ich konstatire demgegenüber, daß ich niemals, weder direkt noch indirekt, vor Erscheinen der Peters'schen Broschüre mit Herrn Eugen Wolff in Verbindung gestanden habe. Ferner liegt mir noch eine zweite Broschüre vor von Herrn Dr. Scharlach. Ihre gegenüber bemerke ich nur, daß Herr Dr. Scharlach ein Mann ist, der bei allen kolonialen Gründungen sozusagen seine Finger mit drinnen hat, kurz, es meisterhaft versteht, Vortheile aus der deutschen Kolonialpolitik zu ziehen. Schließlich muß ich noch auf einen Artikel kurz eingehen, den der frühere österreichische Generalkonsul Dr. Oskar Baumann in einer Wiener Zeitschrift veröffentlicht hat und der geeignet ist, unsere Verwaltung in Ostafrika arg zu diskreditieren. Es wird dort behauptet, daß das Gelingen in Ostafrika quasi an der Tagesordnung sei und gewissermaßen sporadisch betrieben werde. Ich muß sagen, daß mir der Ton, in dem der Herr seine Schilderungen der Zustände dort vorträgt, außerordentlich mißfällt, und mich daran zweifeln läßt, ob überhaupt seine Mittheilungen auf Wahrheit beruhen. Die Thatsachen, daß er von seiner Regierung entlassen ist, wäre ja für mich kein Grund, an der Wahrheit seiner Angaben zu zweifeln, aber ich vermisste in dem Aufsatz irgend welche näheren Angaben über Personen, genauere Ortsbezeichnungen u. s. w. Daß seine Angaben trotzdem ein lebhaftes Echo finden, ist nach allem, was vorgefallen ist, allerdings durchaus nicht wunderbar. Da existirt z. B. ein Kolonial-Kalender, der mir vor Kurzem zu Gesicht gekommen ist. Dieser Kalender enthält zahlreiche Illustrationen über Verhältnisse in den Kolonien, und es ist mir besonders aufgefallen, daß unter den Abbildungen gerade Hinrichtungsszenen in besonderer Fülle vorhanden sind. Ich weiß nicht, ob dieser Abreißkalender im Einverständnis mit der Kolonialverwaltung herausgegeben worden ist. Daß diese Verewigung der Hinrichtungsszenen im Wilde den Eindruck machen muß, als ob diese Dinge in den Kolonien ganz an der Tagesordnung wären, wird wohl jeder zugeben müssen. Auf den Etat selbst will ich nicht näher eingehen. Ich will nur bemerken, daß noch unausgefüllt in Ostafrika Expeditionen gegen Empörungen der Eingeborenen veranfaßt werden müssen, an eine ruhige Entwicklung der Kolonie ist also vorläufig nicht zu denken. Wir werden, wie stets, gegen diesen Etat stimmen.

Kolonialdirektor v. Büchta:

Die einzige Beziehung, die die Regierung zur Peters-Frage hat, ist das Disziplinarverfahren, ich habe keine Verantwortung, retrospektive Betrachtungen darüber anzustellen, ob die Einleitung desselben gerechtfertigt war oder nicht. Was den Kolonial-Kalender anlangt, so hat die Regierung damit nichts zu thun. Doch bedauere auch ich die unpassende Aufnahme jener Abbildungen. Die Kolonie selbst ist im Uebrigen doch etwas hoffnungsvoller, als Herr Vebel meint.

Abg. Lieber (Z.):

Herr Peters ist für den deutschen Reichstag endgiltig abgethan. Auf die sämtlichen Insinuationen des Herrn Dr. Scharlach hat das Zentrum kein Wort der Erwiderung. Redner fragt hierauf, wie es mit der Entschädigung des Gebrüder Denhardt stehe, die durch die Abtretung des Sultanats Witu schwer geschädigt worden seien.

Kolonialdirektor v. Büchta:

Eine rechtliche Verpflichtung zur Entschädigung der Brüder Denhardt hat das Reich nicht. Ueber die moralische kann man verschiedene Meinungen sein. Ich für meine Person bin geneigt, eine Entschädigung zu befürworten. Aber die Entscheidung liegt nicht bei mir.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

meint, die Regierung habe die rechtliche Verpflichtung zur Entschädigung. Herr Peters hat sich, das darf man nicht vergessen, große Verdienste um das Deutsche Reich erworben. Daß man das anderswo auch zu schätzen weiß, zeigt der Umstand, daß Herr Peters jetzt an die Spitze einer großen englischen Expedition gestellt ist. Und dann darf man nicht vergessen, daß die Anschuldigungen des Herrn Vebel, die seiner Zeit den Anlaß zu der Kampagne gegen ihn gaben, auf der Mittheilung des falschen Luder-Briefes beruhten.

Abg. Vebel (Soz.):

Was jenen Luder-Brief anlangt, so bedauere ich selbst, daß ich mißglückt worden bin. (Abg. Arendt: Hört! Hört!) Aber daß er den Anlaß zu jener Unteruchung gegeben hat, das bedauere ich keineswegs. Wenn Herr v. Kardorff meint, wir hätten jetzt den Schaden davon, daß Herr Peters jetzt nicht mehr in deutschen Diensten steht, nun: er und seine Freunde hätten ihn ja halten können. Es scheint doch aber, daß dies nicht geschehen ist, daß Einiges gegen ihn vorlag, was selbst seine Freunde davon abhielt, für ihn einzutreten.

Abg. Graf Crisla (natl.) spricht sich für die Entschädigung der Brüder Denhardt aus und stellt das Einbringen einer diesbezüglichen Resolution bei der dritten Etatsberatung in Aussicht.

Abg. Arendt (Rp.):

Die Anschuldigungen des Herrn Peters gegen die Reichspost halte auch ich für bedauerlich. Aber wenn einem Mann ein so schweres Unrecht widerfahren ist, dann kann man auch manche Ausschreitungen begreifen. Und ein schweres Unrecht ist Herrn Peters widerfahren: denn das ganze Verfahren gegen ihn ist hervorgerufen durch eine Mystifikation des Abgeordneten Vebel. Wenn Herr Vebel Nachrichten von solcher Tragweite ohne eingehende Prüfung des Sachverhaltes vorträgt, so beweist das ja wieder, was wir auf Anschuldigungen des Herrn Vebel zu geben haben. Und ich meine: Herr Vebel hat alle Veranlassung, jetzt die Quelle zu nennen, aus der er jene Verleumdung geschöpft hat. Das ist er der mißglückteste Öffentlichkeitskämpfer. (Abg. Vebel: Fällt mir gar nicht ein!) Nun ja, das wollte ich nur hören. Aber nun weiß die öffentliche Meinung, daß Herr Vebel Nachrichten vordringt, die absolut erfinden sind, und nachher sich weigert, die Quelle zu nennen. Die Dienstentlassung des Herrn Peters ist auch hauptsächlich durch Herrn Baumann herbeigeführt worden. Wie wir jetzt die Qualitäten des Herrn Baumann kennen gelernt haben, so wirkt dieser Umstand ein sehr bezeichnendes Licht auf die ganze Entlassung. Herr Baumann hat in der Peters-Sache einen Fall sich geleistet. Ich halte es für meine Pflicht, einen Bahnbrecher deutscher Kultur hier in Schutz zu nehmen. (Bravo! recht.)

Abg. Graf Stolberg (L.) schließt sich dem Verlangen nach Entschädigung für die Brüder Denhardt voll an.

Abg. Vebel (Soz.):

Es hat sich allerdings herausgestellt, daß jener Brief an Luder nicht geschrieben war. Aber alle Angaben waren aus durchaus zuverlässiger Quelle gemacht worden, so daß ich damals nicht den geringsten Anstand nehmen konnte, sie öffentlich vorzubringen. Und in der That hat sich alles Uebrige auch als wahr erwiesen. Wenn auch das Gericht nicht direkt hat herausbekommen können, daß jene Hinrichtung aus Eiferucht geschah, so ist doch festgestellt worden, daß Herr Peters über die Untreue seiner Kontabine sehr erboht war. Es mag ja sein, daß das Gericht trotzdem zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß das Hauptmotiv bei jener Tödtung die Verrätherci gewesen ist.

Noch einmal: Wenn ich es auch objektiv bedauere, daß ich in dem Luder-Brief getäuscht worden bin, so bedauere ich das doch keineswegs die Thatsache, daß dieser Brief Veranlassung zur ganzen Unteruchung gegeben hat. Herr Arendt weiß, daß jener Umstand dem Disziplinarhof sehr wohl bekannt war. Wenn dieser trotzdem die Entlassung verweigert, so waren wohl schwerwiegende Gründe dafür maßgebend. Herr Arendt hat behauptet, daß Herr Baumann einen Fall sich geleistet hat. Nun, Herr Baumann wird ja wohl selbst Gelegenheit nehmen, in entsprechender Weise sich mit ihm auseinander zu setzen. Und wenn Herr Arendt behauptet, daß Herr Peters in englische Dienste gegangen ist, warum hat er sich denn nicht seiner angenommen? Es scheint doch also, daß dies nach dem vorliegenden Material unmöglich war.

Nur noch ein Wort über die Aufforderung des Abgeordneten Arendt, hier meine Quelle zu nennen. Ich habe keine Veranlassung, hier den Demuzianen zu machen. Die Leute, die mir Vertrauen schenken, werde ich nicht deshalb bloßstellen, weil ein kleiner Theil ihrer Behauptungen sich als nicht wahr erwiesen hat, zumal wo ihre Aussagen zur Abstellung öffentlicher Uebelstände geführt haben. (Sehr richtig! links.)

Abg. Arendt (Rp.): Was Herr Vebel gesagt hat, trifft den Sachverhalt nicht. Es ist erwiesen, daß die fingeordnete Person nicht die Maitresse des Herrn Peters, sondern eine öffentliche Dirne gewesen ist. Ferner würde ich es keine Demuziation nennen, wenn jemand irre geführt worden ist und dann den Namen des Irreführenden nennt.

Damit schließt die Debatte. Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest der ordentlichen Ausgaben.

Im Extra-Ordinarium zum Errichtung eines Schwimmbades in Dar-es-Salaam als erste Rate 300 000 M. verlangt. Nach kurzer Debatte wird der Titel bewilligt.

Für Verbesserung, Instandsetzung und Betrieb der Eisenbahn Togo-Ankober sowie zur Inangriffnahme ihrer Fortführung bis Korogwe werden 2 000 000 M. verlangt (als erste Rate 250 000 M.) Die Kommission will diesen Posten auf 1 750 000 M. erniedrigen. Dagegen beantragt Graf Stolberg eine Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Graf Stolberg (L.):

Für die Entwicklung unserer ostafrikanischen Kolonie sind Eisenbahnen dringend notwendig. Das Gebot der Kommission ist für die Gesellschaft, welche dort bisher die Eisenbahn gebaut hat, ganz unannehmbar. Es handelt sich aber hier um die erste Bahn, die mit deutschem Gelde in einer deutschen Kolonie gebaut ist, und wenn diese mit einer Liquidation endet, wird uns das Ausland auslachen. Ich bitte Sie also, meinen Antrag anzunehmen. (Bravo! recht.) Vergessen Sie nicht: die Landstriche, die neben der Bahn verlaufen, sind der springende Punkt des ganzen Unternehmens. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Freese (Fr. Vg.):

Ich glaube nicht, daß die Gesellschaft das Angebot der Kommission ablehnen wird, denn sie hat den dringenden Wunsch, sich dieser Bahn zu entäußern. Die Rentabilität der Bahn ist durchaus nicht so groß, wie sie dargestellt wird, da zur Zeit eine große Ueberproduktion an Kaffee dort herrscht. Wir haben also alle Ursache, die Bahn so billig wie möglich zu kaufen.

Kolonialdirektor Dr. v. Büchta:

bittet dringend, den Antrag Stolberg anzunehmen. Die Usambara-Gesellschaft hat mir gegenüber erklärt, daß sie nicht in der Lage wäre, das geringere Gebot der Kommission anzunehmen. Die Gesellschaft würde dann eben den Betrieb einstellen müssen. Was die Rentabilität der Bahn betrifft, resp. die Ueberproduktion an Kaffee, so ist anzunehmen, daß diese bald aufhören wird. Ich bitte Sie also, das Zustandekommen dieses vom nationalen Gesichtspunkte höchst bedeutungsvollen Unternehmens zu ermöglichen.

Abg. Graf v. Arnim (Rp.):

Die Konturrentabilität des Usambara-Kaffees wird gerade durch die Eisenbahn bedeutend erhöht. Ich bitte also dringend, die Gesellschaft nicht im Stich zu lassen und den Antrag Stolberg anzunehmen.

Abg. Richter (Fr. Vp.):

Wie jetzt haben wir nur die Erfahrung gemacht, daß unsere Kolonien immer mehr gelostet haben, während sich die Ansichten auf irgend welche wirtschaftliche Vortheile nicht in gleicher Maße vermehren. Die Angelegenheit der Usambara-Bahn hat eine Bedeutung, die über den einzelnen Fall hinausgeht. Zuerst hätte unsere Kolonialpolitik nur die Aufgabe, die Kolonien gegen Eingriffe von außen zu schützen, später übernahm sie auch die Kosten für die Landesverwaltung und jetzt ist das Reich im Begriff, sich in wirtschaftliche Unternehmungen in den Kolonien einzulassen, die Millionen verfrachten. Was die Usambarabahn selbst betrifft, so ist gesagt worden, Lehrgeld müsse jeder bezahlen. Ja, man kann doch aber auch aus den Fehlern anderer lernen. (Sehr richtig! links.) Der Hinweis auf die englische Bahn ist gar nicht stichhaltig, denn das ist kein wirtschaftliches, sondern ein rein politisches Unternehmen. Es soll England erleichtern, vom Süden her seine Stellung im Sudan und Ägypten zu behaupten. Es handelt sich hier um eine Ausgabe von 4 Millionen, auch wenn die Vorausschätze zunächst nicht überschritten werden. Für den Weiterbau ist dabei nur die erste Rate festgesetzt. Gerade weil es die erste deutsche Bahn dort ist, sollte man nicht gestatten, daß das Reich für sie eintritt. Deutschland hat in den 70er Jahren z. B. den Aktionären der vertriebenen Nordbahn nicht einen Pfennig gezahlt, man hat bei der Uebernahme nur die Schulden der Bahn bezahlt. Bei der Usambarabahn hat außerdem, so viel ich weiß, keiner der Aktionäre Geld verloren. Drei Viertel der Aktien gehören der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und diese hat das Geld, was sie in die Bahn gesteckt hat, vom Reich erhalten. Der Abg. Freese hat bereits darauf hingewiesen, daß Ueberproduktion an Kaffee dort herrscht und der Preis des Kaffees daher besonders niedrig ist. Jetzt will man aber die Produktion noch steigern. Uebrigens soll es mit dieser Usambarabahn durchaus nicht sein Bewenden haben, man hat noch weit größere Pläne. So wird neuerdings viel Propaganda gemacht für eine Bahn nach Zentralafrika. Die Kosten sollen allerdings 60 bis 70 Millionen betragen. Was nützt uns aber der kürzeste Weg nach einem Lande, aus dem nichts zu holen ist? Ich warne Sie davor, die Millionen, die im Inland weit bessere Verwendung haben, für solche Unternehmungen in den Kolonien aufzuwenden. (Beifall links.)

Kolonialdirektor v. Büchta:

Wer ein warmes Herz für die Kolonien hat, muß auch dafür sein, daß der Vertrag mit der Usambara-Gesellschaft zu stande kommt. Dieses erste deutsche Eisenbahnunternehmen hat eine hohe kolonialpolitische Bedeutung. Weitere Eisenbahnprojekte liegen zur Zeit nicht vor. Ob sie später notwendig sein werden, wird die Zukunft lehren. Ich bitte Sie also nochmals dringend, den Antrag Stolberg anzunehmen.

Abg. Dr. Haffe (natl.):

Herr Richter beurteilt die Rentabilität der Kolonien nach einem falschen Maßstabe. Wir besitzen die Kolonien erst viel zu kurze Zeit,

um die Rentabilität beurtheilen zu können. Dazu brauchen wir mindestens noch neun Jahre. Ueber Usambara-Kaffee zählt zu den besten Kaffees der Welt. Uebrigens ist gerade die planmäßige Distributionspolitik unserer Kolonien (auch daran, daß sich unser Privatkapital so wenig daran beteiligt. Wenn dieses die wirtschaftlichen Ansichten Usambara's besser würdigen würde, so würde es auch nicht so zurückhaltend sein. Die zentralafrikanische Eisenbahn ist durchaus notwendig. Hat das Land erst Verkehrsmittel, so wird es schon ausfließen. Die Usambara-Gesellschaft hat sich große Verdienste um die Kolonisation erworben. Man sollte daher nicht zu scharf mit ihr ins Gericht gehen. Ich bitte Sie um die Annahme des Antrages Stolberg, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Abg. Lieber (Z.):

Entweder man bewilligt die ganze Regierungsvorlage oder läßt das ganze Unternehmen fallen. Wenn man dem Antrag der Budgetkommission zustimmt, so kann aus dem ganzen Geschäft nichts werden. Diejenigen, denen überhaupt an diesem liegt, müssen also dem Antrag Stolberg zustimmen. Wir haben das Geschäft machen wollen, sind also genötigt, auf jenen Abstrich zu verzichten. Die Finanzierung dieser Forderung ist allerdings recht schwierig und wird im nächsten Etat in aller Gründlichkeit behandelt werden müssen.

Abg. v. Kardorff (Rp.) schließt sich dem Abg. Lieber an und wünscht ebenfalls eine andere Finanzierung im nächsten Jahrgang.

Hierauf wird entsprechend dem Antrage Graf Stolberg die volle Summe von 2 Millionen Mark bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Etats für Ostafrika.

Beim Etat für Kamerun beschwert sich

Abg. Dr. Lehr (natl.) über die Konzeptionserteilungen an ausländische Gesellschaften. Nicht einmal den Kolonialrat habe man vor der letzten Konzeptionserteilung gehört. Der Kolonialrat sei so nur ein Dekorationstitel und könnte lieber ganz beseitigt werden, wenn man ihm so wenig Bedeutung beimißt. Es giebt in Deutschland Leute genug, die tüchtig genug sind, um die Kolonien hoch zu bringen. Ich habe übrigens nur in meinem eigenen Namen gesprochen.

Abg. Möller-Drißburg (natl.):

Mein Freund Lehr hat ja selbst erklärt, daß er nicht im Namen der national-liberalen Partei gesprochen hat. Ich verweise darauf, daß auch in englischen Kolonien vielfach nichtenglische Gesellschaften konzeptioniert worden sind.

Kolonialdirektor von Büchta bedauert, daß sein Standpunkt nicht die Billigung des Herrn Lehr gefunden hat, muß sich aber damit trösten, daß seine Kreise innerhals und außerhalb des Hauses ihm zustimmen. Man kann die Herren vom Kolonialrat nicht wegen jeder Kleinigkeit befragen.

Abg. Graf Arnim (Rp.) hält das dafür, daß der Kolonialrat bei so wichtigen Verträgen gehört werde. Es gehört doch zu dergleichen Dingen eine solche Summe von Kenntnissen, daß es einen ganz anderen Eindruck machen würde, wenn Herr v. Büchta auf das Wortum des Kolonialrats hinweisen könnte.

Abg. Haffe (natl.): Es ist ein erfreuliches Zeichen für unsere Kolonialpolitik, daß die sog. Landfrage überhaupt aufkommen kann. Aber die Missionsgesellschaften dürfen nicht benachtheiligt werden, wie dies jetzt in dem Hofstaat von Kamerun der Fall ist. In der Ertheilung von Konzeptionen an spekulative Unternehmer müssen strenge Normen aufgestellt werden.

Kolonialdirektor v. Büchta erklärt, daß den Bedürfnissen der Missionen in Zukunft mehr Rechnung getragen werden soll.

Abg. Möller-Sagan (Fr. Vp.) weist noch, daß die Hoffnungen, die der Kolonialdirektor auf die Adria-Lente gesetzt hatte, sich nicht erfüllt haben.

Kolonialdirektor von Büchta erklärt, daß die richtige Adria endlich aufgefunden sei; die bisherige, die sehr schlechte Resultate ergeben hätte, sei eine falsche gewesen. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt

Abg. Lehr (natl.), daß er durch seine Frage, warum der Kolonialrat nicht gehört worden sei, keineswegs dem Kolonialdirektor Mangel an Kenntnissen habe vorwerfen wollen. (Kolonialdirektor v. Büchta verbeugt sich.)

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest der dauernden Ausgaben, desgleichen das Extra-Ordinarium, sowie die Einnahmen. Darauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr (Rest des Kolonial-Etats und Etat des Auswärtigen Amtes). Schluß 6 Uhr.

Für die Angehörigen der Beurtheilten in Dresden

gingen bei der Expedition des „Vorwärts“ folgende Beiträge ein:

- 6 Mann Kardorf, Bergstraße 3, —. Former u. Bernissen, Bayle u. No., Ritterstraße 20, 55. Dresden, Zeugengäßchen in einem Fabrikanten-projekt 6, 50. Sängerbund Polzmannstr. 49 7, 50. A. S. 2, —. R. M. 2, —. Lieben wochel bei Salsky 5, —. Paul und Klavine Jander, Charlotten-burg 5, 05. Von den Häußler Arbeitern durch Fr. Jüt 200, —. Von rothen Bankbeamten 3, —. Müller, Linden 4, —. Von den Arbeitern der Braunenfabrik von Viden u. Vuff, Köpenicker-straße 13 57, 55. Kollegen von Weinbaum 4, 20. Kaufmann „Kornblume“, Witzl. d. Arb. M. 3, 5. —. Gesammelt von den Dresdenern des Vereins durch Hugo Wille 30, 70. Theaterverein „Freier Wille“, Wärscher Hof, Adminalstraße 10, —. Konfektionsmeister, Tangierstraße 20 4, —. Gel. d. Adam 4, 50. Von gemüthlicher Bedienungsdienst zu St. Amberg 5, —. 10 Former der Eisenfabrik Senker 5, —. Durch Schulz, Zahn-straße 10, —. Für Programm u. Einsehen d. Lindenbaum 1, 00. Beihilfe der Mutter in Guben 20, —. Frauen Schöneberg, Witzl. 1, 2, 3 20, —. Ungenannt, Bismarckplatz 4, —. Gesammelt von den Kollegen von J. E. G. durch Bernicke 4, 55. Gesammelt vom Deutschen Arbeiterverein Vorwärts in Koppenhagen 50, —. Gütliche Wils-leidige durch Ede 3, —. Summa 488, 40 M. Bereits anlizt 1204, 25 M. In Summa 1692, 65 M. Diese Summe ist an den Kassier Verfaß abgeliefert.

Kommunales.

In ihrer geheimen Sitzung am Donnerstag genehmigte die Stadtverordneten-Versammlung die Anstellung des Magistrats-Assessors Dr. Puls auf Lebenszeit und die Anstellung des Ingenieurs Schünning als Betriebsdirektor der städtischen Gaswerke. Ferner genehmigte die Versammlung die Wiederwahl auf fernere sechs Jahre 1. des Direktors der Irrenanstalt zu Waldorf Geh. Medizinalraths Professor Dr. Sander, 2. des Direktors der Irrenanstalt Herz-berge Geh. Medizinalraths Professor Dr. Waell, 3. des Oberarztes an der Irrenanstalt zu Waldorf Sanitätsraths Dr. Richter, 4. der Oberärzte an der Irrenanstalt Herzberge Dr. Kortum und Dr. Otto. Sämlichlich genehmigte die Versammlung die Anerkennung des wissenschaftlichen Hilfsarbeiters Dr. Verhob als Gemeindebeamten und die Vermehrung der Stellen der Magistrats-Sekretäre um eine und die Anstellung des Buchhalters Schnäblich als Magistrats-Sekretär. Diese Sekretärsstelle soll künftig wieder wegfallen.

Die Anerkennung der Bureau-Hilfsarbeiter als Gemeinde-beamte, welche der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen haben, scheint nunmehr auch eine Anerkennung des Anspruchs der Hilfsarbeiter auf Verforgung ihrer Hinterbliebenen zur Folge zu haben. Wenigstens wird der Stadtverordneten-Versammlung demnächst eine Vorlage zugehen, in welcher der Magistrat die Verfassung erucht, mit Rücksicht auf den Ausgang der Prozesse Sondheim, Darr, Rosinski und Scharber ihr Einverständnis damit zu erklären, daß den Hinter-bliebenen der als Gemeindebeamten anerkannten Hilfsarbeiter und



Standesamtschreiber ein Anspruch auf Melkenversorgung nach Maßgabe des Ortsstatuts vom 5. Mai/3. Juni 1890 zuzuführen. Die Begründung ist durch eine umfangreiche und interessante juristische Ausführung gegeben.

**Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag.** Auf Antrag der städtischen Deputation hat das Magistratskollegium die Festsetzung von Strafenfluchtlinien für den Markgrafen- und in seiner ganzen Ausdehnung, sowie für die zwischen dem Markgrafen- und Hohenlohe-straße und Sorauer Allee belegenen Geländetheile beschlossen. Die sich immer mehr ausdehnende Bebauung von hier nach Straßau und Nummersburg hat eben dringlich die Aufstellung eines Bebauungsplanes und die Festsetzung von Strafenfluchtlinien für die Abtheilung 14 des Bebauungsplanes erfordert, und zwar sind zunächst für die obgenannten Straßenzüge von der städtischen Verwaltung die Verkaufsfluchtlinien in Aussicht genommen worden. Der Stadtverordneten-Versammlung wird eine diesbezügliche Vorlage zur Genehmigung vom Magistrat unterbreitet werden.

Nach dem Bericht der Direktion des städtischen Vieh- und Schlachthofes sind im Monat Februar er. auf dem städtischen Schlachthofe 55 536 Schweine — gegen 50 931 im Februar 1898 — auf Trichinen untersucht worden. Davon sind 11 Stück wegen Trichinen und 31 Stück wegen Finnen als zur menschlichen Nahrung ungeeignet zurückgewiesen worden.

Der Staatssekretär des Innern hat beim Magistrat beantragt, den bereits bestehenden Kanal in der Sommerstraße, in welchem gegenwärtig die Heizröhren für das Reichstagsgebäude liegen, auch für ein elektrisches Kabel zur Beleuchtung des Gebäudes benutzen zu dürfen. Das Magistratskollegium hat beschlossen, die Genehmigung widerruflich zu erteilen.

Den Regierungsbaumeister Brande, welcher seit mehreren Jahren in der städtischen Bauverwaltung thätig ist, hat das Magistratskollegium zum Stadtbaumeister gewählt.

**An Vermächtnissen und Geschenken** sind bei der Haupt-Stiftungskasse im Monat Februar eingegangen: 1886,07 M., an Kollektengelder 330,75 M. und aus schiedsmännischen Vergleich 447,02 M., zusammen 2163,84 M.

## Tokales.

**Zur Renewahl im zweiten Wahlkreise.** Den Parteigenossen und Genossinnen die Mittheilung, daß morgen, Sonntag früh 7 1/2 Uhr, eine Flugblatt-Vertheilung stattfindet. Parteigenossen, die gewillt sind, mitzuhelfen, werden ersucht, sich in einem der folgenden Lokale einzufinden: Schönheim, Gräfenstraße 8; P. Müller, Gräfenstr. 31; Ewald, Schönleinstr. 6; Lindemann, Moritzstr. 9; Jubeil, Lindenstr. 108; Schulz, Prinz Albrechtstr. 8; Sah, Markgrafenstr. 102; Raumann, Blücherstraße 42; Süde, Joffenerstr. 10; Kiyng, Bellealliancestr. 74; Bichert, Großbeerstr. 54; Faller, Pallosstr. 16; Werner, Bülowstr. 59.

Wißt der Parteigenossen der übrigen Wahlkreise ist es, an dieser Flugblatt-Verbreitung, sowie an den sonstigen Wahlarbeiten im zweiten Kreise regen Anteil zu nehmen. In allen Fällen ist genügende Legitimation mitzuführen. P. Werner.

**Berliner Miethskasernen.** Bei der Volkszählung von 1895 waren in Berlin 20 172 bewohnte Wohngebäude vorhanden. Weitaus neun Zehntel davon, genauer 89 pCt., hatten vier oder mehr zum Wohnen bestimmte Stockwerke, — vorausgesetzt allerdings, daß man nicht die Stockwerke so numeriert, wie es die Hausbesitzer thun, sondern das Erdgeschoss, das „Entresol“ und das „Hochparterre“ mitzählt, wie es zwischen den statistischen Beamten deutscher Großstädte vereinbart ist. Bei diesem Verfahren bekommt man für manche Wohngebäude Berlins sogar sechs und selbst sieben Stockwerke heraus, ungerichtet den eventuell noch vorhandenen Keller. Wie der neueste Jahrgang des Berliner „Statist. Jahrbuchs“ angiebt, waren unter den 20 172 bewohnten Wohngebäuden, die bei der letzten Zählung hier vorhanden waren, nur 355 mit 1 Stockwerk, 1047 mit 2 Stockwerken und 1780 mit 3 Stockwerken, dagegen 5202 mit 4 Stockwerken, 15 662 mit 5 Stockwerken, 4824 mit 6 Stockwerken und 493 mit 7 Stockwerken. Ein großer Theil dieser Gebäude hatte noch einen bewohnten Keller, wodurch sich die Zahl der bewohnten Lagen noch um 1 erhöht. Beispielsweise hatten von den 493 Gebäuden mit 7 Stockwerken 219 noch einen bewohnten Keller, so daß hier 8 bewohnte Lagen herauskamen! Sehr häufig findet sich in Berlin das sogenannte „Hochparterre“, das die Hausbesitzer sich meist aus der „Beletage“ konstruieren, um das, was sie sonst „2. Stock“ nennen müßten, zum „1. Stock“ machen zu können, folglich ihren „3. Stock“ zum „2. Stock“ u. s. w. Das ist eine „Verschönerung“, die nichts kostet, die aber die Wohnungen der oberen Stockwerke preiswerther erscheinen läßt, als sie sind. Unter den 20 172 bewohnten Wohngebäuden waren 11 331 mit sogenanntem „Hochparterre“ (darunter 618 mit „Hochparterre“ und außerdem „Entresol“). Am häufigsten fand sich die Bezeichnung „Hochparterre“ in den höchsten Gebäuden. Hier muß ja auch der Wunsch, die Miether der oberen Stockwerke über die Höhe ihrer Wohnungsverhältnisse zu täuschen, bei dem Hausbesitzer am lebhaftesten sein. Die nach der Vereinbarung der statistischen Beamten deutscher Großstädte als siebenstöckig anzuzählende Gebäude Berlins hatten beinahe sämmtlich ein „Hochparterre“, 445 von 493. Es giebt hier Häuser, wo man in der „Beletage“ bereits zwei oder drei bewohnte Lagen („Hochparterre“, Erdgeschoss und womöglich noch einen Keller) unter sich hat und doch nach der Versicherung des Hauswirthes immer erst „1. Treppe hoch“ wohnt. In solchen Häusern befindet man sich dann mit einer „4. Treppe hoch“ belegenen Wohnung bereits in der 6. oder 7. bewohnten Lage. Glücklicherweise fragen die neueren Bauordnungen ebenso wenig wie die Statistiker nach solchen Sprachkünsteln profitgieriger Hausbesitzer und Grundstückspekulanten. Nach der gegenwärtig in Berlin gültigen Bau-Ordnung ist die Errichtung von Wohngebäuden mit 6, 7 oder 8 dauerndem Aufenthalt bestimmten Geschossen nicht mehr zulässig. Wo sich solche Gebäude noch finden, stammen sie aus der Zeit vor Einführung dieser Beschränkung. Sie werden einmal völlig verschwinden; aber so bald wird das freilich noch nicht geschehen. Die Erfahrung lehrt, daß gerade die den Forderungen der Hygiene am wenigsten entsprechenden Wohngebäude am längsten konservirt werden, weil sie in der Regel den größten Profit abwerfen.

**Die Große Berliner Straßenbahn** hat beim Polizeipräsidenten die grundsätzliche Zustimmung zum Bau und Betrieb der folgenden beiden Bahnverbindungen nachgesucht: 1. von der Wehrensstraße durch die Markgrafen- und Junferstraße, 2. von der Museumstraße über den Lustgarten und die Schloßfreiheit nach dem Schloßplatz.

**Nicht beachtenswerthe Ansichten** äußerte der vom Männerbund zur Bekämpfung der Unkeuschheit angestellte Pastor O n a s c h in der letzten Versammlung dieser Organisation. Pastor O n a s c h erstattete hier Bericht über seine Thätigkeit bei der Sittenabtheilung des königlichen Polizeipräsidenten. Es wurden ihm im Laufe des Berichtsjahres 1847 „gefällene“ und aufgegriffene Mädchen vorgeführt, die das erste Mal zur Kontrolle erschienen. Von diesen waren 24 noch nicht eingesehnet. Die jüngsten unter Kontrolle stehenden Mädchen sind 16 Jahre alt. Das Polizeipräsidenten schätzt die Zahl der Prostituirten in Berlin auf 45 000. Redner hält die von den Ehedollommissionen (in Berlin I und II) betriebene Art des Kampfes gegen die Unkeuschheit für zweckwidrig. Man erzeuge nur unnötige Erbitterung unter den Betroffenen, wenn man die Hauswirthliche veranlasse, ihnen die Wohnungen zu versagen. Jrgendwo wohnen müßten die belagerten Mädchen.

schöpfe doch und so würden sie nur von einem Haus ins andere und von einer Stadtgegend in die andere getrieben.

Ueber diese Aufklärung mögen manche Journalisten des heute so beliebten Gesundheitsenthums nicht schlecht die Nase rümpfen.

**Der Prozeß gegen den Schriftsteller Landauer** wegen öffentlicher Beleidigung des früheren Eberfelder Polizeikommissars Gottschall in Verpöschung der Verurtheilung des angeblich unschuldigen Fietzen wird am 22. März vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt werden. Auf Wunsch des Fietzen-Komitees wird Justizrath Dr. Sello ihn verteidigen.

**Städtische höhere Weibeskule.** Die neuen Unterrichtskurse der Tagesabtheilung für Weberei, Musterzeichnen, Wärferei, Posaumentierei, Stiderei und Härberei beginnen am Donnerstag, den 6. April er., während der Beginn der neuen Kurse für die Abend- und Sonntagsabtheilung auf Sonntag, den 9. April er., festgesetzt worden ist. Nähere Auskunft erteilt der Direktor, Herr Professor Gärtler, im Schulhause, Marlosstr. 49.

**In Sachen der Ordinarie jüdischer Lehrerinnen** hat jetzt der Vorstand der hiesigen jüdischen Gemeinde, nachdem derselbe von dem Bescheide des Kultusministeriums an die städtische Schuldeputation Kenntniß genommen hat, die Abgabe einer Protest-erklärung beschlossen. Die Gründe, welche hierfür maßgebend sind, gehen aus der prinzipiellen Stellungnahme des Kultusministers zu dieser Frage hervor. Der Erlaß des Ministers hält nämlich im Prinzip daran fest, daß Ordinarie der jüdischen Lehrerinnen nur in vereinzelt Fällen zu übertragen seien. Man beruft sich nun auf das Gesetz vom 8. Juli 1890, wonach die Vesteidung öffentlicher Aemter vom Vorkenntniß unabhängig sein soll. Dementsprechend sei auch seit 1875 bei der Anstellung jüdischer Lehrkräfte verfahren. Es handele sich noch um 36 Lehrerinnen, die allmählich entrent werden könnten. Die Gemeinde müsse diese ungesetzliche Maßregel bekämpfen, da, was heute den Lehrkräften der Volksschule begehre, demnächst auf die Lehrer der höheren Anstalten und Universitäten angewendet werden könne. Die Kommission, welche mit der Abfassung dieser Erklärung betraut ist, hat den Auftrag erhalten, dieselbe schleunigst fertigzustellen.

**Herr Scherl** läßt gegenwärtig in verschiedenen Druckereien außerhalb seines Betriebes die Probenummern seines neuen Unternehmens, die illustrierte Wochenzeitung „Die Woche“ beitrifft herstellen, und soll die Nummer in nächster Zeit zur Ausgabe gelangen.

**Mit Hinterlassung einer bedeutenden Schuldenlast** ist der Hauseigentümer und Gastwirth Karl Baag aus der Zubalderstraße 186 durchgebrannt. Mehrere kleine Geschäftskonten sind um Beträge von 500, 700, 1000 und 2000 M. gefahndet worden. Auch andere Leute hat Baag angepömpelt. Gestern kamen drei Gerichtsvollzieher und holten das Wenige ab, was zum Pfänden noch übrig geblieben war. Man vermuthet, daß B. sich nach England begeben hat.

**Im Wahnium** hat sich in der Nacht zum Freitag aus Furcht vor dem Irenenhause der Oberleutnant a. D. Heinrich Bernstein entschuldigend gemeldet. Er trieb allerbald Studien und scheint sich überarbeitet zu haben. Schon seit längerer Zeit nahm man an dem sonst sehr ruhigen Manne Zeichen der Aufgereiztheit wahr, die auf eine Störung in seiner Geistesthätigkeit schließen lassen. Die Aerzte erklärten schließlich eine Anstaltsbehandlung für notwendig und gestern sollte der Unglückliche in die städtische Anstalt zu Herzberge gebracht werden. Er aber widerlegte sich dem auf das Entschiedenste, da er sich für vollkommen gesund hielt. Ein Wetter und ein Schwager, die seinen Zustand besser kannten, als er selbst, hielten in der Nacht zum Freitag bei ihm die Wache, da sie Unheil befürchteten. Gestern früh erwachte der Kranke und verlangte zu trinken. Sofort zerbrach er auf dem Tische das Glas und fing nun an, sich mit dem Scherben den Hals durchzuschneiden. In kurzer Zeit hatte er sich eine größere und eine kleinere Wunde beigebracht. Während man einer seiner Hüften zum Arzt lief, jagte der andere den Kranken von weiteren Gewaltthaten gegen sich selbst abzuhalten. Unglücklicherweise geriethen die beiden Männer während des Ringens an die Zimmerthür und drückten diese zu. Ein Nachbar, der zu Hilfe kommen wollte, fand so keinen Einlaß. Der eine Hüter, der nun mit dem Kranken allein im Zimmer war, war ihm an Körperkraft nicht gewachsen. Unauskaltbar drängte der Geisteskranke nach der Balkonthür zu, rief die die auf, befreite sich von seinen Hütern und stürzte sich vom Balkon aus dem ersten Stock losüber auf das Strohenpflaster hinab. Mit gebrochenem Schädel blieb der Unglückliche liegen. Die Polizei des Reviers ließ einen Pöckelwagen kommen und den Schwerverletzten in ein Krankenhaus bringen. Hier sollte er sofort verbunden und operirt werden. Während der Entkleidung aber, als ein Wärter Wäsche holte, sprang der Kranke plötzlich vom Operationstisch herunter, durchschlug einen daneben stehenden gläsernen Instrumententisch, rief unter fortwährendem Hilffeschrei ein scharfes Operationsmesser heraus und brachte sich, bevor man ihn wieder bändigen konnte, auch mit diesem noch einen Schnitt in den Hals bei. Erst dann konnte man zum Operiren und Verbinden überreiten. Die Frau des Unglücklichen liegt infolge eines Familienereignisses seit 14 Tagen krank darnieder.

**Vermißt** wird seit Montag Nachmittags der 22 Jahre alte, geistesgestörte Tischler Richard Klaus aus der Reinholdenstraße 68.

**Bei der Arbeit vom Tode überrascht** wurde gestern Vormittags der 34 Jahre alte Arbeiter Paul Eijelt aus der Steinmetzstr. 80 zu Rirdorf. Eijelt war bei Erneuerungsarbeiten in der Regentstr. 19 beschäftigt. Dort fand ihn der Pförtner um 9 1/2 Uhr in zweiten Stock todt auf einem Stuhle sitzen, während er kurz vorher noch im Keller gearbeitet hatte. Wahrscheinlich hat ihn ein Herzschlag getroffen. Die Leiche wurde von der Polizei des 33. Reviers beschlagnahmt. Der Verstorbene hinterläßt eine Wittve mit zwei kleinen Kindern.

**Auf Brandstiftung** wird ein umfangreicher Dachstuhlbrand zurückgeführt, der Donnerstag Abend 10 Uhr in Moabit und zwar Thurnstraße 34 ausbrach und einen erheblichen Theil der Dachkonstruktion des 12 Fenster Front haltenden Gebäudes sammt vielen Bodenverwüthungen einäscherte. Bei dieser Gelegenheit machte sich der Mangel einer Dampfpritze und einer mechanischen Leiter im Stadttheile Moabit wieder einmal recht fühlbar, denn wäre der kurz nach Ausbruch des Feuers eingetroffene Löschzug aus der Thurnstraße mit jenen Geräthen ausgerüstet gewesen, hätte man leicht Herr des Brandes werden können, während so ein Schaden entstanden ist, der sich auf viele tausend Mark beziffert. Das vier Stockwerk hohe Gebäude grenzt mit den Seitenfronten an die Jonas- und Wredowstraße und trägt ein Schieferdach. Die Seitenfront an der Wredowstraße stand zuerst in Flammen, die das Dach mit Leichtigkeit durchschlugen und auf die Hauptfront nach der Thurnstraße überstrangen, bevor noch die auf die Wiedung „Mittelfeuer“ aus der Linien- und Pankstraße mit Dampfpritzen und mechanischen Leitern herbeieilenden Löschzüge zur Stelle waren. Es gelang dann zwar nach etwa einviertelstündiger Arbeit, das Feuer zum Stehen zu bringen, doch ist der entstandene Schaden sehr beträchtlich, namentlich haben auch mehrere Miether einen starken Verlust zu beklagen. — Bei einer Gasexplosion, die kurz vorher im Keller des Hauses Spittelmarkt 17 erfolgte, erlitt der Handlungsgehilfe Herrmann Schäfer mehrere Brandwunden. Die Explosion erfolgte in dem Augenblick, als das Gas angezündet werden sollte und verursachte eine starke Detonation, wobei mehrere Fenster und eine Thür eingebrückt wurden. Das entstandene Feuer konnte mit Leichtigkeit beseitigt werden.

**Das Opfer eines Brandunglücks** ist die 73 Jahre alte Ehefrau des Schuhmachers Nimuth aus der Frobenstr. 40 geworden. Die Frau wollte vor einigen Tagen, als ihr Mann ausgegangen war, um einzukaufen, die Petroleumlampe anzünden. Als ihr dabei die Streichhölzer in der Schachtel in Brand geriethen, ließ sie die Schachtel in der Verwirrung auf ihr Kleid fallen. Nun jagte auch dieses Feuer. Auf ihr Hilffeschrei eilten Nachbarn herbei und

suchten im Verein mit dem gerade heimkehrenden Manne die Flamme zu löschen. Bevor ihnen das jedoch gelang, war Frau Nimuth bereits an der ganzen linken Körperseite von den Weinen hinauf bis zum Halse schwer verbrannt. Die Verunglückte wurde mit einer Droschke in eine Klinik gebracht. Hier ist sie ihren furchtbaren Verletzungen erlegen.

**Theater.** Das Schiller-Theater bringt die erste Aufführung von Grabbe's „Don Juan“ und „Faust“ Montag, den 20. d. Mts. — Die Volkstheatermischen Kurzaufführungen im Bürgerpark des Reichstages werden Sonntag, den 12. März, geschlossen; an diesem Tage ist die dritte Serie der Aufführungen den Besuchern zum letzten Mal geöffnet. — An demselben Sonntag, den 12. März, Abends 8 Uhr, findet im Bürgerpark des Reichstages die Wiederholung des „Epielhaus-Abends“ statt. Friedrich Epielhagen hat nunmehr bestimmt seine Mitwirkung zugesagt.

## Aus den Nachbarorten.

**Steglich-Friedenan.** Der Arbeiter-Bildungsverein tagt am Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr bei Grube, Friedenan, Kaiser-Allee.

**Rigdorf.** Morgen, Sonntag, findet eine Flugblatt-Vertheilung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich pünktlich Morgens 7 1/2 Uhr an den bekannten Stellen einzufinden. Das Wahlkomitee.

**Lichtenberg-Friedrichsberg.** Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr findet im Lokal des Herrn E. Höflich, Frankfurter Chaussee 120, eine Volksversammlung statt, für die Albert Wajnski das Referat übernommen hat. — Am Sonntag erfolgt eine Flugblatt-Verbreitung, Treffpunkt früh 7 1/2 Uhr bei V. Lange, Wartenbergstr. 67, und Emil Heinicke, Friedrichsstraße 11. Die Genossen werden ersucht, sich rege daran zu betheiligen. Der Vertrauensmann.

**Schöneberg.** Der Vergnügungsverein „Schöneberg-Friedenan“ hält am Sonnabend, 11. März, im Wahnhoferrestaurant Hügert freier Nöhring, ein Langvergnügen ab. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses Lokal geschlossen ist. Der genannte Verein hält dort auch seine regelmäßigen Sitzungen ab. Die Lokal-Kommission.

**Friedrichshagen.** Die beiden aus der Strafanstalt Blüthensee entwichenen Gefangenen Posamentier Max Tröge und Arbeiter Paul Hoff, die beide wegen Diebstahls zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurtheilt sind, gaben am Mittwoch hier eine Gasirelle. L. stattete mit seinem Komplizen dem Wärdemeister Rämpel, der früher in Berlin bei Tröge's Mutter wohnte, einen Besuch ab. Er lud beide zu einem Imbiss ein. Nachdem sie hierauf noch in verschiedenen Lokalen eingelehrt waren, begab sich L. zu der im Geschäft allein anwesenden Frau R., angeblich um seinen vermissten Spazierstock zu holen. Diese Gelegenheit benutzte er, um eine goldene Fernrohr nebst Kette, ein werthvolles Erbstück des Wärdemeisters, zu entwenden. Nachdem er dann der Frau R. noch 4 M. abgeschwindelt hatte, verschwand er. Beide Personen stechen auch im Verdacht, den Automat im Restaurant Waldhaus benannt zu haben. Sie hatten es hierbei wohl nur auf Bargeld abgesehen, da die Waaren in der Nähe des Lokals gefunden wurden.

**Eine aufregende Szene** spielte sich Freitag Nachmittags um 1 1/2 Uhr auf der elektrischen Straßenbahn in der Spandauerstraße zu Charlottenburg ab. Als das Garde-Pionierbataillon von Döberitz her mit klingendem Spiel durch Charlottenburg marschirte, entstand in den Straßen vielfach Gedränge. Vor dem Hause Spandauerstraße 31 wollte die 9 Jahre alte Schülerin Wanda Ratowski aus der Schloßstraße 22 über den Fahrweg laufen. Hierbei lief sie gegen die Frau Rentierin Gentsch aus der Sophie-Charlottenstraße 22. In diesem Augenblick kam der elektrische Straßenbahnwagen Nr. 212 der Linie Westend-Kupfergraben dahergefahren und stieß das Mädchen um. Frau Gentsch wollte dieses zurückziehen und kam dabei selbst zu Falle. Es gelang ihr aber, sich nach seitwärts zu rollen, während die Schülerin vor dem Wagen lag. Der Wagenführer Bell (Nr. 29) hatte die Geistesgegenwart, sofort zu hals als möglich zu bremsen. Mit einem Ausstand der Wagen, nachdem er mit den Mündern des Mädchens nur etwas vorwärts geschoben hatte; die Schülerin trag eine 9 Zentimeter und eine 3 Zentimeter lange Kopfverwundung davon und erhielt die erste Hilfe bei dem Großbesitzer Goel in der Spandauerstr. 34 durch Dr. Rosenthal. Frau Gentsch, die über Schmerzen im Leibe klagte, wurde in das Kuggeschäft der Geschwister Jörn in der Spandauerstraße 32 geführt, brach hier ohnmächtig zusammen und kam nur langsam wieder zu sich. Herr Goel veranfaltete für das arme Mädchen unter seinen Gästen eine Geldsammlung.

**Die Errichtung einer Gasanstalt auf Mariendorfer Gelände** wird von einer englischen Gesellschaft unternommen, da der Kreis-ausschuß trotz des Einspruchs verschiedener Interessensvereine hierzu seine Genehmigung erteilt hat. — Auch die Gemeinde Grünau will sich eine Gasanstalt zulegen und hat den Bau einer Bremer Firma übertragen. Diefelbe hat bereits in der Köpplerstraße ein Baugrundstück erworben.

**Vor Kurzem** hat sich in Schöneberg im Lokale von Obst ein Verein gebildet, der die Gründung einer Konsumgenossenschaft in die Wege leiten soll.

**Die Errichtung einer öffentlichen städtischen Veschalle** in Verbindung mit einer städtischen Volksschule wird von der Stadtverwaltung in Potsdam geplant.

**Flusspiraten** treiben seit Kurzem auf der Havel in der Umgebung von Spandau ihr Wesen. Auf Tegelort und Valentinswerder (Oberhavel) und auf Rigelwerder sind in den letzten Nächten in Landhäusern, die jetzt unbewohnt sind, und in Restaurationen Einbruchdiebstähle vollführt worden; die Thäter sind in Räubern herangelommen, haben die Beute auf die nächtlichen Uferstellen geschafft und von da sind die geschloffenen Gegenstände auf bereitstehenden Fuhrwerken weitertransportirt worden. Zwei Willen wurden fast gänzlich ausgeplündert; sie gehören Berliner Familien, die alle zum Gebrauch für den Sommer bestimmten Sachen darin zurückgelassen hatten. Die Beute ist vermuthlich nach Berlin geschafft worden.

**Die städtische Schuldeputation von Alt-Landsberg** erläßt folgende Bekanntmachung: Tief belagerten Verhältnissen und Verzerrungen, welche bei Schulkindern aufgedeckt worden sind, geben die Veranlassung, den Eltern, Vormündern und Pflegeeltern die dringende Bitte aus Herz zu legen, daß sie es an gewissenhaftester Aufsicht über das Leben und Treiben der ihnen anvertrauten Kinder, namentlich auch in der dem Spiel und der Erholung gewidmeten Zeit, nicht möchten fehlen lassen. Ganz besonders bitten wir die Eltern, die Kinder nach dem Eintritt der Dunkelheit nicht sich selber zu überlassen und sie nicht in der Dunkelheit an einsamen Orten oder gar vor dem Thore spazieren gehen und spielen zu lassen.

## Versammlungen.

**Die Volksversammlung für den zweiten Wahlkreis**, die am Donnerstag bei Bohmann in der Kreuzbergstraße abgehalten wurde, nahm infolge des sonderbaren Verhaltens des überwachenden Polizeileutnants einen eigenartigen Verlauf. Schon bei der Eröffnung der Versammlung gab es ein kleines Renkontre. Als der Einberufer, Genosse Ferdinand Ewald, um Vorschläge zur Bureauwahl ersuchte, rief ihn der pflichteifrige Beamte zu, daß es seine erste Pflicht wäre, ihm die ortspolizeiliche Genehmigung der Anmeldung vorzulegen. Ewald beehrte ihn, daß er nach dem Befehl die Genehmigung überhaupt nur auf Verlangen vorzeigen brauchte. (Lebhaftes Bravo.) Reichstags-Abgeordneter Kees sprach darauf über die bevorstehende Reichstagswahl im 2. Wahlkreise. Er beleuchtete die kapitalistische Entwicklung mit ihren Begleiterscheinungen und legte dar, wie notwendig es sei, daß die großen Volksmassen Einfluß auf die Gesetzgebung erzielten, des Vassallischen Wortes eingedenk: Macht ist Recht. Redner kritisirte dann die parlamentarischen Heldenthaten der Reichstages, die alles, was der Arbeiterklasse wirklich nützen könnte, mit Hinweisen auf die von



Unen angeführte "freie Vereinbarung" ablehnen, während heutzu- tage doch tatsächlich die freie Vereinbarung nichts sei als eine Vorstufe. Genosse Klee wies ferner an der Hand der Thatfachen nach, daß es im Parlament einzig und allein die Vertreter der Sozialdemokratie seien, die die Gesetzgebung wirklich im Volks- interesse umzusetzen suchten. Zum Schluß seiner Rede forderte er die Versammelten an, für die Wahl des sozialdemokratischen Kan- didaten A. Fischer manhaft in die Agitation einzutreten und jede Gelegenheit zur Bekämpfung der Gleichgültigen zu benutzen, sowie auch am Wahltag selbst auf dem Posten zu sein. Der Sieg könnte dann nicht ausbleiben. (Lebhafte Beifall.) — Annaher hielt der Kandidat, Genosse Richard Fischer, eine feindselige und lebensprägende Ansprache. Der Wahltag werde vermutlich der 11. April sein, es siche also eine weitere Erschwerung der Agitation durch den großen Umzug bevor. Schon jetzt wisse man von etwa 3000 Personen, vorwiegend kleinen Leuten, nicht die Wohnung, da sie seit der letzten Aufstellung der Wählerliste, die auch diesmal gelte, verzogen seien. Diese einzige Thatfache müßte ge- nügen, Scharen von Genossen dem Wahlkomitee zuzuführen. Die Schwierigkeiten sprächen und jedoch nicht, denn es wäre schlecht um die Partei bestellt, wenn nicht mit den größeren Anforderungen die Arbeits- und Opferwilligkeit wachsen würde. Niemand dürfe vergessen, daß die Gegenläufe zwischen Freisinnigen und Konserverativen nicht so groß seien, daß sie bis zum Tage der Stichwahl nicht finden könnten. Worte und Thaten der Freisinnigen stimmten nie überein. Ein von freisinniger Seite kürzlich ausgegebenes Flugblatt enthalte die schönste Redensart, daß die Reaktion in jetziger Zeit voran- marschiere und daß die Regierung das Erwerbs- und Wirtschafts- leben mit jedem Tage mehr einzuschränken strebe. Diese Einsicht werde die Herren nicht verhindern, zwischen der Haupt- und Stichwahl eben den Parteien, die für die vorher ver- urteilten Beschränkungen eintreten, alle möglichen Konzessionen zu machen. Dann nehme man in dem Flugblatt gegen die kirchliche Orthodoxie Stellung, die ihr Haupt höher denn je erhebe. Was hier gesagt ist, lasse sich Wort für Wort unter- schreiben. Die Ue dem aber die freisinnige Partei das, was eine Partei thun müsse, die mit Ernst gegen Reaktion und kirchliche Orthodoxie kämpfen wollte? Da habe vor kurzen der Herr Poasche die Anierwerfung des Bürgerthums unter die allein selig- machende Kirche proklamiert. Deshalb habe hiergegen im Neig- tag kein freisinniger energischer Protest erhoben? Wie komme es, daß nur ein Sozialdemokrat dagegen aufgetreten sei? In diesen Dingen heiße es: wer schweigt, stimmt zu. So sei denn auf diesen und auf allen anderen Gebieten von den Freisinnigen nichts zu erwarten. Die Furcht vor der Arbeiterklasse führe sie und die Nationalliberalen dazu, sich blind den Forderungen der Reaktion zu unterwerfen. Gegen die Verordnung, daß kein Sozialdemokrat in Schuldeputationen sein solle, hätte man im Landtage sein erstes Wort gefunden, und doch wäre besonders in diesem Falle ein flammender Protest gegen Reaktion und Ortho- doxie am Platze gewesen. Redner sagte auch den übrigen Inhalt des liberalen Flugblattes seiner ägenden Kritik aus und zeigte daran, daß der Freisinn selbst sich gleichsam als reine Ausbeutungspartei kennzeichne, indem das energische Eintreten der Sozialdemokratie für die Arbeiterinteressen mit einem Sprung ins Dunkle verglichen werde. Ein zweites vom freisinnigen Wahlkomitee befohrtes, aber noch nicht ausgegebenes Flugblatt nahm er gleichfalls unter seine kritische Lupe. Der Sozialdemokrat wurde vorgeworfen, sie verspreche den Wählern Unmögliches. Nichts sei unwahrscheinlicher als dies. Gerade die Sozialdemokratie unterscheide sich dadurch von den anderen Parteien, daß sie ihre ganze Agitation nur unter dem Gesichtspunkt der sozialen Kritik führe. Sie versichere nicht, daß die Wahlbeteiligung nur ein Theil, allerdings ein unerlässlicher Theil ihrer Aufgabe sei. Daß Charakter, geistige Einsicht und Widerstands- kraft der Arbeiter verbessert werden müßten, werde von ihr bei jeder Wahlbewegung betont. Wer etwas Anderes behauptete, gehe auf

den Gimpelgang. Nach dem anderen freisinnigen Flugblatt sollen Kupferungen des freisinnigen Kandidaten Kreising, die die Verteilung der Kosten der sozialen Gesetzgebung betrafen, in einem sozialdemokratischen Flugblatt in ihr Gehalt verkehrt sein. Redner weist nach, daß die betreffenden Stellen wirklich einem konserverativen Flugblatt entnommen sind, und tritt unter häufig sich wiederholenden lebhaften Weisfallsbewegungen verchiedenen falschen Angaben des freisinnigen Flugblattes entgegen. Der überwachende Sa- amie unterbricht ihn durch die energische Aufforderung an den Vorlesenden, die Zwischenrufe zu unterlassen oder ihm Namen und Wohnung jedes Rufers mitzutheilen. (Allgemeine Entrüstung. Viele Theilnehmer erheben sich.) Genosse Ewald und Genosse Fischer weisen das Verlangen des Herrn auf das Bestimmteste zurück. Die Zwischenrufe störten nicht die Ueberlicht und könnten nicht verboten werden. Der Herr Leutnant will das Wort nehmen. Fischer: Sie haben hier nicht zu reden, höchstens können Sie auflösen. — Der Beamte beruhigte sich und Genosse Fischer führte seine Ausführungen zu Ende. Er schloß: Wenn jeder seine Pflicht in der bis zur Wahl verbleibenden Zeit voll und ganz thue, dann unterliege es keinem Zweifel, daß es gelingen werde, den 2. Kreis für die Sozialdemokratie zu erobern, und zwar dauernd zu erobern. (Stürmischer Beifall.) Genosse Ewald macht auf die Flugblattverteilung am Sonntag aufmerksam. Als er dann mit einigen Worten des Auftretens des Polizeileutnants berichtet, unterbricht ihn dieser. Ewald verbittet sich das und — die Versammlung wird auf- gelöst, kurz vor ihrem natürlichen Ende. Allgemeines Hallo. Der Saal leert sich langsam. Einige Leute wollen noch im Restaurationsvorraum verweilen, sie werden aber auch hier ver- trieben.

**Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend.** Vorsitzender Ad. Neumann, Brunnensstr. 150. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Wollweberstr. 60, u. 2. r. **Sonnabend,** abends 9-11 Uhr: Reueungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — "Yrmania", Gabel, Wandberger Allee 150. — "Sanges-Echo", Scholz, Ranninstr. 6. — "Junger Mann", Ziegel, Rentner, Spandauerstr. 13. — "Glas zu", Voritz, Bankstr. 32a. — "Hand in Hand II", Friedrichsberg, Heinecke, Friedrichsbergstr. 11. — "Fisch auf's", Friedrichsberg, Lange, Wollweberstr. 69. — "Weiße Rose II", Weidener, Sorren, Straßburgerstr. 56. — "Eintracht I", Teltow, Dery, Schleierstr. 6. — "Sängerlust", Linden- wald, Schulze, Weisenerstr. 34. — "Septime", Drahtschmidt, Sätzigerstr. 102. — "Jugendklub", Anders, Suttmanstr. 17. — "Proleten", Rummelsburg, Bredow, Goethe u. Kanitzstr. Ecke. — "Echo II", Wollweberstr. bei Büchsenwabe, Gradus. — "Dem Ueber", Lindenallee, Verhast, Dong 5.

**Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend.** Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Eugen Reichle, Rindorf, Wollweberstr. 1, 4. r. **Sonnabend:** "Angler I", Hüpper, Zimmerstr. 59. — "Sänger II", Kowalew, Kowalew, Simon, Prieferstr. 2. — "Glas auf", Rindorf-Kollberg, Wiese, Heinecke 19. — "Juba", ?? Bönig, Brandenburger- str. 54. — "Pappel", Dahme, Buchholzerstr. 5. — "Arbeiter-Kunde", Dietrich, Rothenswerderstr. 43. — "Sänger I", Rindorf, Philipp, Zinsstr. 59. — "Blauer Dampf", Dove, Wollweberstr.

**Arbeiter-Turnerbund.** **Sonnabend:** Turn- "Fische", Berlin, abds. 8-10 Uhr: 1. Männer-Abth. Heinecke 37. — 2. Männer-Abth. Wollweberstr. 21. — 3. Männer-Abth. Heinecke 37. — 2. Wehringstr. 10th. — 4. Wehringstr. 10th. — 5. Wehringstr. 10th. — 6. Wehringstr. 10th. — 7. Wehringstr. 10th. — 8. Wehringstr. 10th. — 9. Wehringstr. 10th. — 10. Wehringstr. 10th. — 11. Wehringstr. 10th. — 12. Wehringstr. 10th. — 13. Wehringstr. 10th. — 14. Wehringstr. 10th. — 15. Wehringstr. 10th. — 16. Wehringstr. 10th. — 17. Wehringstr. 10th. — 18. Wehringstr. 10th. — 19. Wehringstr. 10th. — 20. Wehringstr. 10th. — 21. Wehringstr. 10th. — 22. Wehringstr. 10th. — 23. Wehringstr. 10th. — 24. Wehringstr. 10th. — 25. Wehringstr. 10th. — 26. Wehringstr. 10th. — 27. Wehringstr. 10th. — 28. Wehringstr. 10th. — 29. Wehringstr. 10th. — 30. Wehringstr. 10th. — 31. Wehringstr. 10th. — 32. Wehringstr. 10th. — 33. Wehringstr. 10th. — 34. Wehringstr. 10th. — 35. Wehringstr. 10th. — 36. Wehringstr. 10th. — 37. Wehringstr. 10th. — 38. Wehringstr. 10th. — 39. Wehringstr. 10th. — 40. Wehringstr. 10th. — 41. Wehringstr. 10th. — 42. Wehringstr. 10th. — 43. Wehringstr. 10th. — 44. Wehringstr. 10th. — 45. Wehringstr. 10th. — 46. Wehringstr. 10th. — 47. Wehringstr. 10th. — 48. Wehringstr. 10th. — 49. Wehringstr. 10th. — 50. Wehringstr. 10th. — 51. Wehringstr. 10th. — 52. Wehringstr. 10th. — 53. Wehringstr. 10th. — 54. Wehringstr. 10th. — 55. Wehringstr. 10th. — 56. Wehringstr. 10th. — 57. Wehringstr. 10th. — 58. Wehringstr. 10th. — 59. Wehringstr. 10th. — 60. Wehringstr. 10th. — 61. Wehringstr. 10th. — 62. Wehringstr. 10th. — 63. Wehringstr. 10th. — 64. Wehringstr. 10th. — 65. Wehringstr. 10th. — 66. Wehringstr. 10th. — 67. Wehringstr. 10th. — 68. Wehringstr. 10th. — 69. Wehringstr. 10th. — 70. Wehringstr. 10th. — 71. Wehringstr. 10th. — 72. Wehringstr. 10th. — 73. Wehringstr. 10th. — 74. Wehringstr. 10th. — 75. Wehringstr. 10th. — 76. Wehringstr. 10th. — 77. Wehringstr. 10th. — 78. Wehringstr. 10th. — 79. Wehringstr. 10th. — 80. Wehringstr. 10th. — 81. Wehringstr. 10th. — 82. Wehringstr. 10th. — 83. Wehringstr. 10th. — 84. Wehringstr. 10th. — 85. Wehringstr. 10th. — 86. Wehringstr. 10th. — 87. Wehringstr. 10th. — 88. Wehringstr. 10th. — 89. Wehringstr. 10th. — 90. Wehringstr. 10th. — 91. Wehringstr. 10th. — 92. Wehringstr. 10th. — 93. Wehringstr. 10th. — 94. Wehringstr. 10th. — 95. Wehringstr. 10th. — 96. Wehringstr. 10th. — 97. Wehringstr. 10th. — 98. Wehringstr. 10th. — 99. Wehringstr. 10th. — 100. Wehringstr. 10th. — 101. Wehringstr. 10th. — 102. Wehringstr. 10th. — 103. Wehringstr. 10th. — 104. Wehringstr. 10th. — 105. Wehringstr. 10th. — 106. Wehringstr. 10th. — 107. Wehringstr. 10th. — 108. Wehringstr. 10th. — 109. Wehringstr. 10th. — 110. Wehringstr. 10th. — 111. Wehringstr. 10th. — 112. Wehringstr. 10th. — 113. Wehringstr. 10th. — 114. Wehringstr. 10th. — 115. Wehringstr. 10th. — 116. Wehringstr. 10th. — 117. Wehringstr. 10th. — 118. Wehringstr. 10th. — 119. Wehringstr. 10th. — 120. Wehringstr. 10th. — 121. Wehringstr. 10th. — 122. Wehringstr. 10th. — 123. Wehringstr. 10th. — 124. Wehringstr. 10th. — 125. Wehringstr. 10th. — 126. Wehringstr. 10th. — 127. Wehringstr. 10th. — 128. Wehringstr. 10th. — 129. Wehringstr. 10th. — 130. Wehringstr. 10th. — 131. Wehringstr. 10th. — 132. Wehringstr. 10th. — 133. Wehringstr. 10th. — 134. Wehringstr. 10th. — 135. Wehringstr. 10th. — 136. Wehringstr. 10th. — 137. Wehringstr. 10th. — 138. Wehringstr. 10th. — 139. Wehringstr. 10th. — 140. Wehringstr. 10th. — 141. Wehringstr. 10th. — 142. Wehringstr. 10th. — 143. Wehringstr. 10th. — 144. Wehringstr. 10th. — 145. Wehringstr. 10th. — 146. Wehringstr. 10th. — 147. Wehringstr. 10th. — 148. Wehringstr. 10th. — 149. Wehringstr. 10th. — 150. Wehringstr. 10th. — 151. Wehringstr. 10th. — 152. Wehringstr. 10th. — 153. Wehringstr. 10th. — 154. Wehringstr. 10th. — 155. Wehringstr. 10th. — 156. Wehringstr. 10th. — 157. Wehringstr. 10th. — 158. Wehringstr. 10th. — 159. Wehringstr. 10th. — 160. Wehringstr. 10th. — 161. Wehringstr. 10th. — 162. Wehringstr. 10th. — 163. Wehringstr. 10th. — 164. Wehringstr. 10th. — 165. Wehringstr. 10th. — 166. Wehringstr. 10th. — 167. Wehringstr. 10th. — 168. Wehringstr. 10th. — 169. Wehringstr. 10th. — 170. Wehringstr. 10th. — 171. Wehringstr. 10th. — 172. Wehringstr. 10th. — 173. Wehringstr. 10th. — 174. Wehringstr. 10th. — 175. Wehringstr. 10th. — 176. Wehringstr. 10th. — 177. Wehringstr. 10th. — 178. Wehringstr. 10th. — 179. Wehringstr. 10th. — 180. Wehringstr. 10th. — 181. Wehringstr. 10th. — 182. Wehringstr. 10th. — 183. Wehringstr. 10th. — 184. Wehringstr. 10th. — 185. Wehringstr. 10th. — 186. Wehringstr. 10th. — 187. Wehringstr. 10th. — 188. Wehringstr. 10th. — 189. Wehringstr. 10th. — 190. Wehringstr. 10th. — 191. Wehringstr. 10th. — 192. Wehringstr. 10th. — 193. Wehringstr. 10th. — 194. Wehringstr. 10th. — 195. Wehringstr. 10th. — 196. Wehringstr. 10th. — 197. Wehringstr. 10th. — 198. Wehringstr. 10th. — 199. Wehringstr. 10th. — 200. Wehringstr. 10th. — 201. Wehringstr. 10th. — 202. Wehringstr. 10th. — 203. Wehringstr. 10th. — 204. Wehringstr. 10th. — 205. Wehringstr. 10th. — 206. Wehringstr. 10th. — 207. Wehringstr. 10th. — 208. Wehringstr. 10th. — 209. Wehringstr. 10th. — 210. Wehringstr. 10th. — 211. Wehringstr. 10th. — 212. Wehringstr. 10th. — 213. Wehringstr. 10th. — 214. Wehringstr. 10th. — 215. Wehringstr. 10th. — 216. Wehringstr. 10th. — 217. Wehringstr. 10th. — 218. Wehringstr. 10th. — 219. Wehringstr. 10th. — 220. Wehringstr. 10th. — 221. Wehringstr. 10th. — 222. Wehringstr. 10th. — 223. Wehringstr. 10th. — 224. Wehringstr. 10th. — 225. Wehringstr. 10th. — 226. Wehringstr. 10th. — 227. Wehringstr. 10th. — 228. Wehringstr. 10th. — 229. Wehringstr. 10th. — 230. Wehringstr. 10th. — 231. Wehringstr. 10th. — 232. Wehringstr. 10th. — 233. Wehringstr. 10th. — 234. Wehringstr. 10th. — 235. Wehringstr. 10th. — 236. Wehringstr. 10th. — 237. Wehringstr. 10th. — 238. Wehringstr. 10th. — 239. Wehringstr. 10th. — 240. Wehringstr. 10th. — 241. Wehringstr. 10th. — 242. Wehringstr. 10th. — 243. Wehringstr. 10th. — 244. Wehringstr. 10th. — 245. Wehringstr. 10th. — 246. Wehringstr. 10th. — 247. Wehringstr. 10th. — 248. Wehringstr. 10th. — 249. Wehringstr. 10th. — 250. Wehringstr. 10th. — 251. Wehringstr. 10th. — 252. Wehringstr. 10th. — 253. Wehringstr. 10th. — 254. Wehringstr. 10th. — 255. Wehringstr. 10th. — 256. Wehringstr. 10th. — 257. Wehringstr. 10th. — 258. Wehringstr. 10th. — 259. Wehringstr. 10th. — 260. Wehringstr. 10th. — 261. Wehringstr. 10th. — 262. Wehringstr. 10th. — 263. Wehringstr. 10th. — 264. Wehringstr. 10th. — 265. Wehringstr. 10th. — 266. Wehringstr. 10th. — 267. Wehringstr. 10th. — 268. Wehringstr. 10th. — 269. Wehringstr. 10th. — 270. Wehringstr. 10th. — 271. Wehringstr. 10th. — 272. Wehringstr. 10th. — 273. Wehringstr. 10th. — 274. Wehringstr. 10th. — 275. Wehringstr. 10th. — 276. Wehringstr. 10th. — 277. Wehringstr. 10th. — 278. Wehringstr. 10th. — 279. Wehringstr. 10th. — 280. Wehringstr. 10th. — 281. Wehringstr. 10th. — 282. Wehringstr. 10th. — 283. Wehringstr. 10th. — 284. Wehringstr. 10th. — 285. Wehringstr. 10th. — 286. Wehringstr. 10th. — 287. Wehringstr. 10th. — 288. Wehringstr. 10th. — 289. Wehringstr. 10th. — 290. Wehringstr. 10th. — 291. Wehringstr. 10th. — 292. Wehringstr. 10th. — 293. Wehringstr. 10th. — 294. Wehringstr. 10th. — 295. Wehringstr. 10th. — 296. Wehringstr. 10th. — 297. Wehringstr. 10th. — 298. Wehringstr. 10th. — 299. Wehringstr. 10th. — 300. Wehringstr. 10th. — 301. Wehringstr. 10th. — 302. Wehringstr. 10th. — 303. Wehringstr. 10th. — 304. Wehringstr. 10th. — 305. Wehringstr. 10th. — 306. Wehringstr. 10th. — 307. Wehringstr. 10th. — 308. Wehringstr. 10th. — 309. Wehringstr. 10th. — 310. Wehringstr. 10th. — 311. Wehringstr. 10th. — 312. Wehringstr. 10th. — 313. Wehringstr. 10th. — 314. Wehringstr. 10th. — 315. Wehringstr. 10th. — 316. Wehringstr. 10th. — 317. Wehringstr. 10th. — 318. Wehringstr. 10th. — 319. Wehringstr. 10th. — 320. Wehringstr. 10th. — 321. Wehringstr. 10th. — 322. Wehringstr. 10th. — 323. Wehringstr. 10th. — 324. Wehringstr. 10th. — 325. Wehringstr. 10th. — 326. Wehringstr. 10th. — 327. Wehringstr. 10th. — 328. Wehringstr. 10th. — 329. Wehringstr. 10th. — 330. Wehringstr. 10th. — 331. Wehringstr. 10th. — 332. Wehringstr. 10th. — 333. Wehringstr. 10th. — 334. Wehringstr. 10th. — 335. Wehringstr. 10th. — 336. Wehringstr. 10th. — 337. Wehringstr. 10th. — 338. Wehringstr. 10th. — 339. Wehringstr. 10th. — 340. Wehringstr. 10th. — 341. Wehringstr. 10th. — 342. Wehringstr. 10th. — 343. Wehringstr. 10th. — 344. Wehringstr. 10th. — 345. Wehringstr. 10th. — 346. Wehringstr. 10th. — 347. Wehringstr. 10th. — 348. Wehringstr. 10th. — 349. Wehringstr. 10th. — 350. Wehringstr. 10th. — 351. Wehringstr. 10th. — 352. Wehringstr. 10th. — 353. Wehringstr. 10th. — 354. Wehringstr. 10th. — 355. Wehringstr. 10th. — 356. Wehringstr. 10th. — 357. Wehringstr. 10th. — 358. Wehringstr. 10th. — 359. Wehringstr. 10th. — 360. Wehringstr. 10th. — 361. Wehringstr. 10th. — 362. Wehringstr. 10th. — 363. Wehringstr. 10th. — 364. Wehringstr. 10th. — 365. Wehringstr. 10th. — 366. Wehringstr. 10th. — 367. Wehringstr. 10th. — 368. Wehringstr. 10th. — 369. Wehringstr. 10th. — 370. Wehringstr. 10th. — 371. Wehringstr. 10th. — 372. Wehringstr. 10th. — 373. Wehringstr. 10th. — 374. Wehringstr. 10th. — 375. Wehringstr. 10th. — 376. Wehringstr. 10th. — 377. Wehringstr. 10th. — 378. Wehringstr. 10th. — 379. Wehringstr. 10th. — 380. Wehringstr. 10th. — 381. Wehringstr. 10th. — 382. Wehringstr. 10th. — 383. Wehringstr. 10th. — 384. Wehringstr. 10th. — 385. Wehringstr. 10th. — 386. Wehringstr. 10th. — 387. Wehringstr. 10th. — 388. Wehringstr. 10th. — 389. Wehringstr. 10th. — 390. Wehringstr. 10th. — 391. Wehringstr. 10th. — 392. Wehringstr. 10th. — 393. Wehringstr. 10th. — 394. Wehringstr. 10th. — 395. Wehringstr. 10th. — 396. Wehringstr. 10th. — 397. Wehringstr. 10th. — 398. Wehringstr. 10th. — 399. Wehringstr. 10th. — 400. Wehringstr. 10th. — 401. Wehringstr. 10th. — 402. Wehringstr. 10th. — 403. Wehringstr. 10th. — 404. Wehringstr. 10th. — 405. Wehringstr. 10th. — 406. Wehringstr. 10th. — 407. Wehringstr. 10th. — 408. Wehringstr. 10th. — 409. Wehringstr. 10th. — 410. Wehringstr. 10th. — 411. Wehringstr. 10th. — 412. Wehringstr. 10th. — 413. Wehringstr. 10th. — 414. Wehringstr. 10th. — 415. Wehringstr. 10th. — 416. Wehringstr. 10th. — 417. Wehringstr. 10th. — 418. Wehringstr. 10th. — 419. Wehringstr. 10th. — 420. Wehringstr. 10th. — 421. Wehringstr. 10th. — 422. Wehringstr. 10th. — 423. Wehringstr. 10th. — 424. Wehringstr. 10th. — 425. Wehringstr. 10th. — 426. Wehringstr. 10th. — 427. Wehringstr. 10th. — 428. Wehringstr. 10th. — 429. Wehringstr. 10th. — 430. Wehringstr. 10th. — 431. Wehringstr. 10th. — 432. Wehringstr. 10th. — 433. Wehringstr. 10th. — 434. Wehringstr. 10th. — 435. Wehringstr. 10th. — 436. Wehringstr. 10th. — 437. Wehringstr. 10th. — 438. Wehringstr. 10th. — 439. Wehringstr. 10th. — 440. Wehringstr. 10th. — 441. Wehringstr. 10th. — 442. Wehringstr. 10th. — 443. Wehringstr. 10th. — 444. Wehringstr. 10th. — 445. Wehringstr. 10th. — 446. Wehringstr. 10th. — 447. Wehringstr. 10th. — 448. Wehringstr. 10th. — 449. Wehringstr. 10th. — 450. Wehringstr. 10th. — 451. Wehringstr. 10th. — 452. Wehringstr. 10th. — 453. Wehringstr. 10th. — 454. Wehringstr. 10th. — 455. Wehringstr. 10th. — 456. Wehringstr. 10th. — 457. Wehringstr. 10th. — 458. Wehringstr. 10th. — 459. Wehringstr. 10th. — 460. Wehringstr. 10th. — 461. Wehringstr. 10th. — 462. Wehringstr. 10th. — 463. Wehringstr. 10th. — 464. Wehringstr. 10th. — 465. Wehringstr. 10th. — 466. Wehringstr. 10th. — 467. Wehringstr. 10th. — 468. Wehringstr. 10th. — 469. Wehringstr. 10th. — 470. Wehringstr. 10th. — 471. Wehringstr. 10th. — 472. Wehringstr. 10th. — 473. Wehringstr. 10th. — 474. Wehringstr. 10th. — 475. Wehringstr. 10th. — 476. Wehringstr. 10th. — 477. Wehringstr. 10th. — 478. Wehringstr. 10th. — 479. Wehringstr. 10th. — 480. Wehringstr. 10th. — 481. Wehringstr. 10th. — 482. Wehringstr. 10th. — 483. Wehringstr. 10th. — 484. Wehringstr. 10th. — 485. Wehringstr. 10th. — 486. Wehringstr. 10th. — 487. Wehringstr. 10th. — 488. Wehringstr. 10th. — 489. Wehringstr. 10th. — 490. Wehringstr. 10th. — 491. Wehringstr. 10th. — 492. Wehringstr. 10th. — 493. Wehringstr. 10th. — 494. Wehringstr. 10th. — 495. Wehringstr. 10th. — 496. Wehringstr. 10th. — 497. Wehringstr. 10th. — 498. Wehringstr. 10th. — 499. Wehringstr. 10th. — 500. Wehringstr. 10th. — 501. Wehringstr. 10th. — 502. Wehringstr. 10th. — 503. Wehringstr. 10th. — 504. Wehringstr. 10th. — 505. Wehringstr. 10th. — 506. Wehringstr. 10th. — 507. Wehringstr. 10th. — 508. Wehringstr. 10th. — 509. Wehringstr. 10th. — 510. Wehringstr. 10th. — 511. Wehringstr. 10th. — 512. Wehringstr. 10th. — 513. Wehringstr. 10th. — 514. Wehringstr. 10th. — 515. Wehringstr. 10th. — 516. Wehringstr. 10th. — 517. Wehringstr. 10th. — 518. Wehringstr. 10th. — 519. Wehringstr. 10th. — 520. Wehringstr. 10th. — 521. Wehringstr. 10th. — 522. Wehringstr. 10th. — 523. Wehringstr. 10th. — 524. Wehringstr. 10th. — 525. Wehringstr. 10th. — 526. Wehringstr. 10th. — 527. Wehringstr. 10th. — 528. Wehringstr. 10th. — 529. Wehringstr. 10th. — 530. Wehringstr. 10th. — 531. Wehringstr. 10th. — 532. Wehringstr. 10th. — 533. Wehringstr. 10th. — 534. Wehringstr. 10th. — 535. Wehringstr. 10th. — 536. Wehringstr. 10th. — 537. Wehringstr. 10th. — 538. Wehringstr. 10th. — 539. Wehringstr. 10th. — 540. Wehringstr. 10th. — 541. Wehringstr. 10th. — 542. Wehringstr. 10th. — 543. Wehringstr. 10th. — 544. Wehringstr. 10th. — 545. Wehringstr. 10th. — 546. Wehringstr. 10th. — 547. Wehringstr. 10th. — 548. Wehringstr. 10th. — 549. Wehringstr. 10th. — 550. Wehringstr. 10th. — 551. Wehringstr. 10th. — 552. Wehringstr. 10th. — 553. Wehringstr. 10th. — 554. Wehringstr. 10th. — 555. Wehringstr. 10th. — 556. Wehringstr. 10th. — 557. Wehringstr. 10th. — 558. Wehringstr. 10th. — 559. Wehringstr. 10th. — 560. Wehringstr. 10th. — 561. Wehringstr. 10th. — 562. Wehringstr. 10th. — 563. Wehringstr. 10th. — 564. Wehringstr. 10th. — 565. Wehringstr. 10th. — 566. Wehringstr. 10th. — 567. Wehringstr. 10th. — 568. Wehringstr. 10th. — 569. Wehringstr. 10th. — 570. Wehringstr. 10th. — 571. Wehringstr. 10th. — 572. Wehringstr. 10th. — 573. Wehringstr. 10th. — 574. Wehringstr. 10th. — 575. Wehringstr. 10th. — 576. Wehringstr. 10th. — 577. Wehringstr. 10th. — 578. Wehringstr. 10th. — 579. Wehringstr. 10th. — 580. Wehringstr. 10th. — 581. Wehringstr. 10th. — 582. Wehringstr. 10th. — 583. Wehringstr. 10th. — 584. Wehringstr. 10th. — 585. Wehringstr. 10th. — 586. Wehringstr. 10th. — 587. Wehringstr. 10th. — 588. Wehringstr. 10th. — 589. Wehringstr. 10th. — 590. Wehringstr. 10th. — 591. Wehringstr. 10th. — 592. Wehringstr. 10th. — 593. Wehringstr. 10th. — 594. Wehringstr. 10th. — 595. Wehringstr. 10th. — 596. Wehringstr. 10th. — 597. Wehringstr. 10th. — 598. Wehringstr. 10th. — 599. Wehringstr. 10th. — 600. Wehringstr. 10th. — 601. Wehringstr. 10th. — 602. Wehringstr. 10th. — 603. Wehringstr. 10th. — 604. Wehringstr. 10th. — 605. Wehringstr. 10th. — 606. Wehringstr. 10th. — 607. Wehringstr. 10th. — 608. Wehringstr. 10th. — 609. Wehringstr. 10th. — 610. Wehringstr. 10th. — 611. Wehringstr. 10th. — 612. Wehringstr. 10th. — 613. Wehringstr. 10th. — 614. Wehringstr. 10th. — 615. Wehringstr. 10th. — 616. Wehringstr. 10th. — 617. Wehringstr. 10th. — 618. Wehringstr. 10th. — 619. Wehringstr. 10th. — 620. Wehringstr. 10th. — 621. Wehringstr. 10th. — 622. Wehringstr. 10th. — 623. Wehringstr. 10th. — 624. Wehringstr. 10th. — 625. Wehringstr. 10th. — 626. Wehringstr. 10th. — 627. Wehringstr. 10th. — 628. Wehringstr. 10th. — 629. Wehringstr. 10th. — 630. Wehringstr. 10th. — 631. Wehringstr. 10th. — 632. Wehringstr. 10th. — 633. Wehringstr. 10th. — 634. Wehringstr. 10th. — 635. Wehringstr. 10th. — 636. Wehringstr. 10th. — 637. Wehringstr. 10th. — 638. Wehringstr. 10th. — 639. Wehringstr. 10th. — 640. Wehringstr. 10th. — 641. Wehringstr. 10th. — 642. Wehringstr. 10th.



# Illustrierte März-Zeitung 1899

Preis pro Exemplar 10 Pfennig.

Zahlreichen Bestellungen nicht entgegen

ist soeben erschienen. An künstlerischer Schönheit und Reichhaltigkeit der Illustrationen übertrifft sie alle früheren. Sie enthält Titelbild: **Die Freiheit auf der Barrikade.** Ein Vorbild: **Prometheus** und 4 große Text-Illustrationen: **Trost für 1849:** 1. Sokrates, 2. Christus, 3. Suhr, 4. Zu Pulver und Asche begnadigt. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Benthstraße 2.

## Achtung! Buchbinder Achtung!

und verwandte Berufsgenossen.  
Dienstag, 14. März, Abends 8 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:

## Öffentliche Versammlung

aller in Buchbindereien, Kontobuch-, Lapidar-, Leder-, Galanteriewaren- und Kontobuchfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission für den Widerstandsfonds. 2. Unsere Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Bericht der Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes.  
Die Kollegen und Kolleginnen sämtlicher Branchen werden dringend ersucht, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.  
23/15 Die Vertrauenspersonen.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zu der am **Sonntag** in der **Urania**, Taubenstrasse, stattfindenden Vorstellung sind noch Billets auf dem Arbeitsnachweis, Annenstr. 16, zu haben.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Montag, den 13. März 1899, Abends 7 1/2 Uhr:

## Versammlung

sämtlicher Arbeiter der Firma **A. Borsig** im Lokale des Herrn **Zimmermann**, Badstraße 58.

Tages-Ordnung:  
Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Borsig'schen Betrieben. Referent: Kollege **Paul Massack**.  
Zu dieser Versammlung sind alle bei der Firma beschäftigten Kollegen, wie Formier, Schlosser, Schmiede, Dreher u. s. w., ganz besonders eingeladen.

## Versammlung

sämtl. Arbeiter d. Firma **Schäffer u. Dehlmann** im Lokale des Herrn **Meyer**, Boyenstr. 12.

Tages-Ordnung:  
Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betriebe der Firma **Schäffer & Dehlmann**.  
Zu dieser Versammlung sind alle bei Schäffer u. Dehlmann beschäftigten Kollegen, wie Formier, Dreher, Würtler, Schlosser u. s. w. ganz besonders eingeladen.  
110/20 Die Ortsverwaltung.

## Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 13. März, Abends 8 1/2 Uhr, Brunnen-Str. 150:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn **Dr. Weyl** über: „Der Kampf gegen das Kurpfuschertum.“ 2. Wahl. 3. Berichtenes und Ausgabe der Billets zur Sternwarte Treptow am 19. März (à 75 Pf.) und zur Urania, Taubenstr. am 3. April (à 90 Pf.) — Am **Mittwoch**, den 15. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Schoers**: **Ausserordentl. Vorstandssitzung.** Beschlussfassung über die Statistik, Hautkrankheiten betreffend u. s. w.  
145/12 Der Vorstand.

## Rixdorf.

Dienstag, den 14. März 1899, Abends 8 1/2 Uhr:

## Volks-Versammlung

für Männer und Frauen im **Apollo-Theater**, Hermannstraße 48/50.

Tages-Ordnung:  
1. Die ersten Kommunalwahlen der Stadt Rixdorf. Referent: Reichstags-Abg. und Stadtv. **Paul Singer**. 2. Tischkaffee.  
Zur Deckung der Kosten Eintritt 10 Pf. 202/11  
Zahlreichen Besuch erwartet Das Wahlkomitee.

## Gr. öffentl. Vortrag für Damen und Herren

im „Neuen Naturheilverein“ Charlottenburg-Berlin (Vorgänger: R. Kube) im „Köddiner Hof“, Berlin N., Köddinerstr. 8.

Sonntag, den 12. März 1899

## Frl. M. Kube, Naturheilkundige, über:

## Heirath und Ehe!

Welches sind die Grundbedingungen einer glücklichen Ehe? Wen darf ich heirathen?

Nach dem Vor- **Tanzkränzchen** i. Velen d. Deutschen Naturheilvereins findet ein **Krankenhaus-Gesellschaft** statt.  
Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen. — Für Wöhe 20 Pf.  
1899/5 Der Vorstand. Geschäftsstelle: Berlinerstr. 125 III.

## Grünau. Sonntag, den 12. März. Grünau.

## Großes Konzert

des **Gesang-Vereins „Eiche“.**

Der Saal ist Sonntag zu Versammlungen und Vergnügungen zu haben.

## Berliner Ressource

57. Kommandantenstrasse 57. Tel. Amt IV. 9675.

Im Monat April noch einige Sonnabende und Sonntage frei. (1658b)

## Wo? in der schönste Ort für Herrenpartien und Ausflüge? Auf der Insel Wismar

## beim alten Freund.

## Stralau. Wwe. Schonert. Stralau.

## Restaurant „Neu-Seeland“

Empfehle meinen 1000 Personen fassenden Saal mit großer Theaterbühne zu Versammlungen und Festlichkeiten Vereinen unter den günstigsten Bedingungen. 4362\*

# Seefische Volksnahrung.

Riesige Fänge unserer Dampfer ermöglichen uns

**Cabliau** per Pfd. 15-16 Pf., im Ausschnitt 20 Pf., **Schellfische** per Pfd. 18-25 Pf.

während dieser Woche in unseren hiesigen Verkaufsstellen abzugeben.

Alle anderen Fischsorten — auch **Steinbutt, Seezungen, Tarbutt, Scholle, Seehecht, Seelachs, See-Aal, Knurrhahn** etc. — ebenfalls billig.

## Deutsche Dampf-Fischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

<b>Haupt-Filiale:</b> Berlin C, 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.	<b>No. III. Berlin NW.,</b> Lüneburger Strasse, Ecke Paulstrasse, Stadtbahnbogen 389 (Zentrallager).	<b>No. V. Berlin N. (Wedding),</b> Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulzendorfer Strasse.
<b>No. II. Charlottenburg,</b> Wilmsdorferstrasse 10-11, am Wilhelmplatz.	<b>No. IV.</b> Im Schlesischen Bahnhof, Madaistr. 22.	<b>No. VI. Prinzenstr. 30,</b> zwischen Moritzplatz und Ritterstrasse.

Bevollm. General-Vertreter für Berlin: **Johannes Skorezyk.**

Sensationell! Im **Bahnhof Börse** ist z. Z. ein **Menschenhai**, 3 m lang, 700 Pfd. schwer, ausgestellt, der — jedenfalls durch den Golfstrom in die Nordsee verschlagen — bei der Insel Föhr in die Netze eines Dampfers der Fischereigesellschaft „Nordsee“ ging.

### Todes-Anzeige.

Am Donnerstag, den 9. März, starb unser Mitglied, der Schankwirth

### Friedrich Rockendorf.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. d. Mts., Nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Polenerstr. 5, nach dem Central-Friedhof in Friedrichs-felde statt. 242/19

### Der Vorstand

des Wahlvereins für d. 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).

### Berein sozialdemokratischer

### Gast- u. Schankwirth

### Berlin und Umgegend.

Am 9. März verstarb unser Mit-glied, Kollege

### Friedrich Rockendorf.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. März, Nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Polenerstr. 5 aus statt.

### Der Vorstand.

### Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Theilnahme und reichen Kranz-spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Klempners **Franz Sanft**, sage allen Verwandten und Bekannten, sowie den Kollegen der Firmen **Stiefel** und **H. F. A. Schulze** und den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, hiermit im Namen der trauernden Hinterbliebenen herzlichsten Dank.

Wittwe **Lina Sanft.**

### Kränze

und Blumen empfiehlt

**F. Jacobitz, Roppenstr. 46.**

### Zur Sommersaison 1899.

### Achtung! Naturgarten mit Laubengang. Vereine!

Vollständ neu eing. (500 Pers. fassend). Elektr. Beleuchtung.

### Flora-Säle, 17. Weberstr. 17. Sonntage frei.

### Konzerthaus „Gangjoui“

Kottbuserstr. 4a.  
Mein Saal mit Tanagerlaubbild ist durch Zufall am Sonnabend, den 25. März, frei geworden; ich empfehle denselben den geehrten Vereinen. 18315

### H. Pierry.

Allen Freunden und Bekannten empfehle unser neu eröffnetes

### Restaurant Marianneplatz 18

(Ede Musikantenstr.). Um gest. Zu-spruch bittet (1685b) **Emil Kayser.**

### Buss' Salon,

Gr. Frankfurterstr. 85.  
Empfehle noch einige Sonn-abende meinen Saal für Vereine zu Festlichkeiten. (1824b) **Otto Theel.**

### Strand-Restaurant Müggelsee

wischen Müggelschloß und Teufel-see. Wunderbar schön von der Natur begabt. **Tanzsaal** mit **Parquet-Tischboden**. 2 Regelmäßig. Gr. Halle, 3000 Personen fassend. Günst. den Vereinen. **Fabrikten. Gesell-schaften zum Sommer-Ausflug.** **A. Degebrodt, Waldwirth.**

### Empfehle meine drei Restaurants:

**Rübezahl**, am Müggelsee, **Teufelsee**, Müggelsee, **Marienlust**, a. d. Dahme, zwischen Grünau und Friedrichshagen, bei Fußpartien über die Müggel-see. 6642\*

### C. Strehlhan,

Besitzer des Kaiserhofs Köpenick.

daar u. Theilzahlung, billigst. **Kranz-furter Allee 110 I.** **Ede Königsbergerstr.**

### Möbel,

**GENERAL-Fundureau,** Charlottenstr. 93.

# „Jägerhaus“

Sonntag, den 12. März: **Eröffnung** des diesjährigen **Frühlings-Festes.** Schauspielen aller Art, Korouffeld, Panorama u. s. w. sowie verschiedene Schach- u. Spielkassen. Entree für Jedermann frei. **O. Köhn.**

Schönhauser Allee 103.

Billigste Bezugsquelle für Händler.

## In dieser Originalgröße.

No. 289a. Angenehmes, vorhaltendes, billiges Rauchen.

## Casino, Regalia Imperiales Façon.

Fin de siècle.

1000 Stück Mk. 53,00.

100 „ „ 5,30.

10 „ „ 0,53.

Sumatra, Manila, Brasil.

Tadellose Arbeit!

Feine Qualität!

Weisser Brand!

10 Stück

0,53.

Feine, milde, sehr angenehme Cigarre.

Disse sehr gute Cigarre für diesen aussergewöhnlichen, niedrigen Preis sollte jeder Raucher und Händler probiren.

## H. Schönwetter & Cie.

Cigarren-Importeure

Charlottenstrasse 70, I. Etage.

Friedrichstrasse 99, I. Etage.

Schadowstrasse 1b, Ecke Mittelstrasse.

Hackescher Markt 5, Haus Aschinger.

Grosse Frankfurter Strasse 80-81.

Charlottenburg: Kaiser Friedrichstr. 55, vis-à-vis Hauptbahnhof.  
Berliner Strasse 144, am Knie.

Versand nach ausserhalb nicht unter 100 Stück Nachnahme.

### Ich warne Jeden, meiner Frau

Anna, geb. Schindl, auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts antworte. (1817b) **Otto Zausch.**

### Yellow-Kid-Zigaretten.

50/3\*

### Neu! Eröffnet! Neu!

### Bade-Anstalt. Norden

Lortzingstr. 33.  
Vorbau, russisch-römisch, Dampf-baden mit Massage und Packungen. **Bännen, Sool-, Fichtennadel-, Kieles-bäder** u. s. w. **Referent** sämtl. Kranken-tafeln. 10402\*

### Masken-Costume

berleibt billigst

### Fr. C. Frommholz,

Elisabethstr. 78, Ede Alleestr.

Meine Costume zeichnen sich durch höchste Eleganz aus u. wurden tausend-fach mit ersten Preisen gekrönt. Costume in Atlas von 1 Mk. 50 ab. (1098\*)

### Jeden Sonntag Fischverkauf!



**Rügenerstr. 22, Hof,**

und **Alleestr. 45, Hof,**

sowie täglich Centralhalle Stand 2a

und Stand 5 und Landbergerstr. 6

im Boden. Verkauf jetzt **Karpfen**

**65-70 Pf. Radeke.**

Auspflanzung reif, **Watzstr. 4-**

**Sophia S. Gräfiner, Landbergerstr. 104.**

### Bettstellen, Matrag., Spinde

umgehobler **Wettbldg.** **Kangestr. 10,**

**Quergeb. links II. Thiele.**

2. **Deifikation** sofort an einen Genossen

zu verkaufen. **Feldstr. 12.** 1815b

### Wertstatt.

Tische, Schraub- räder u. s. w. sind noch

einige billig zu verkaufen. 1816b

**Bernburgerstr. 21 im Komptoir.**

Alle Arten, **Reitungen, Abfall-**

**papier** kauft jeden **Kosten W. Lange,**

**Oppelnerstr. 2 I.** 1827b

Zwei Ziegen, tragend, stehen zum

Verkauf. **Feldstr. 6-9.** 1826b

Finanz- u. 4 Regelmäßig zu vert.

„**Jägerhaus**“, **Schönhauser Allee 103.**

### Stempel-Fabrik

von **Robert Hecht,**

Berlin S., **Cranichstr. 142.**

liefert schnell und billig alle Arten

### Stempel

in bester Ausführung

**Kautschuk-Typen „Perfek“**

zum Zusammenlegen einzelner Wörter

sowie ganzer Sätze von 1.50 Mk. an

### Arbeitsmarkt.

**Geübter Balkener auf Goldbleiben**

geht **Regentstr. 15.** 1829b

**Mechaniker-Monteur** f. Schraub- tromm verl. **Bernburgerstr. 21.** 1814b

**Fräser auf Hohlköpfe** gesucht. **Wallstraße 17.** 1818b

**Farbigmacher und Versilberer** verl. **Andreasstraße 10.** 1813b

**Ein Vergolder auf Bau** verlangt **Lange, Rennerburgerstr. 20.**

**Schlinge** für das **Vergolderfach** verlangt **H. Werkmeister, Gold-**

**bleichenfabrik, Schmidstr. 8a.** 1811b

**Graber-Verleihung** verlangt sofort **R. Zeller, Graber, Potsdamer-**

**straße 111.** 1828b

### Tapezier-Lehrling

verlangt **Köpenickerstr. 190.** 1686b

**Schmiedelehrling** verl. **Wörzingerstr. 49.**

**Romfals a. Jadedts** verl. **Weise,**

**Brandenburgerstr. 9.** 1825b

### Lehrmädchen

auf **Handtaschen** gegen sofortige

**Vergütung** verlangt. **150/25**

**Josef Schreyer,**

**Sollmannstr. 17.**

### Lehrmädchen

auf **Handtaschen** gegen sofortiges

**Gehalt** sucht **Leonhardt, Ritter-**

**straße 41.** 1486b\*



Literarische Rundschau.

Karl Kautsky's Agrarprogramm.

Von Eduard David.

Im vorletzten Kapitel seiner „Agrarfrage“ giebt Genosse Kautsky eine Zusammenfassung agrarpolitischer Forderungen. Er glaubt damit den Beweis erbracht zu haben, daß man, auch ohne die Bauernwirtschaft retten oder gar heben zu wollen, doch eine reiche und fruchtbare Thätigkeit nicht nur zu Gunsten des ländlichen Proletariats, sondern auch der Landwirtschaft und der Landbevölkerung im Allgemeinen entfalten kann.

Sehen wir uns dieses Programm daraufhin etwas näher an. Die ca. 30 Forderungen zerfallen in 3 Gruppen: I. Maßregeln zu Gunsten des ländlichen Proletariats, II. Maßregeln zum Schutze der Landwirtschaft, III. Maßregeln im Interesse der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Soweit es sich nur um die Herübernahme von Arbeiterauforderungen oder, wie bei der ganzen Gruppe III, um nächste politische Forderungen aus dem Erfurter Programm handelt, bedarf es hier keiner Besprechung. Nur die Abweichungen und wichtigeren Neuheiten sollen unter die Lupe genommen werden.

Da finden wir zunächst unter den Landarbeiterschutz-Forderungen der Gruppe I das:

Verbot der Lohnarbeit der Kinder bis zum 14. Jahre. Im Erfurter Programm steht „Verbot der Erwerbsarbeit der Kinder unter 14 Jahren“. Dieser Textänderung liegt offenbar die bestimmte Absicht zu Grunde, das Mißverständnis auszuräumen, als ob auch die Mithilfe der Kinder bei der Erwerbsarbeit in dem elterlichen Wirtschaftsbetrieb getroffen werden sollte. Letztere Art von Erwerbsarbeit aber will Kautsky auch für Kinder unter 14 Jahren offen gehalten haben. Er hält sie für gut und notwendig, erstens im Interesse der körperlichen Entwicklung der Kinder und deren frühzeitiger Gewöhnung an die Landarbeit; und zweitens wegen des „starken ethischen Momentes“, das in einer möglichst frühzeitigen Erziehung zu nützlicher Arbeit liegt. Er weist auf die großen Utopisten des Sozialismus hin, die, wie John Bellers und Fourier, die Kinder schon zwischen dem 4. und 5. Jahre oder wie Rob. Owen wenigstens vom 8. Jahre an der produktiven Arbeit teilnehmen lassen. Die kapitalistische Gesellschaft freilich steht vor der Alternative, entweder die Jugend dem Kapital preiszugeben, oder für die Jugend produktive Arbeit auszufinden, damit aber die Bildung ihres Charakters wie ihrer Arbeitsfähigkeit zu gefährden. So muß denn die Lohnarbeit vor dem 14. Jahre verboten und die Schule mit Lehrwerkstätten z. als Nothbehelf in den Städten einspringen.

Dagegen besteht auf dem Lande nicht das Dilemma, das in der Stadt besteht. . . Auf dem Lande ist jede Haushaltung heute mit einem landwirtschaftlichen Betrieb verbunden. Auch der Lohnarbeiter dort treibt Landwirtschaft, wenn er eine eigene Familie hat. Die Kinder sind da keineswegs auf die Lohnarbeit bei Fremden angewiesen, um sich wirksam zu betheiligen. Das Verbot der Lohnarbeit der Kinder bedeutet unter diesen Umständen wirklich nur das Verbot, sie kapitalistisch auszubenten. (S. 359.)

Ich stimme diesen Erwägungen vollkommen bei; ich wundere mich nur, daß gerade Genosse Kautsky sich so leichtem Herzens zu dem so eingeleiteten Verbot der Kinderarbeit entschließt. Es scheint mir, er legt sich damit in den schroffsten Widerspruch zu dem von ihm selbst aufgestellten Prinzip, daß keine unserer agrarpolitischen Forderungen der ökonomischen Entwicklung, so wie er sie auffaßt, entgegensteht. Die korrekte Entwicklung aber ist nach ihm — trotz aller rollenwidrigen Gegenbenen und Seitenstränge — die Entwicklung zum landwirtschaftlichen Großbetrieb. Gerade dieser nun befindet sich in der größten Bedrängnis infolge des Arbeitermangels. Gegen diesen ist nach Kautsky's eigenen Worten „in der kapitalistischen Gesellschaft kein Kraut gewachsen“; auch nicht das Kraut verbesserter Maschinerie. Nun entziehe man den größeren, vorzugsweise mit fremden Arbeitskräften wirtschaftenden Betrieben auch noch die ca. 140 000 Kinderkräfte. Man zwingt die kapitalistischen Landwirthe, die Geschäfte des Mühenbergiehens, Unkrautjärens, Kartoffelens, Rückerammens u. s. w. ausschließlich von erwachsenen, vollbezahlten Arbeitern besorgen zu lassen, während die kleinen Selbstwirtschafter nach wie vor ihre Kinder zur Mithilfe heranziehen können. Reicht das nicht den Letzteren Wind in die Segel treiben? Reicht das nicht der „gesunden“ Entwicklung entgegen zu arbeiten?

Wer unentwegt den heroischen Grundsatze aufstellt: „Die soziale Entwicklung steht höher als die Interessen des Proletariats, und die Sozialdemokratie kann proletarische Interessen nicht schätzen, die der sozialen Entwicklung im Wege stehen“ (S. 318) — der dürfte konsequenterweise auch die Interessen der Proletarierkinder nicht schätzen, wenn sie der einzig wahren Entwicklung die Wege erschweren.

In einem noch schlimmeren Konflikt mit diesem seinen obersten Prinzip geräth Kautsky durch die weitere Forderung:

Einführung eines Normal-Arbeitstages, der im Jahresdurchschnitt acht Stunden beträgt, für die Feldarbeiten, mit Befreiung von Ueberzeitarbeit während der Ernte und bei dringenden Arbeiten, die durch Elementarereignisse herbeigeführt werden.

Hinsichtlich des Jahresdurchschnitts schlägt Kautsky vor, den Arbeitstag für den Winter auf sechs, für den Sommer auf zehn Stunden zu fixiren; für Kinder und jugendliche Personen tritt außerdem noch das einschränkende Verbot der landwirtschaftlichen Arbeit von 7 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens“ hinzu.

Ich glaube, die Agrarkommission seligen Andenkens war weiser als Kautsky, indem sie sich darauf beschränkte, die „sachgemäße Ausdehnung der Arbeiteraufgabe auf die Landwirtschaft“ zu fordern. Gerade im Punkte der Arbeitszeit muß der Versuch einer Schablone in der Landwirtschaft völlig scheitern, im Gegenwartsstaat wenigstens, und nur für den stellen wir ja praktische Programme zusammen. Daß der von Kautsky gemachte Versuch, den Achtstundentag für die Landwirtschaft mündgerecht zu machen, gelungen sei, wird er selbst nicht glauben. Die programmatische Einschränkung der Ueberzeitarbeit, und mehr noch die Beschränkung des Normal-Arbeitstages auf die Feldarbeiten sagt schon genug. Doch das nur nebenbei.

Wie würde dieser „Normal-Arbeitsstag“ auf die landwirtschaftliche Entwicklung wirken? Wen würde er treffen? — Den kleinen Bauer, der lediglich mit der eigenen Familie wirtschaftet, jedenfalls nicht; der würde nach wie vor so lange arbeiten

können wie ihm beliebt. In die Verfügungsfreiheit des bäuerlichen Selbstwirtschafter läßt sich so wenig eingreifen, wie in die des Gelehrten u. s. w., der bis in die Nacht hinein liest oder schreibt.

Aber auch der mittlere Bauer, der nur mit Magd oder Knecht wirtschaftet, bliebe verschont. Denn auch auf das Gesinde würde der Normal-Arbeitsstag keine Anwendung finden. Kautsky sagt nämlich: „Die Sozialdemokratie fordert den Normal-Arbeitsstag für jede Art von Lohnarbeit, nur für eine nicht: die Arbeit im Haushalt.“ Er begründet das mit der Schwierigkeit, die Arbeitsbedürfnisse des Haushalts auf bestimmte Stunden zu beschränken, und fährt dann fort: „Auf dem Lande ist der Haushalt aber innig mit dem landwirtschaftlichen Betrieb oder wenigstens mit gewissen Seiten desselben verknüpft. Je enger ein Arbeitszweig auf dem Lande mit dem Haushalt verbunden ist, desto schwieriger wird es sein, ihn dem Normal-Arbeitsstag zu unterwerfen. Man wird also die einzelnen Arbeitsarten genau bezeichnen müssen, für die der Normal-Arbeitsstag gilt. Im Allgemeinen wird man sagen können, daß die Feldarbeiten ihm eher unterworfen werden können, als die in Haus und Hof (namentlich die Wartung des Viehes), die Arbeiten der Tagelöhner eher als die des Gesindes.“ — Stimmt! Und da die Arbeiten des Gesindes in Haus und Hof außerdem „nicht leicht kontrollirbar“ sind, und überdies nichts im Wege steht, die Magd erst den Normal-Arbeitsstag draußen im Feld und dann die Ueberzeit im Hause arbeiten zu lassen, so hat die ganze Geschichte hier ein Loch, das groß genug ist, um das ganze bäuerliche Gesinde bequem passieren zu lassen.

Selbst dem größeren Bauer, der außer ein paar Knechten oder Mägden in der Erntezeit einige Tagelöhner einstellt, thut Kautsky's Verbot nicht sehr wehe. Bei dringender Arbeit sind ja Ueberstunden vorgesehen, da wird sich's schon machen lassen. Nur der Großbetrieb, der ständig neben dem Gesinde eine Schaar Tagelöhner, Insulente, Deputanten u. s. w. beschäftigt, wird in voller Schärfe getroffen, und zwar an seiner empfindlichsten Stelle. Der Kautsky'sche Normal-Arbeitsstag im Verein mit dem Verbot der Kinderarbeit würde die Leutenoth in einem Maße steigern, daß dem kapitalistischen Betrieb der Athem gänzlich ausginge. Verstärkter Verkauf und Verpachtung an selbstwirtschastende Kleinbauern wäre die Folge.

Dagegen hätte ich, der ich über die landwirtschaftliche Entwicklung ganz anders denke wie Gen. Kautsky, gar nichts einzuwenden; und meiner Ueberzeugung nach hat auch die Sozialdemokratie gar keinen Anlaß, die event. Förderung dieses Prozesses zu bedauern. Aber Genosse Kautsky? Mit welchen Gefühlen würde er ein solches Zunehmen des „kleinbäuerlichen Barbarenthums“ mit ansehen? Wie will er sich mit einer solchen „künstlichen“ Erhaltung des „irrationellsten“ Betriebes, einer solchen „reaktionären Bauernretterei“, abfinden?

Die erwähnten Forderungen könnten den Verdacht erwecken, Kautsky habe sich von dem leicht erklärlichen Haß gegen das ostelbische Großagrarienthum verleiten lassen, sein allerhöchstes Prinzip zu verrathen. Allein diese psychologische Erklärung wird Lügen gestraft durch zwei weitere Forderungen, die so sehr den Wünschen unserer lieben altpreußischen Agrarier entgegenkommen, daß sie sofort nach dem Bekanntwerden von der — „Deutschen Tageszeitung“ lobend erwähnt und als höchst beachtenswerth vermerkt wurden. Sie lauten:

Verbot der Wanderarbeit jugendlicher Personen bis zum 18. Jahre“ und „Verbot der Wanderarbeit von Mädchen vor dem 21. Jahre“.

Ja, so steht es da, schwarz auf weiß! Und Kautsky, unser Karl Kautsky hat's geschrieben — nicht etwa der Zentrumsagrarier Szmulat! Die jungen Leute, insbesondere die Mädchen leiden durch die Wanderarbeit physischen und sittlichen Schaden, sagt Kautsky, das dürfen wir nicht dulden, ergo: Beschränkung der Freizügigkeit!

Denn daß die Freizügigkeit dabei ins Spiel kommt, verkennt auch Kautsky nicht. Die gesamte Wanderarbeit zu verbieten, lehnt er nämlich mit der Begründung ab: „Das hieße einem großen Theil des arbeitenden Volkes die Freizügigkeit nehmen und sie eines Mittels berauben, höhere Löhne zu suchen, als sie zu Hause erlangen können“ (371).

Also sieht er sehr gut den Zusammenhang der Wanderarbeit mit der Freizügigkeit. Und trotzdem ist er bereit, jene mit so weitgehenden Verböten einzudämmen. Es scheint, die Zektüre der Verhandlungen des preussischen Junterparlaments hat ihn zu der Ueberzeugung gebracht, daß man die „Sicherung der Freizügigkeit“ sehr wohl mit der „Beschränkung ihrer Ausübung“ — so drückt man sich dort aus — vereinbaren könne.

Das freundliche Verständnis, das die Wünderzeitung seiner Forderung entgegengebracht hat, dürfte den Genossen Kautsky inzwischen vielleicht schon etwas stutzig gemacht haben. Er kann's erleben, daß die ostelbischen Agrarier den Vorschlag zum Antrag erheben, und daß schließlich eine „lex Kautsky“ daraus wird. Und was will Kautsky dann dagegen einwenden, wenn man dieses Gesetz dann erweitert zu einem Verbot des Abwanderns jugendlicher Arbeiter auch behufs gewerblicher Arbeit. Geräth der junge Mann, der den Sommer über als Bauarbeiter zc. in die Industriestadt zieht, nicht auch in Gefahr, leiblichen und sittlichen Schaden zu nehmen? Man denke an das großstädtische Schlaflosenwesen! Und das Bauernmädchen, das sich in die Stadt verdingt, ist das den Gefahren entzückt, die der Wanderarbeiterin drohen? Mit dieser pastoralen Begründung kann man die „Auswüchse“ der Freizügigkeit so gründlich bescheiden, daß die weitgehendsten Wünsche der Großagrarier befriedigt werden.

Die Sozialdemokratie spricht in ihrem Programm jedem Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts mit dem 20. Lebensjahre volles Wahlrecht zc. zu. Und sie sollte sich dazu hergeben, die Landarbeiterin bis zum 21. Lebensjahre an die Scholle ihrer „angestammten“ Gutsheerrschaft zu fesseln? Sie sollte helfen, den jungen Landarbeiter zu verhindern, aus den Gegenden der niedrigsten Löhne und der schlechtesten Behandlung abzuwandern, um bessere Lohn- und Lebensbedingungen zu erringen? Sie sollte der Wanderarbeits-Bewegung durch Fesselung der leicht beweglichen jungen Mannschaft einen Hiegel vorschreiben? Steht Kautsky denn nicht auch den materiellen sittlichen Gewinn, den die Wanderbewegung der Landarbeiterschaft erwirkt? „Es ist der dunkle Drang nach persönlicher Freiheit, welcher die Arbeiter in die Fremde treibt“, sagt Prof. Max Weber bei Besprechung der Lage der ostelbischen Landarbeiter (Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik VII S. 24) und er fügt hinzu: „Auch die vielbeklagte „Mobilisirung“ der Landarbeiter ist zugleich der erste

Anfang der Mobilmachung zum Klassenkampf“. Und wie sollten diese „Mobilmachung zum Klassenkampf“ erschweren?

„Schutz der Wanderarbeiter“ — ja wohl, das entspricht unserem Programm, das ist selbstverständlich und gut! Schutz ihrer Gesundheit und Sittlichkeit, Hebung ihrer Wohnungsverhältnisse, strenge Wohnungspolizei u. s. w., das ist der Weg, auf dem wir die Schäden der Wanderarbeit zu bekämpfen und die Interessen der Wanderarbeiter wahrzunehmen haben, — aber nie und nimmer durch Beschränkung ihrer Verfügungsfreiheit! Das wäre keine sozialdemokratische, das wäre reaktionäre Junkerpolitik!

Was nun die Forderungen der Gruppe II „zum Schutze der Landwirtschaft“ anlangt, so bestehen sie zum größeren Theil aus alten Bekannten. Die Forderungen: Aufhebung der Fideikomnisse und der Gutsbezirke, Verstaatlichung der Hagelversicherung, event. auch der Viehvericherung, Förderung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, Verstaatlichung des Waldes und der Wasserkraften, waren ebenso wie die in Gruppe III aufgeführte Verstaatlichung der Regelen auch in dem 1895 er Agrarprogramm enthalten und wurden mit diesem unter Kautsky's Führung in Vausch und Wogen todtgeschlagen. Daß sie schon so bald ihre Auferstehung feiern würden, hatte ich kaum zu hoffen gewagt. Um so erfreulicher!

Auch die Förderung der Selbstvereinerung (Separation), der Landeskultur, sowie der Seuchenverhütung erscheint in dem neuen Agrarprogramm wieder. Diese Dinge hält also auch Kautsky für erstrebenswerth. Aber es besteht eine kleine Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und den ehemaligen Mitgliedern der Agrarkommission hinsichtlich der Art der Förderung. Während der Breslauer Agrarprogramm-Entwurf nämlich den Staats-Credit für diese Zwecke zur Verfügung stellte, will Kautsky sie nur durch „Einschränkung der Rechte des Privateigentums“, d. h. durch Ausdehnung der Zwangsrechte des Staates, gesichert wissen. Also: keinerlei Erleichterung hinsichtlich der Kosten, das giebt's nicht; aber heran müssen die Kerle, und — Gehst du nicht willig, so brauch' ich Gewalt. Diese Forderung gehört zu denjenigen, von denen Kautsky selbst meint, daß sie „gerade das Gegenteil vom Gewinnen der Bauern bewirken dürften.“ Das meine ich auch! Die Bauern müßten große Gel sein, wenn sie uns um dieser „Förderung“ willen in ihr Herz schließen. Und was soll dabei herauskommen? Die Kostenfrage ist die Hauptsache bei all' diesen Dingen. Viele müßten gerne mitmachen, aber sie können nicht; die Geschichte ist ihnen zu teuer. Trotzdem will Kautsky sie dazu zwingen. Und wenn sie d'ran verbluten? — Na, dann sind wir wieder ein Schrittchen weiter auf dem Wege der wirtschaftlichen Entwicklung!

Wir können doch — so begründet er seine ablehnende Haltung — nicht den Kredit oder gar die direkte Hilfe des Staates zur Verfügung stellen, um Selbstvereinerungen, große Ent- und Bewässerungen, Entschindungen und dergleichen mehr vorzunehmen zu lassen, denn dadurch würde ja nur die Grundrente gesteigert, also den Grundeigentümern auf Kosten der Gesamtheit ein Vortheil zugeschoben. Selbst bei der Seuchenverhütung läßt Kautsky das Schredgepenst der Erhöhung der „Grundrente“ aufmarschiren. Ich kann diese Frage hier nicht eingehend erörtern und muß mich damit begnügen, darauf hinzuweisen: 1. daß Bodenverbesserungen im Großen wie Förderung der Landwirtschaft im Allgemeinen keineswegs nur oder vorzugsweise den Grundeigentümern zu Gute kommen, sondern auch der Gesamtheit des Volkes. 2. Daß Kautsky's Vorstellung, die Masse unserer Bauern seien nur noch Schein-eigentümer, der wirkliche Eigentümer aber „der Hypothekengläubiger in der Stadt“, grundfalsch ist. Letzteren Punkt habe ich eingehend in einem der Redaktionen der „Neuen Zeit“ übergebenen Aufsatz behandelt, worauf ich diejenigen Parteigenossen besonders hinweise, welche die bäuerliche „Schuldnechtschaft“ als Hauptargument bei der Landagitation benützen.

Die sozialdemokratischen Vertreter in den Landtagen der Einzelstaaten haben seit Jahren Kredite und sogar direkte Staatszuschüsse für die erwähnten Zwecke bewilligt. Diese Praxis hat sich auch nach der Breslauer Resolution Kautsky's keineswegs geändert. Sie dürfte sich auch in Zukunft nicht ändern, weil sie sich nicht ändern kann, ohne das bedauerliche Maß von Einfluß und Ansehen, das wir uns auf dem Lande errungen haben, aufs Schwerste zu gefährden. Inwiefern wird also der Kautsky'sche Programmentwurf unschädlich bleiben.

Man müßte aber unsere Gegner schlecht kennen, wenn sie seine Deduktionen nicht weidlich ausnützten, um unserer Landagitation neue Knüttel in die Wege zu werfen. Den Anfang haben sie ja schon gemacht, und bei der nächsten Wahlbewegung erfolgt gründlichste Fortsetzung. Die Gewinnung der kleinbäuerlichen Volksmasse wird damit noch mehr in Frage gestellt, als sie es ohnehin schon ist. Kautsky meint selbst: „Ob es gelingen wird, die Bauernschaft durch die Darstellung dieser Agrarpolitik zu gewinnen, kann ja bezweifelt werden.“ Dieser Zweifel dürfte allgemein getheilt werden; er ist schon mehr eine Gewissheit. Auch Kautsky's Hoffnung, den Bauer mit seinen Programmvorschlügen wenigstens „zu einer neutralen Stellung“ bringen zu können, halte ich für einen ganz ausichtslosen Optimismus.

Daß die Bauernschaft dem wirtschaftlichen Untergang entgegen geht, daran kann nach den Zahlen der Statistik von 1896 niemand mehr ernstlich glauben. Die bäuerlichen Selbstwirtschafter nehmen an Zahl und Areal nicht ab, sondern kräftig zu. Und wenn Kautsky meint, daß der Bauer „immerhin noch dieselbe eine Kraft bildet, die nicht zu unterschätzen ist“, so habe ich die feste Ueberzeugung, daß diese Kraft in Zukunft noch verstärkt in die Waagschale fallen wird. Man täusche sich nur nicht! Die bäuerliche Volksmasse bildet das eigentliche Fundament, auf das gestützt Junkertum und Reaktion ihre verhängnisvolle Rolle spielen. Wer von der „Eroberung der politischen Macht“ träumt und die bäuerliche Volksmasse glaubt nebenbei liegen lassen zu können, der treibt eine sehr phantastische Politik. In der Agrarfrage steht die Armeefrage — ich habe das früher gesagt und wiederhole es heute mit Nachdruck.

Wir werden die Bauernschaft aber nie gewinnen, so lange wir, von einer für die Landwirtschaft falschen ökonomischen Theorie verblendet, ihre spezifisch wirtschaftlichen Interessen mißachten.

Die demokratisch-politischen Forderungen können den Mangel einer positiven wirtschaftlichen Förderung nicht ersetzen.

Soziales.

Verrufserklärung durch Unternehmer. Ein Fall von Verrufserklärung durch Unternehmer wurde in einer Verhandlung des Gewerbegerichts in Bützsch festgesetzt. Einem Glasbläser war von einer Firma Arbeit versprochen worden, als er aber antreten wollte, sagte ihm ein Theilhaber der Firma, daß er ihn infolge Reklamation einer anderen Firma, bei der er vorher gearbeitet, vor Ablauf von sechs Wochen nicht einstellen dürfe. Die Unternehmer der Spiegelbranche haben unter sich die Vereinbarung getroffen, daß Arbeiter, die freiwillig aus einem Geschäft austreten oder aus „unliebsamen“ Gründen entlassen werden, sechs Wochen lang in einem

anderen Geschäft nicht eingestellt werden dürfen. Auf Zuwiderhandlung ist eine hohe Konventionalstrafe gesetzt. Jetzt wird zum ersten Male ein Fall solcher Art von Verrufserklärung gerichtlich; das Gericht wird sich damit zu befassen haben und in Arbeiterkreisen ist man allgemein darauf gespannt, wie der Terrorismus, den Unternehmer ausüben, geahndet wird.

Kapitalprofit. Die Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft veröffentlicht ihren Geschäftsbericht für 1898. Danach hatte sie einen Reingewinn von 5 321 034 M. Da sie aber außerdem 456 682 M. für Zinsen vorausgabte, so beläuft sich die Gesamtsumme, die die Arbeiter dem Kapital erarbeiteten, auf 5 777 716 M. Die Gesellschaft beschäftigte 15 097 Arbeiter, so daß jeder einzelne Arbeiter die

Summe von 382 M. zu wenig erhielt, die den Kapitalisten für die Höhe des Koponabschneidens in den Schooß fiel. Der Durchschnittslohn der Arbeiter wird auf 1247 M. angegeben. Wie viel in dieser Durchschnittsberechnung Beamtenlöhne liegen, ist nicht zu erkennen. Jedenfalls aber hat jeder Arbeiter durchschnittlich mindestens 382 M. weniger an Lohn bekommen, als wie seine Arbeit eingebracht hat.

Das preussische Landwirtschaftsministerium als Schulpatron. Die Schule des Dorfes D., das zu dem unter Verwaltung des landwirtschaftlichen Ministeriums stehenden Hauptgestüt Zralehen gehört, ist, so berichtet die „Preussische Lehrzeitung“, schon seit 30 Jahren zu klein. Aber bis heute ist noch nichts daran geändert. Zur Zeit unterrichtet dort ein Lehrer über 90 Kinder in einem engen



feuchten Räume. Auch drei andere Schulen im Hauptgebäude Trafenmen leiden unter ähnlichen Zuständen. Die in Trafenmen befindliche Schule ist z. B. derartig überfüllt, daß auf Bänken von etwa 3 1/2 Meter Länge 11 Kinder sitzen müssen.

**Kinderzuschuß.** Für die Stadtgemeinde Warmen ist unter dem 23. Februar folgende Polizei-Verordnung erlassen worden, welche am 15. März in Kraft tritt:

§ 1. Es ist verboten, schulpflichtige Kinder in der Zeit von 8 Uhr Nachmittags bis 6 1/2 Uhr Vormittags zum Austragen von Wadwaaren, Milch, Zeitungen oder anderen Gegenständen, zum Regelaufheben oder zu sonstigen Verrichtungen in Schaulustwirtschäften, zum Aufwarten oder zum Handel von Blumen oder anderen Gegenständen zu verwenden. Die Beschäftigung solcher Kinder bei öffentlichen Theateraufführungen oder sonstigen öffentlichen Schaustellungen ist nur dann zulässig, wenn sich die Ortspolizeibehörde vorher damit einverstanden erklärt hat.

§ 2. Uebertretungen dieser Polizei-Verordnung werden an Eltern oder deren gesetzlichen Vertretern und Personen, welche schulpflichtige Kinder entgegen der Bestimmung des § 1 verwenden, mit Geldstrafen bis zu 30 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

**Die Kapitalien der Invaliditäts- und Altersversicherung.** Anstalten wachsen immer riefenhafter an und damit wächst auch die Summe des zu „gemeinnützigen Zwecken“ ausgelegenen Kapitals. Sie ist im Jahre 1898 um rund 35,8 Mill. Mark gestiegen und beträgt sonach jetzt rund 84,9 Mill. Mark. Der Begriff „gemeinnützige Zwecke“ ist allerdings sehr weit und wird auch von den einzelnen Versicherungsanstalten in anscheinend sehr liberaler Weise gefaßt. Nach einer zusammenfassenden Uebersicht, die das Reichs-Versicherungsamt giebt, wobei es drei Gruppen von Verwendungsarten unterscheidet, wurden Kapitalien ausgeben: 1. Zum Bau von Arbeiterwohnungen, 2. Zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses (Hypotheken, Kleinbahnen, Land- und Wegverbesserungen, Hebung der Viehzucht etc.), 3. Für den Bau von Kranken- und Genußhäusern, Volkshäusern, Gemeindegemeinschaften, Herbergen zur Heimath, Volksbädern, Wundheilheimen, Kleinkinderkassen, Schlachthäusern, für Wasserleitungen, Kanalisations- und Entwässerungsanlagen, für Straßenbauten, Spar- und Konsumvereine und andere ähnliche Wohlfahrtsanstalten.

Auf die drei Gruppen vertheilt sich die Gesamtsumme der ausgelegenen Kapitalien dergestalt, daß auf die erste entfallen 35,4 Mill. Mark, auf die zweite 35,8 Mill. Mark und auf die dritte 13,7 Mill. Mark. Gruppe 1 und 2 sind ziemlich gleichmäßig bedacht, doch ist bemerkenswerth, daß die Strigerung von 1897 auf 1898 in Gruppe 2 über 100 pCt. beträgt.

Eine eingehende Kritik der Verwendung der Gelder läßt die summarische Uebersicht leider nicht zu, da die Scheidung nicht über die drei großen Gruppen hinausgeht. Dagegen mögen noch einige Angaben hier Platz finden über die Verwendung der Gelder durch die einzelnen Anstalten. So verwendet die Anstalt Wommern 9,2 Mill. Mark für Gruppe 2, aber nur 441 000 Mark für Gruppe 1 und 3. Die Anstalt Sachsen-Anhalt verwendet für Gruppe 2 8,7 Mill. Mark, für Gruppe 1 und 3 nur 405 000 Mark. Die Anstalt Niederbayern für Gruppe 2 1,7 Mill. Mark, für Gruppe 1 nichts und für Gruppe 3 469 000 Mark. Die Gruppe Schwaben und Neuburg für Gruppe 2 1 Mill. Mark und für Gruppe 1 nur 48 000 Mark, nichts für Gruppe 3. Die Anstalt Thüringen 3,7 Mill. Mark für Gruppe 2 und nur 472 000 Mark für Gruppe 1 und 3. Nichts für Gruppe 2 verwendet bisher die Anstalten Ostpreußen, Westpreußen, Berlin, Posen, Schlesien, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Königsreich Sachsen, Baden, Braunschweig, Pfalzlande und Elsaß-Lothringen.

**Schreckliche Kindersterblichkeit** herrscht wieder einmal im Kreise Lubniz. Besonders in den verödeten Dörfern und Dörfern südlich von dem Städtchen Loslau bis zur österrösischen Grenze wüthet Diphtherie und Scharlach in selten erböhrter Weise. Leider ist diese Gegend von der übrigen Welt fast so gut wie abgeschnitten. Meilenweit giebt es da weder Arzt noch Apotheke, die Kommunikation zwischen den ärmlichen Dörfern und der nächsten Stadt ist größtentheils miserabel, zumal in der jetzigen Jahreszeit. Es ist bereits vielfach vorgekommen, daß Leute, die ihre kranken Kinder auf einem in der dortigen Gegend gebräuchlichen Bauernwagen zum Arzt bringen wollten, die Kinder unterwegs starben; und dabei kostete ihnen die Reise zum Arzt so viel, als sie in einem ganzen Vierteljahr laun verdienen. Niemand, weder Landrath noch Regierung, hat bisher Abhilfe geschaffen. Jene Gegend ist die Domäne einiger Großgrundbesitzerfamilien.

**Städtisches Arbeitsamt in Zürich.** Der Züricher Stadtrath hat den Verordnungs-Entwurf für die Errichtung eines Arbeitsnachweises genehmigt, der unentgeltlich sein und von einer elfgliedrigen Verwaltungskommission beaufsichtigt werden soll. In dieselbe wählen die Arbeiter und die Unternehmer je 5 Vertreter, während das 11. Mitglied, den Vorsitzenden, der Stadtrath (Magistrat) aus seiner Mitte wählt. Bei Streitigkeiten soll der Stadtrath auf Gutachten der Verwaltungskommission hin entscheiden, wie sich der Arbeitsnachweis dazu verhalten soll. Dies ist der Vorbehalt des Stadtrathes, während die vorbereitende Kommission proponierte, der Kommission als einer Art sachmännlicher Behörde die Entscheidung darüber zu belassen, ob die Einrichtung oder der Fortbetrieb der Arbeitsvermittlung für das betreffende Gewerbe z. anzunehmen sei. In die Kommission sind nur Schweizerbürger wählbar. Da eine weibliche Mittheilung vorgehen ist, kann für dieselbe eine Frauenkommission bestellt werden. Den Verwalter wählt der Stadtrath, sein Gehalt ist mit 2500 bis 3500 Fr. vorgesehen. Das Arbeitsamt soll außer dem Arbeitsnachweis noch besondere Erhebungen über die Lage der Arbeiter und Unternehmer vorzunehmen berechtigt sein, die statistische Bearbeitung des eventuellen Erhebungsmaterials besorgt das städtische statistische Amt. Die sämtlichen Kosten der neuen Einrichtung übernimmt die Stadt, jedoch rechnet sie auf einen angemessenen Staatsbeitrag.

**Die Lage der russischen Bergarbeiter.** Eine Versammlung russischer Bergwerksbesitzer, die kürzlich im Ural tagte, hat an die russische Regierung eine Eingabe gerichtet, den Bergarbeitern das Recht, sich ihre Ruhestage frei zu wählen, wieder zu nehmen. — Im Ausland giebt es nämlich noch keine offizielle Sonntagsruhe für den Arbeiter; nur für einige Industriezweige existiren einige unwesentliche Sonderbestimmungen. So haben z. B. die Bergarbeiter das Recht, im Monat zwei arbeitsfreie Tage zu fordern. In den Arbeitsverträgen wird Monatslohn von 15 bis 18 Rubel (4 1/2 bis 6 M.) etwa ausgedrückt, für die volle Anzahl von Arbeitsagen; jeder Ruhetag wird abgezogen. Das veranlaßt den Arbeiter, meist freiwillig auf einen oder beide Ruhetage zu verzichten, er arbeitet also Tag für Tag ununterbrochen. Ein russisches Blatt sagt, daß diese traurigen Zustände der Bergarbeiter, wie erklärlich, stark degenerirt haben. Nach wenigen Jahren ist der Arbeiter nicht mehr im Stande, ohne häufige Erholungen zu arbeiten, er unterwirft sich zunächst den Lohnabzügen und dann den Stößen für „unbefugtes Ausbleiben“, oder er meldet sich krank, und wenn sich ein „gutwilliger“ Feldscher (Heilgehilfe) findet, der ihm ein Attest ausstellt, erhält er das Recht — auf eigene Kosten — ins Krankenhaus zu gehen.

## Versammlungen.

**Die Gewerkschafts-Kommission** nahm in der am Donnerstag abgehaltenen Delegiertenversammlung hinsichtlich der Kaiserin folgende Resolution an:

Die Versammlung beschließt, daß diejenigen Gewerkschaften, welche neben anderen Annahmen den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern können, an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen.

Hierauf wurde die Debatte über die Stellung der Arbeiter zum paritätischen Zentral-Arbeitsnachweis fortgesetzt.

Frau Lichte, Buchdruckeri-Hilfsarbeiterin, führt aus: Der Standpunkt, den die Arbeitervertreter im Kuratorium des Zentral-Arbeitsnachweises eingenommen haben, sei nicht zu billigen. Können

haben in der vorigen Versammlung gesagt, der Bericht des „Vorwärts“ über die betreffende Vorstandssitzung sei nicht zutreffend, er habe aber nicht mitgetheilt, was denn in jener Sitzung eigentlich beschlossen worden ist. Die Arbeiter hätten ein Recht, das zu erfahren. Was Köhler ausführt, möge für die Metallarbeiter zutreffen, aber nicht für alle anderen Gewerkschaften. Aus Solidarität gegen diejenigen Organisationen, welche einen guten Arbeitsnachweis haben, hätte der in Rede stehende Beschluß nicht gefaßt werden dürfen. Medner führt ein Beispiel an, um darzutun, daß die Vermittlung durch den Zentral-Arbeitsnachweis keineswegs eine unantastbar unparteiische sei. Die Buchdruckeri-Hilfsarbeiter würden ihren Arbeitsnachweis unter keinen Umständen zu Gunsten des paritätischen aufgeben.

Buchdrucker Döblin: Wörsch habe ja Recht, wenn er sagte, der prinzipielle Standpunkt der Arbeiter müsse der sein, daß sie selber die Arbeitsvermittlung zu besorgen haben. Man müsse aber mit den thatsächlichen Verhältnissen rechnen und demgemäß seine Taktik einrichten. Leider sei der Einfluß der Organisationen auf die Arbeiter noch nicht so groß, daß sie die Arbeitslosen bewegen können, den von den Unternehmern eingerichteten Arbeitsnachweisen fernzubleiben. Da die Unternehmer es verstanden haben, ihre Arbeitsnachweise in ihrem Interesse auszumunten, so sei die Einrichtung von paritätischen Fach-Arbeitsnachweisen auch vom Standpunkt der Arbeiter zu billigen. Es handle sich hier nicht, wie irrthümlich angenommen wurde, um einen kommunalen, sondern um einen Fach-Arbeitsnachweis. Mit der Vertheilung an einem solchen gebe die Arbeiterschaft nichts auf, sondern sie erlinge etwas. Wenn einzelne Gewerkschaften sich durch den Beschluß der Arbeitervertreter im Kuratorium beeinträchtigt fühlen, so läme doch zunächst das Interesse der Allgemeinheit in Betracht. Wenn die Arbeitervertreter der Ansicht sind, daß die Mehrheit der Gewerkschaften durch den paritätischen Arbeitsnachweis einen Vortheil hat, dann müßten sie allerdings zu dem von ihnen eingenommenen Standpunkt kommen, der auch nach Lage der thatsächlichen Verhältnisse zu billigen sei. Wörsch habe auch wohl mit seinem Vorgehen nichts anderes bezweckt, als die Wahrung des Prinzips.

Lithograph Tischendörfer: Die Leute, welche an der Spitze des Zentral-Arbeitsnachweises stehen, seien unparteiische Männer, zu denen die Arbeiter das Vertrauen haben können, daß sie ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ein Versuch des Zusammengehens mit diesen Männern sei daher zu empfehlen. Im Prinzip sei auch er (Medner) dafür, daß die Arbeitsvermittlung Sache der Arbeiter sein muß, wenn das aber in der Praxis nicht durchführbar ist, dann sei ein Zusammengehen mit den Arbeitgebern für die Arbeiter ein Vortheil gegenüber den jetzigen Zuständen, wo es doch nur ganz vereinzelt gewerkschaftliche Arbeitsnachweise gebe, welche gut funktioniren.

Fischer Koblenzer, Mitglied im Kuratorium des Zentral-Arbeitsnachweises, erinnert an die Besprechungen, die der Vertheilung der Arbeiter an demselben vorausgegangen sind. Die Arbeiter seien nach reiflicher Ueberlegung zu der Ueberzeugung gekommen, daß ihre Theilnahme nicht schaden würde, daß sie vielmehr der Meinung seien, sie könnten manches, was ohne ihre Mitwirkung gegen die Arbeiterinteressen geschähen könne, verhindern. Da die Arbeiter nun oder in das Kuratorium gingen, hätten sie sich auch an den praktischen Arbeiten desselben beteiligen müssen. In jener Sitzung, die den Anlaß zu der gegenwärtigen Debatte gab, sei es doch etwas anders hergegangen, als wie es nach dem Bericht des „Vorwärts“ scheinen könnte. Dr. Freund habe über die Einrichtung von Fach-Arbeitsnachweisen referirt — zunächst sei ja der Zentral-Arbeitsnachweis nur eine Vermittlungsstelle für ungelernete Arbeiter gewesen — und dann der Wunsch ausgesprochen, die Stellung der Arbeitervertreter zu der geplanten Einrichtung kennen zu lernen. Dann habe Köhler unter Hinweis auf die durch den Rühemann'schen Arbeitsnachweis auf die Metallarbeiter ausgeübten Druck erklärt, seine Gewerkschaft werde kein Bedenken tragen, ihren eigenen Nachweis aufzulösen, wenn die Metallindustriellen auch ihren Arbeitsnachweis aufzulösen bereit wären. Im Namen aller Gewerkschaften sei aber eine solche Erklärung nicht abgegeben worden und konnte auch nicht abgegeben werden. Bei der Abstimmung über die Resolution sei Medner nicht mehr zugegen gewesen. Daß die Arbeiter mit fliegenden Fahnen in das Lager der Sozialreformer hinübergegangen wären, davon könne gar keine Rede sein. Es handle sich nur darum, daß solchen Zuständen, wie sie durch die Rühemann'schen hervorgeufen worden sind, ein Ende gemacht werde. Wörsch habe der Sache eine größere Bedeutung beigelegt, als sie in Wirklichkeit hat. Seine Ausführungen machen sich auf dem Papier ganz schön, aber die wirklichen Verhältnisse seien doch anders.

Handels-Hilfsarbeiter Schumann beklagt sich darüber, daß man zu der Besprechung, welche der Delegation in den Zentral-Arbeitsnachweis vorausging, nicht auch seine Gewerkschaft herangezogen habe, die doch, weil sie einen eigenen Arbeitsnachweis habe, auch bei der Angelegenheit interessiert sei. Weiter führt der Redner aus, er sehe auf dem von Wörsch vertretenen Standpunkt. Der Zentral-Arbeitsnachweis leiste der Lohnrückerei Vorstuch. Ein Arbeitgeber, der anstatt mit dem Zentral-Arbeitsnachweis irrtümlich mit dem Nachweis der Handels-Hilfsarbeiter telephonisch verhandelt worden, habe einen jungen Mann für einen Wochenlohn von 8-9 M. verlangt. Der Mann wußte also doch, daß er vom Zentral-Arbeitsnachweis eine so billige Kraft bekommen würde. Der Nachweis der Handels-Hilfsarbeiter vermittle dagegen nur Stellen, die angemessen entlohnt werden. Er beherrsche auch den Arbeitsmarkt in guten Arbeitskräften vollständig, und es wäre deshalb eine Thorheit, wenn er sich zu Gunsten eines paritätischen Arbeitsnachweises auflösen wolle. Die Parität würde übrigens in dem Augenblick aufhören, wo die Arbeiter entscheiden ihre Rechte vertreten. In Stuttgart, wo der städtische Arbeitsnachweis doch so gut funktionirt habe, habe seine Gewerkschaft doch einen Nachweis gründen müssen, um das Kommissionsverfahren zu bekämpfen und die Arbeitsbedingungen der Berufsangehörigen zu verbessern; beides habe der kommunale Arbeitsnachweis nicht vermocht. Die Handels-Hilfsarbeiter wollten sich nicht am Zentral-Arbeitsnachweis beteiligen, aber sie wüßten sich, daß zur Veranschaulichung eines Nachweises für ungelernete Arbeiter nur gelernte Arbeiter herangezogen worden sind.

Vorsitzender Knoll bemerkt, die Qualität der Arbeiter sei bei der Delegation in den Zentral-Arbeitsnachweis, die vom Ausschuh des Gewerkschafts vollzogen wurde, nicht in Frage gekommen, es habe sich nur um Vertreter der Berliner Arbeiter überhaupt gehandelt. Uebrigens stehe ja auch ein Vertreter der Handels-Hilfsarbeiter im Kuratorium.

Handels-Hilfsarbeiter Stein vertritt im Wesentlichen den Standpunkt des Vorredners. Wir meinen, durch unsere Vertheilung am Kuratorium würden wir solchen Mißständen entgegenwirken können, wie dem, daß der Zentral-Arbeitsnachweis Kaufbüchern vermittelt, die sich bei 8 M. Wochenlohn nach ein eigenes Fahrrad halten müssen. Wenn die Metallarbeiter den Arbeitsnachweis der Unternehmer zu fürchten haben, so beweise das, daß sie seit 10 Jahren der Arbeitsvermittlung keine Beachtung geschenkt haben.

\*) Der Bericht über jene Sitzung in der Nr. 12 des „Vorwärts“ vom 14. Januar war uns von einem bürgerlichen Berichterstatter zugegangen, von dem wir nach der Lage der Dinge annehmen müßten, daß er seine Informationen aus erster Hand erhält. Sind die Ausführungen Koblenzer's und seiner Mitkollegen im Kuratorium richtig, ist die Erklärung seitens der Unternehmervertreter nicht in dem von uns wiedergegebenen Sinne abgegeben, und die Resolution nicht „einstimmig“ beschloßen worden, dann bleibt allerdings nur die Annahme übrig, daß der uns zugesandte Bericht tendenziös gefärbt war und den Thatsachen nicht entspricht. Dann aber hätten doch die Arbeitnehmer-Vertreter Veranlassung nehmen sollen, uns umgehend eine Verichtigung zugehen zu lassen. Die Vertreter der Arbeiter in derartigen Körperschaften sollten aber überhaupt so viel Interesse für ihre, von ihnen vertretene Sache bekunden und dem „Vorwärts“ einen eigenen Bericht zusenden, dann können wir nicht in die Lage, einem angeblich falschen Bericht Aufnahme gewähren zu müssen. Red. d. „Vorw.“

**Metallarbeiter Rätzer:** Gewiß könne der Arbeitsnachweis ein Nothmittel sein, aber die Nachweise der Arbeiterorganisationen hätten in den meisten Fällen nur eine untergeordnete Bedeutung. Deshalb könnten die Organisationen auch auf die Arbeitsvermittlung verzichten, ohne ihre gewerkschaftliche Thätigkeit zu schädigen. Die Metallarbeiter würden auch nicht ein Mitglied einbüßen, wenn sie ihren Arbeitsnachweis aufgaben. Der Rühemann'sche Nachweis habe von 14 000 in einem Jahre eingehenden Arbeitsnachweisen nur 1200 in Arbeit gebracht. Seine Bedeutung bestche viel weniger in der Stellenvermittlung, als in der Kontrolle der Arbeiter. In der Berliner Metallindustrie seien 73 000 Arbeiter beschäftigt, darunter nur etwa 30 000 gelernte, und von diesen seien 18 000 organisiert. Auf die große Zahl der in der Metallbranche, namentlich der Elektrizitätsbetriebe beschäftigten ungelerneten Arbeiter, die aus allen möglichen Berufen kommen, habe die Organisation gar keinen Einfluß. Die Arbeit werde auch meist ohne Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises aufgeführt. So sehe es überall in der Großindustrie aus. Je mehr die Verhältnisse sich herausbilden, desto mehr schwinde der Einfluß der Organisation auf den Arbeitsmarkt. Die Organisationen werden es als eine ihrer Hauptaufgaben betrachten müssen, die Arbeiter dazu zu erziehen, daß sie nicht unter einem bestimmten Lohnsatz arbeiten. Wenn das erreicht ist, dann sei es die Organisation ganz gleichgültig, von wem die Arbeiter ihre Stellen nachgewiesen bekommen. Wenn der Zentral-Arbeitsnachweis die schlecht bezahlten jungen Leute, von denen hier gesprochen wurde, nicht vermittelt hätte, die Unternehmer würden sie auch auf anderem Wege bekommen haben. Der Zentral-Arbeitsnachweis werde sich weiter entwickeln, und wenn die Arbeiter die Mitwirkung ablehnen, dann würden sie überhaupt keinen Einfluß auf denselben erlangen. Nach dem Standpunkt, den Köhler unter Zustimmung seiner Organisation im Kuratorium eingenommen hat, sei keine Organisation verpflichtet, ihren Arbeitsnachweis aufzugeben, wenn nicht die Unternehmer das gleiche thun.

Wörsch: Wenn Döblin meinte, die Partei habe sich schon früher für kommunale Arbeitsnachweise ausgesprochen, so müsse bemerkt werden, daß die heutigen kommunalen Arbeitsnachweise nur ein Zerstückeltes seien, was die Partei damals vertreten habe. Medner habe, ehe er seinen „offenen Brief“ publizierte, erst 14 Tage gewartet, ob der Bericht des „Vorwärts“ berichtigt werde. Das sei aber nicht geschehen. Wenn die Metallarbeiter die Arbeitslosen-Unterstützung hätten, dann würden sie auch dem Druck der Unternehmer entgegen treten können. Man solle nicht sagen, weil der gewerkschaftliche Arbeitsnachweis noch nichts taugt, darum fort mit ihm. Es sei eine Utopie, wenn man meint, die Unternehmer, die noch nicht einmal die Organisation der Arbeiter anerkennen, würden mit diesen hinsichtlich des Arbeitsnachweises zusammenarbeiten. Das sei erst möglich, wenn die Organisation der Arbeiter derjenige der Unternehmer an Macht gleichkomme. Die Metallarbeiter wollen ihre Erklärung im Kuratorium nur für sich abgegeben haben. Sie seien aber als Vertreter der gesamten Arbeiter delegirt worden, und hätten deshalb einen Fehler gemacht, wenn sie den Schritt thaten, ohne ihre Auftraggeber zu fragen.

Guttmacher und vertritt den Standpunkt der Arbeiterdelegirten im Kuratorium und erucht um Ablehnung der Resolutionen, und um Annahme einer Erklärung des Inhalts, daß die Gewerkschafts-Kommission das Vorgehen des Genossen Wörsch mißbillige. Derartige Lucretreidereien, wie Wörsch ins Werk gesetzt habe, müsse man sich entschieden verweigern.

Waler Link polemisiert gegen einige Ausführungen, die Wörsch hinsichtlich der Organisation der Waler in seinem Referat gemacht hatte. Es sei hier viel Lärm um nichts gemacht worden. Der Weg, den die Vertreter im Kuratorium eingeschlagen, sei der richtige.

Bildhauer Dupont führt aus, man dürfe keine Hoffnung setzen auf den Einfluß, den die Sozialreformer und Sozialideologen zu Gunsten der Arbeiter auf die Unternehmer ausüben. Wohin ein Zusammengehen mit diesen Leuten führe, das beweise ein Artikel des Buchdrucker-Organ „Correspondent“, der im Anschluß an die Ausführung von Wörsch in der „Neuen Zeit“ für eigene Vertreter der Gewerkschaften im Reichstage einträte. Gewerkschaftliche Parliaments-Kandidaturen nach englischem Muster, das sei die Gefahr, die in der Ueberhöhung der sozialreformatorischen Bestrebungen bürgerlicher Kreise liege. Die Gestaltung der Arbeitsnachweise lasse sich nicht schablonistren. Jede Gewerkschaft habe in dieser Hinsicht andere Interessen. Die Bildhauer seien gegen die Parität.

Die Diskussion wird abermals bis zur nächsten Woche vertagt. Eingegangen sind folgende Resolutionen:

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission erklärt sich aus folgenden Gründen gegen den kommunal-paritätischen Arbeitsnachweis:

1. Der kommunal-paritätische Arbeitsnachweis wird den Nachweisen des Unternehmertums, dessen Macht und Stellungnahme auf diesem Gebiet, nicht den geringsten Abbruch thun. Die Fabrikbesitzer werden — wie es die Leipziger Arbeitgeber-Konferenz schlagend bewiesen hat — auf ihre eigenen Arbeitsnachweise nach wie vor weiter bestehen.

2. Der kommunal-paritätische Arbeitsnachweis thut aber einer ganzen Reihe von Gewerkschafts-Organisationen, deren Existenz zum Theil auf ihrem Arbeitsnachweis beruht, Abbruch und schädigt dadurch die gewerkschaftliche Bewegung.

3. Der kommunal-paritätische Arbeitsnachweis verhält sich bei Streitigkeiten zu Gunsten des Unternehmertums paritätisch, indem er dasselbe mit Arbeitskräften zur Niederwerfung des Ausstandes verfort.

4. Da die kommunal-paritätischen Arbeitsnachweise durch gegenseitige Verbindungen nach der zentralen Beherrschung des Arbeitsmarktes streben, werden sie der gewerkschaftlichen Organisation ganz besonders gefährlich, indem sie dann, wie keine andere Institution, schnell und in großen Massen Streikbrecher bei Ausständen herbeischaffen werden.

5. Schon heute sind verschiedene Stimmen laut geworden, welche den kommunal-paritätischen Arbeitsnachweis zu Gunsten der Junker und Großgrundbesitzer (Verzögerung der Junker mit Arbeitskräften und staatliche Arbeitslosen-Unterstützung) mißbrauchen wollen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Pläne nicht verwirklicht werden, wodurch dann die Arbeiterklasse dauernd geknebelt und jede gewerkschaftliche Bewegung unmöglich sein würde.

Brno Porck, Verthold Streitner, G. Geh.

Die Versammlung erklärt sich mit der Haltung der Arbeitervertreter im Kuratorium des Zentralvereins für Arbeitsnachweis einverstanden.

Rätzer.

Ein von Simon gestellter Antrag, der die Gewerkschafts-Kommission erucht, dahin zu wirken, daß die Kräftependen am 18. März seitens der einzelnen Gewerkschaften unterbleiben und statt dessen ein Antrag im Namen aller Gewerkschaften gewidmet werde, nachdem einige Medner dagegen gesprochen hatten, abgelehnt.

Es fehlten die Delegirten der Bildhauer, Drahtzieher, Tischler, Fabrik- und Hilfsarbeiter, Pfannenleger, Glaser, Glasarbeiter, Putzler, Röhrenmacher, Schuhmacher, Weißgerber, Radspitzer, Köpfer, Zünftler.

**Eine öffentliche Versammlung der Dachdecker und Bernsgenossen** tagte am Montag, den 27. Februar, im Englischen Garten. Der Vertrauensmann, Kollege Petri, berichtet, daß der Streik-Referendums 1110,18 M. betrage. Auf Antrag des Referendums wird dem Kollegen Petri Decharge ertheilt. — Hierauf giebt Barthol die Antwort der Meister auf die im Vorjahre gestellten Forderungen bekannt. Diese Forderungen waren: 1. Neunjährige Arbeitszeit, 2. 55 Pf. Stundenlohn, 3. Vertheilung der Ueberstunden, 4. größtmögliche Durchführung der polizeilichen Sanctionsvorschriften. Medner stellt den Antrag, von einer Lohnbewegung Abstand zu nehmen und dieselben Forderungen auch in diesem Jahre den Meistern zu unterbreiten. Beschloßen wird, die Agitationskommission damit zu betrauen. Als Delegirter zum Banarbeiterschuß-Kongreß wird Kollege Barthol gewählt. Darauf nahm der Genosse Silberschmidt das Wort und legte in einem interessanten und zündenden Vortrag den Zweck und den Nutzen der Organisation klar.